

P R O T O K O L L

über die 3. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 12. Dezember 1985, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VI Z E B Ü R G E R M E I S T E R :

Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrather
Dr. Kurt Keiler
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Ernst Platzer
Erna Probst
Franz Ramoser
August Schlagner

Gertrude Schreiberhuber

Ernst Seidl

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Otto Tremel

Alfred Wallner

Wolfgang Wieser

Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR. Dr.

Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Mag. Johann Rabl

OSR. Dr. Kurt Wabitsch

Kontrollamtsdirektor OAR. Alfred Eckl

OMR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

Techn. Direktor TOAR.

Ing. Wolfgang Wein

OAR Helmut Riedler

OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK. Dr. Gerhard

Alphasamer

Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- | | |
|---------------|--|
| Sport-4820/81 | Sportanlage Rennbahn; Elektroversorgung. |
| Bau5-5549/77 | Schloß Lamberg: Probenräume für die Stadtkapelle Steyr; weitere Adaptierungen. |
| GHJ2-3031/83 | Kapelle im Kreuzungsbereich Marienstraße - Bahndammstraße; Renovierung. |
| Bau3-7633/85 | Herstellung eines Verbindungsweges im Bereich des Bauvorhabens Resthof II B/1 zwischen Gasstation und Lauberleitenweg. |
| Bau3-3752/68 | Verbreiterung der Wehrgrabengasse; Herstellung der Grundbuchsordnung. |
| GHJ2-7038/85 | Kindergarten Marxstraße 15; Fenstererneuerung. |

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Ha-6811/84 Neubau einer Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG in Steyr; Förderung.
- 2) Sport-4820/81 Sportanlage Rennbahn; Ergänzung der GR-Beschlüsse vom 28. 6. 1984, 7. 2. 1985 und 1. 7. 1985.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 3) Präs-1137/85 Bezugsregulierung und Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1986.
- 4) Präs-1147/85 Gruppenzusatzversicherung; Tarifierpassung ab 1. 1. 1986.
- 5) Bau5-5200/77 Finanzierung der Mehrzweckräume im Resthof, Objekt 14 a, Einkaufszentrum Resthof II.
Bau5-1660/84
- 6) Bau6-4090/82 Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Hauptsammler A/3. Teil Baulos Wehrgraben und Hauptsammler E Sierning (Trollmannstraße bis Sierninghofen); Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten.
- 7) Ha-5000/85 Voranschlag 1986.
- 8) Ha-3600/81 Voranschlag 1986; Beschluß einer Kreditsperre.
Ha-5000/85

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

- 9) Bau3-1240/81 Ausbau der Steiner Straße und Klosterstraße; Baulosverlängerung; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 18. 3. 1985.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 10) ÖAG-1249/81 Bauvorhaben Reithoffergründe der GWG der Stadt Steyr; Übereignung der Bauliegenschaft - Neufestsetzung des Kaufpreises.
- 11) ÖAG-6099/85 Verkauf der Liegenschaft Parz. 1863/5 und Bfl. 1690, EZ. 1924, KG. Steyr, an Dr. Karl Brunthaler.
- 12) VerkR-1296/82 Stadtteil Resthof, Wohnanlage R II, Übernahme der Baukostenbeiträge für die Tiefgaragen-, Hausgaragen- und Abstellplätze.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß den Statuten gemäß eingeladen wurde. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Ich ersuche die Gemeinderäte Alfred Wallner und Herrn Gemeinderat Mayrhofer um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Beide Herren sind damit einverstanden. Wir kommen damit zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche liegen keine vor.

Wir kommen daher zu den Mitteilungen des Bürgermeisters und hier darf ich Ihnen einige aktuelle Dinge zur Kenntnis bringen.

Meine Damen und Herren, zunächst darf ich Sie informieren, daß der Statistische Dienst des Amtes der OÖ. Landesregierung vor einiger Zeit eine Verkehrserhebung durchgeführt hat und es liegen nunmehr die Auswertungsergebnisse vor. Seinerzeit wurden die Gemeinden aufgefordert, durch Ausfüllung der Erhebungsbögen an dieser Verkehrserhebung mitzuwirken. Es wurde dafür den Gemeinden im geringen Ausmaß eine Entschädigung gewährt. Die Stadt Steyr hat sich darüber hinaus zu einer Kostenbeteiligung bereit gefunden und wir sind nunmehr in der Lage, das Ergebnis dieser Erhebung infrastrukturellen Maßnahmen der Stadt zugrunde zu legen.

Ich darf Ihnen kurz einige der interessantesten Details, die hier zutage getreten sind, aufzählen. Es ist sicher für alle interessant. Im wesentlichen wurde die Ausarbeitung in Zusammenarbeit mit dem Magistrat der Landeshauptstadt Linz, mit dem Amt für Stadtforschung erstellt und die Verkehrsanalyse für die Stadt Steyr zusammengestellt. Es ist anzumerken, daß es sich nicht um eine Totalerhebung, sondern um eine stichprobenweise Erhebung handelt. Es wurden die Ergebnisse aufgrund von Hochrechnungen erhoben, allerdings ist die Rücklaufquote der seinerzeit ausgesandten Erhebungsbögen mit insgesamt 72,5 Prozent aller Haushalte verhältnismäßig hoch, so daß die Sicherheit der Auswertung auch eine sehr große Wahrscheinlichkeit beinhaltet. Insgesamt wurden in Oberösterreich 312 auswertbare Fragebögen als Basis für die Strukturmerkmale versendet.

Im ersten Punkt geht es um die Arbeitsplatzverflechtungen zwischen der Stadt Steyr und ihrem unmittelbaren Einzugsbereich. Einpendler nach Steyr, und zwar sind hier jene Personen im Alter über 15 Jahren gezählt, die nach Steyr zu ihrem Arbeitsplatz oder in ihre Schule einpendeln. Die absolute Zahl beträgt 14.200. Davon sind ca. 12.600 Arbeitspendler und rund 1600 Schulpendler (Schüler und Studenten). Täglich pendeln allerdings nur rund 84 % dieser Personen nach Steyr. Die anderen 16 % haben an einem durchschnittlichen Werktag wegen Urlaub, Krankheit oder anderen Gründen keinen Weg zu ihrem Arbeitsplatz oder ihrer Schule.

Von den 12.600 Arbeitspendlern kommen rund 7700 Personen (61,4 %) aus dem Bezirk Steyr-Land und 3300 Personen (25,8 %) aus dem Bezirk Amstetten. Bei den Schulpendlern liegt der Bezirk Steyr-Land mit 800 Personen (49,5 %) an der Spitze. An zweiter Stelle liegt der Bezirk Amstetten mit 300 Personen (19,1 %), gefolgt vom Bezirk Linz-Land mit etwa 200 Personen (11,4 %). Nach Gemeinden gereiht pendeln die meisten Personen von der Gemeinde Sierning (1930) nach Steyr zur Arbeit oder zur Schule. An zweiter Stelle liegt die Gemeinde Garsten (1370 Personen), danach folgen St. Ulrich (900), Behamberg (720), Haidershofen (630), Ternberg (540), Wolfern und St. Peter in der Au (je 510). Über 300 Personen kommen noch aus den Gemeinden Dietach (460), Großraming (360), Reichraming (340), Aschach an der Steyr (330), Haag Stadt (320) und Losenstein (310).

Interessant ist auch die Zahl der Auspendler, es sind rund 2870 Personen. Also rund 2870 Personen über 15 Jahre haben ihren Arbeits- oder Schulplatz außerhalb von Steyr. 2320 davon sind Arbeitspendler, von denen ca. 240 (10,2 %) in Gebieten außerhalb des Untersuchungsgebietes arbeiten. 800 Auspendler (34,5 %) sind im Bezirk Steyr-Land, 660 (28,3 %) in der Stadt Linz und 250 (10,7 %) im Bezirk Amstetten beschäftigt. 550

der rund 2870 Auspendler sind Schulpendinger. 50,4 % davon geben eine Schulgemeinde an, die außerhalb des Untersuchungsgebietes liegt, 36,3 % davon gehen in Linz zur Schule.

Es wurden auch die Wege nach Steyr analysiert. Der gesamte Einzugsbereich wurde in 6 Bereiche eingeteilt und das Verkehrsaufkommen wurde einer bestimmten Einfahrtsstraße zugerechnet. Es wurde in den Bereich 1 Eisenbundesstraße, 2 Lahrndorfer Straße, 3 Voralpen-Bundesstraße, 4 Wolfener Landesstraße, 5 Ennsener Straße, 6 Haratzmüllerstraße gegliedert. Es ist bemerkenswert, daß an einem durchschnittlichen Werktag rund 23.700 Wege vom gesamten Einzugsbereich nach Steyr führen. Ich glaube, daß das doch für unsere Verkehrsplanung eine interessante Darstellung ist. Die Zwecke der Wege nach Steyr wurden nach Zwecken aufgegliedert: zum Arbeitsplatz, zur Schule, zum Einkauf, zum Amt- oder Arztbesuch, zu Freizeitzielen oder nach Hause. Rund 11.100 (46,7 %) der werktäglichen 23.700 Wege nach Steyr sind Wege zum Arbeitsplatz, ca. 1550 (6,6 %) sind Wege zum Arbeitsplatz, ca. 1550 (6,6 %) sind Wege zur Schule. Zum Zwecke des Einkaufs führen rund 3100 (13,1 %) Wege, zum Zwecke eines Amt- oder Arztbesuches ca. 1750 (7,4 %) und zu Freizeitzielen ca. 1850 (7,9 %) Wege nach Steyr. Rund 4350 (18,4 %) der steyrbezogenen Wege sind Nach-Hause-Wege.

Es wurde auch das Verkehrsmittel erhoben, welches Verkehrsmittel benützt wird für die Bewältigung der Wege. Hier wurde die Einteilung zu Fuß, mit dem Fahrrad, privates Verkehrsmittel, also Auto, Motorrad, Moped oder Taxi, öffentliches Verkehrsmittel – Bahn, Straßenbahn, Bus, Ob-Bus usw., festgelegt. Der Großteil (67,4 %) der Wege nach Steyr wird mittels privaten Verkehrsmitteln zurückgelegt. Rund ein Viertel (25,5 %) der Wege werden mit öffentlichen Verkehrsmitteln und 3,5 % werden gemischt (mit privatem und öffentlichem Verkehrsmittel) abgewickelt. Zu Fuß bzw. mit dem Fahrrad werden 3,7 % der Wege zurückgelegt.

Betrachtet man die zeitliche Verteilung der Ankünfte der Wege in Steyr, zeigt sich, daß die Hauptankunftszeit zwischen 6 und 8 Uhr liegt. Rund 10.100 Wege (42,3 %) haben ihre Ankunftszeit zwischen 6 und 8 Uhr, davon 5600 (34,5 %) zwischen 6 und 7 Uhr und 4500 (18,8 %) zwischen 7 und 8 Uhr. Bis 10 Uhr werden 58,3 % der Wege nach Steyr durchgeführt. Bezüglich der Ankunftszeiten in Steyr mit dem Pkw ergibt sich, daß von den 12.800 ankommenden Pkw's zwischen 6 und 8 Uhr ca. 4600 (35,6 %) in Steyr ankommen. Es ist das alles dann noch tabellarisch aufgegliedert, ich will mich aber nicht verbreitern, denn es besteht durchaus die Möglichkeit, daß diese Ergebnisse den Mitgliedern des Gemeinderates auch in schriftlicher Form bekanntgegeben werden.

Soweit diese Mitteilung.

Meine Damen und Herren, ich darf noch ergänzend zur Mitteilung der letzten Gemeinderatsitzung bekanntgeben, daß in der Zwischenzeit mit der Arbeitslosenselbsthilfegruppe weitere Gespräche geführt wurden. Anlaß dafür war der Umstand, daß die Tischlerei Staudinger ihre Fabrikhallen in der Fabrikstraße verlassen hat und den ehemaligen Manzenreiterbetrieb übernahm. Bei Anmietung des Werkstättenareals in der Fabrikstraße bestünden für die Arbeitslosenselbsthilfegruppe optimale Voraussetzungen für Schulungszwecke. Nach den bisherigen Verhandlungen müßte die Stadt mit einer Miete von monatlich ca. S 10.000,- rechnen und könnte einer derartigen Regelung nähergetreten werden, wenn sich die Arbeitsmarktverwaltung zu 50 % an der Kostenaufbringung beteiligt. Bei einer derartigen Regelung gäbe es für die Arbeitslosenselbsthilfegruppe optimale Voraussetzungen für Schulungszwecke. Nach den bisherigen Verhandlungen müßte die Stadt mit einer Miete von monatlich ca. S 10.000,- rechnen und könnte einer derartigen Regelung nähergetreten werden, wenn sich die Arbeitsmarktverwaltung zu 50 % an der Kostenaufbringung beteiligt. Bei einer derartigen Regelung würde für die Arbeitslosenselbsthilfegruppe ein günstig gelegener Stützpunkt geschaffen und könnten von hier aus andere Projekte, wie Distelbergergut und Mitwirkung bei der Schloßparksanierung, betrieben werden. Es ist daran

gedacht, daß z. B. bei Schneeräumungsarbeiten für ältere Mitbürger man sich dieser Arbeitslosenselbsthilfegruppe bedient.

Meine Damen und Herren, ich darf auch noch bekanntgeben, daß die ehemalige Tischlerei Hübsch, in der derzeit die Fa. Storebest untergebracht ist, dieses Gebäude mit Jahresende verläßt und das Betriebsareal der ehemaligen Tischlerei in der Leopoldgasse wird durch diese Aussiedlung frei. Eine künftige Verwertung dieser Liegenschaft ist schwierig, sie liegt unmittelbar im Wohngebiet und es ist aus diesen Gründen schon mehrfach zu beschwerden gekommen. Aus diesem Grund ist die Stadt auf ein Anbot des Eigentümers Hübsch, das Areal käuflich zu erwerben, bisher nicht eingegangen. Nunmehr eine zweckmäßige Verwertungsart des Gebäudes und des Areals ergeben. Es war kürzlich eine Besichtigung unter Führung von Landesrat Ing. Reichl und unter Teilnahme von Organen der Arbeiterkammer und des Magistrates und da hat sich herausgestellt, daß in diesem Bereich eine geschützte Werkstätte untergebracht werden könnte. Dies ist umso erfreulicher, als in der Stadt nach einer derartigen Einrichtung sicherlich ein Bedarf besteht und darin eine Fortsetzung der Bestrebungen der Lebenshilfe gesehen werden kann. Bevor es zu einer endgültigen Entscheidung in dieser Frage kommt, sind aber selbstverständlich noch viele Probleme eingehend zu klären.

So weit meine Mitteilungen.

Ich darf Sie jetzt noch ersuchen um Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenats-sitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und ich darf hier Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitizes ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute zwei Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen.

Im ersten Antrag geht es um die Subventionierung der Errichtung einer Lehrwerkstätte durch die Steyr-Daimler-Puch AG. Ich darf zu diesem Punkt etwas länger ausholen. Bereits seit längerer Zeit beabsichtigt die Steyr-Daimler-Puch AG den Neubau einer Lehrwerkstätte. Dies ist deshalb erforderlich, da die derzeitige Ausbildung in der vorhandenen Lehrwerkstätte nur mehr aufgrund einer Sonderbewilligung des Arbeitsinspektorates ermöglicht wird.

Die Steyr-Werke würden eine Werkstätte zur Ausbildung für den eigenen Bedarf mit einer Kapazität für 50 Lehrlinge benötigen und auch errichten. Bisher wurde jedoch wesentlich über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet. Das Unternehmen hat somit zweifelsohne dazu beigetragen, über die Region Steyr hinaus qualifizierte Ausbildungsplätze bereitzustellen. Aufgrund des wachsenden Jugendbeschäftigungsproblem es wäre dies zweifellos auch für die Zukunft sehr wichtig.

Laut eigenen Angaben ist es dem Unternehmen aber nicht möglich, die hohen Investitionskosten für über den Eigenbedarf des Unternehmens hinausgehende Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze, welche rund S 47 Millionen betragen würden, allein zu tragen. Das Unternehmen ist daher auch an die Stadt Steyr mit dem Ersuchen um finanzielle Beteiligung bei der Errichtung dieser neuen Lehrwerkstätte herantreten. Da die Stadt Steyr an der Schaffung geeigneter Ausbildungsplätze für die heranwachsende Jugend sehr interessiert ist, sollte hier grundsätzlich die Bereitschaft bestehen, zu den Mehrkosten für den Neubau der Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG finanziell beizutragen, wenn über den Eigenbedarf des Unternehmens hinaus-

gehende Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze geschaffen werden. Laut Auskunft der Steyr-Daimler-Puch AG würden die Baukosten zur Deckung des Eigenbedarfes rund S 27 Mill. betragen. Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze erfordert einen Aufwand von S 20 Millionen, wovon S 15 Millionen vom Bund übernommen werden. Es verbleibt somit ein ungedeckter Betrag von S 5 Millionen, für dessen Aufbringung sich das Unternehmen an die Stadt gewandt hat. Die Stadt vertrat hiezu die Auffassung, daß auch das Land Oberösterreich sich an diesen Mehrkosten beteiligen sollte.

Seitens des Landes wurde zu dieser Frage jedoch die Auffassung vertreten, daß bereits in den Jahren 1977 und 1979 ein Teilbetrag in Höhe von S 2 Millionen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurde und eine weitergehende Förderung nicht mehr möglich ist. Laut Mitteilung des Generaldirektor-Stellvertreters Kommerzialrat Dipl. Ing. Julius Feichtinger wurde dieser Betrag von S 2 Millionen allerdings nicht als Zuschuß zu den Baukosten, sondern für Maschineninvestitionen gewährt, so daß dieser Betrag daher nicht dem Bau der Lehrwerkstätte zugeordnet werden konnte, sondern zum Ankauf neuer Maschinen für die Lehrwerkstätte verwendet wurde. Die Investitionssumme für neue Maschinen der Lehrwerkstätte beträgt durchschnittlich pro Jahr ca. S 2 - 3 Millionen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die Bedeutung zusätzlicher Ausbildungsplätze in unserem Raum nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, daß wir sehr froh sein müssen, wenn sich ein Betrieb bereiterklärt, weit über seinen eigenen Bedarf hinaus Ausbildungsplätze einzurichten, wenn der Betrieb noch dazu bereit ist, nicht unwesentliche Investitions- und laufende Kosten aus eigenem zu tragen, so daß es nur recht und billig erscheint, daß auch seitens der Stadt die entsprechenden Zuschüsse zum Zwecke der Jugendförderung geleistet werden.

Ich darf Sie bitten, folgendem Antrag Ihre Zustimmung zu geben:

1) Ha-6811/84

Neubau einer Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG in Steyr; Förderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 18. 11. 1985 wird der Steyr-Daimler-Puch AG zum Neubau einer Lehrwerkstätte in einer Größe, die ungefähr das doppelte an über den Eigenbedarf des Unternehmens hinausgehenden Ausbildungsplätzen schafft, ein Subventionsbetrag in Höhe von S 1 Million gewährt.

Da dieser Subventionsbetrag in erster Linie der Jugend zugute kommt, wird im vorliegenden Fall von der Einhaltung der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben Abstand genommen, so daß der volle Subventionsbetrag in Höhe von S 1 Million an die Steyr-Daimler-Puch AG zur Auszahlung gelangt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1.000.000,-- (eine Million)

werden bei VSt 5/782000/776030 freigegeben.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung und möchte noch darauf hinweisen, daß es sich hier um eine erste Rate handelt. Wir haben ja heute auch das Budget 1986 zu behandeln, und auch darin ist ein entsprechender Ansatz vorgesehen, weil der Betrag sicher über die 1 Million Schilling hinausgeht. Sie haben ja gehört, wie groß die Differenz ist der Beträge, die noch offen sind.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie haben den Antrag gehört. Ich frage, ob Sie dazu das Wort wünschen? Kollege Schloßgagl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Sie alle kennen die Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG und wissen, daß sie baulich nicht mehr im besten Zustand ist. Es ist daher geboten und notwendig, einen Neubau zu errichten. Auch wir von der ÖVP-Fraktion haben dafür vollstes Verständnis. Ich möchte auch vorausschicken, daß die Ausbildung der Lehrlinge in den Steyr-Werken einen sehr guten Standard aufweist und dank der hervorragenden Leitung von Herrn OIng. Lehner, der heute unter uns ist, konnten diese guten Ergebnisse erzielt werden. Trotzdem scheinen uns einige Auffassungsunterschiede zu trennen, vor allem was die Größe der Lehrwerkstätte betrifft. Wir glauben, daß es genügen würde, eine Lehrwerkstätte für den Bedarf des Werkes zu errichten und keine doppelt so große überregionale. Auch uns ist bewußt, daß die berufliche Ausbildung der Schulabgänger eine besondere Wichtigkeit hat, um sie von der Straße wegzubringen, um ihnen einen Beruf erlernen zu lassen und sie für das spätere Leben vorzubereiten. Doch scheint es mir wesentlicher, daß man sie nicht in einer Sparte ausbildet, die nur auf die Metallbranche ausgerichtet ist, weil wir schon x-mal erlebt haben, daß in Krisenzeiten – die haben in erster Linie die Metallbranche, Stahl- und Autoindustrie, betroffen – es umso schwieriger ist, diese Lehrlinge unterzubringen. Es wäre daher viel sinnvoller, man würde in die vielen Betriebe, in die verschiedenen Branchen die jungen Leute in eine Ausbildung stecken, weil dann wäre ja viel wahrscheinlicher die Gewähr gegeben, daß man sie weiterverwenden könnte.

Zu den Kosten. Wenn ich heute höre, daß die zusätzlichen Kosten rund 20 Millionen Schilling betragen, und dafür 50 Lehrlinge mehr ausgebildet werden, so muß man dazusagen, daß BMW pro Jahr immerhin für 20 bis 25 Lehrlinge separat bezahlt. Das heißt, die 20 Millionen Schilling Mehrkosten kommen in etwa auf 25 zusätzliche Lehrplätze. Meine Damen und Herren, das ist ein so gewaltiger Förderungsbetrag, der sich um rund S 800.000,- pro Lehrplatz bewegt. Wenn Sie dieses Geld heute hineinstecken in die klein- und mittelständische Wirtschaft, so garantiere ich Ihnen mindestens doppelt so viele Lehrplätze, wie hier gegeben sind. Wir können uns daher mit dieser übergroßen, überregionalen Größe der neuen Lehrwerkstätte nicht identifizieren.

Ich betone nochmals, daß wir zwar die gute Ausbildung schätzen, und auch wissen, daß BMW mit den Lehrlingen, die sie von den Steyr-Werken bekommt, sehr zufrieden ist, ich glaube aber doch, daß es sinnvoller gewesen wäre, die Lehrwerkstätte auf die Größe des eigenen Bedarfes zu konzipieren. Daß unsere wirtschaftlichen Probleme und die Probleme der Berufsausbildung in Zukunft gelöst werden müssen, ist allen klar. Aber es wird nicht damit gehen, daß wir heute in Großbetriebe Millionen Subventionen hineinstecken und in den Klein- und Mittelbetrieben die Ausbildung der Lehrlinge, die Beschäftigung der Mitarbeiter, diesen Betriebsinhabern alleine überlassen. Wir aus der klein- und mittelständischen Wirtschaft sind gerne bereit, unsere Probleme selber zu lösen. Wir sind auch bereit, wenn es sein muß, verstärkt Lehrlinge auszubilden. Ich darf erinnern, im Jahre 1983, als ein plötzliches Lehrlingsüberangebot war, haben wir innerhalb von zwei Tagen im Bezirk Steyr-Stadt und Steyr-Land 60 Lehrplätze bereitstellen können. Es kann nicht davon die Rede sein, daß die mittelständische Wirtschaft diese Plätze nicht garantieren könnte.

Eines möchte ich noch dazu sagen. 50 Prozent aller Lehrlinge werden in Gewerbe und Handel ausgebildet, der Rest verteilt sich auf die verschiedenen Berufssparten. Auf Industrie etwa ein Drittel im Bereich Steyr, wobei das nicht die Steyr-Werke allein sind, sondern die gesamte Industrie; der Handel 270, der Verkehr 2, Fremdenverkehr 53 Lehrlinge und der Rest fällt auf einige Einzelgruppen. Die Klein- und Mittelbetriebe sind es aber auch, die noch, meine Damen und Herren, Steuern bezahlen. Daher kann ich es vor meinen Mitgliedern als Vertreter aller Wirtschaftstreibenden

und vor allem der klein- und mittelständischen Wirtschaft nicht verantworten, dieser Subvention und einer überregionalen Förderung die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Der nächste Debattenredner ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Der Neubau der Steyrer Lehrwerkstätte hat für meine Fraktion und für mich eine so große Bedeutung, daß wir nicht nur dazu die Hand erheben, um zuzustimmen, sondern auch eine Erklärung dazu abgeben. Im besonderen auch deshalb, und zwar aufgrund der Äußerung meines Vorredners.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, seit dem Jahre 1923 wurde in einer sogenannten Lehrecke im heutigen H-Bau des Hauptwerkes begonnen, und es entstand eine Werksschule der Steyr-Werke, wo damals schon über 100 Lehrlinge ausgebildet wurden. Heute nach 62 Jahren ist der große Steyr-Daimler-Puch-Konzern aus eigenem nicht in der Lage, diese Anzahl auszubilden. In diesen 62 Jahren seit Bestehen der Lehrwerkstätte wurden meines Wissens nach mehr als über 6000 Lehrlinge zu Facharbeitern ausgebildet und sind zum großen Teil auch dem Werk treu geblieben, wenn sie nicht so wie ich aus politischen Gründen gekündigt wurden. Viele haben auch woanders einen Arbeitsplatz gefunden. Es gibt nicht wenige, für die der Facharbeiterbrief kein Endergebnis war, sondern nur eine Art Zwischenstation. Viele haben den Weg der Weiterbildung eingeschlagen und wurden so im Steyr-Werk Meister, Obermeister, Konstrukteure, OBERINGENIEURE oder sogar, wie ein von mir gut bekannter technischer Rat, nämlich Karl Wagner. Auch Ihnen, meine Damen und Herren, ist bekannt, auch Bürgermeister kommen von dieser Werksschule, wie Josef Fellingner, Franz Weiss und unser heutiger Bürgermeister Heinrich Schwarz. Sie alle sind aus dieser Lehrwerkstätte hervorgegangen. Auch Politiker wie Franz Enge, Arbeiterkammerpräsident Schmidl und auch ein Werksdirektor Holub, der bereits verstorben ist, oder ich möchte stellvertretend für andere erwähnen, den Studienrat Hans Walzer, haben in der Lehrwerkstätte ihre berufliche Laufbahn begonnen, um nur einige zu nennen. Die Steyr-Werke benötigen für den eigenen Bedarf, wie unser Bürgermeister einleitend ausführte, nur 50 Lehrlinge. Demnach wäre, wie gesagt, ein Neubau mit Baukosten in der Größenordnung von rund 27 Millionen Schilling notwendig. Die Schaffung von zusätzlich 50 Arbeitsplätzen erfordert einen Mehraufwand, wie gesagt wurde, von 20 Millionen Schilling, wovon 15 Millionen Schilling der Bund übernimmt und somit der ungedeckte Betrag von 5 Millionen Schilling bleibt, der nach den bisherigen Verhandlungen, wie dies auch Bürgermeister Schwarz dargestellt hat, von der Stadt Steyr zu leisten ist. Mit der heutigen Beschlußfassung werden von der Stadt für dieses Jahr noch 1 Million Schilling und nach dem Voranschlag für das Jahr 1986 weitere 1,5 Millionen Schilling, also zusammen 2,5 Millionen Schilling, den Steyr-Werken für den Neubau der neuen Lehrwerkstätte zur Verfügung gestellt.

Die KPÖ-Fraktion ist grundsätzlich für eine Erweiterung der Lehrwerkstätte, weil da durch die Ausbildungschancen der Jugend erhöht werden und die Ausbildung in den Steyr-Werken einen ausgezeichneten Ruf besitzt, weil die technischen und fachlichen Voraussetzungen in einem Maße gewährleistet sind, wie sie in keinem spezialisierten Betrieb möglich sind. Die KPÖ-Fraktion vertritt allerdings die Auffassung, daß eine Förderung durch die Stadt in der Höhe von 2,5 Millionen Schilling begrenzt werden soll. Gleichzeitig ist bei Vertragsabschluß die erhöhte Ausbildungszahl für die Zukunft auf jeden Fall zu sichern. Nach dem derzeit vorgelegten Antrag ist das nicht der Fall. Der fehlende Restbetrag von rund 2,5 Mill. Schilling soll von der Steyrer Werksdirektion bei der OÖ. Landesregierung beansprucht werden und auch eine

Beteiligung des BMW-Motorenwerkes ist natürlich auch gerechtfertigt, weil ja für diesen Betrieb auch Lehrlinge ausgebildet werden.
Das ist die Stellungnahme der Kommunistischen Fraktion. Ich werde der bisher vorgelegten Förderung die Zustimmung geben.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Tremml für seinen Beitrag. Als Nächster hat sich Kollege Eichhübl gemeldet.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte vorweg nehmen, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren, und darauf hinweisen bzw. in Erinnerung rufen, daß ich mich niemals gegen einen sinnvollen Förderungsantrag, sei es in wirtschaftlicher oder anderer Hinsicht, gewendet habe. Ich habe mich auch niemals dagegen ausgesprochen, wenn die Stadtgemeinde Steyr bereit war, finanzielle Mittel etwa dafür zur Verfügung zu stellen, damit neue Betriebe sich im Raum Steyr ansiedeln können, oder aber wenn die Stadtgemeinde Steyr bereit war, Mittel zur Verfügung zu stellen, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern oder neue zu schaffen. Heute aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, kann ich mich dem Antragsteller und vor allen Dingen der Begründung dieses Antrages und der Antragstellung nicht ganz anschließen. Obwohl ich es grundsätzlich sehr begrüße, meine Damen und Herren, daß die Stadtgemeinde Steyr sich Gedanken um die Ausbildung der jungen Menschen unserer Stadt macht und ihnen die Möglichkeit bieten will, durch finanzielle Unterstützung eine Ausbildung zu erlangen. Obwohl ich es sehr begrüße, daß auch der Bund bereit ist, finanzielle Mittel in der Höhe von 15 Millionen Schilling für einen Neubau der Lehrwerkstätte der Steyr-Werke zur Verfügung zu stellen, möchte ich doch den Erfolg dieser Maßnahme, mehr Lehrlinge auszubilden als eigentlich in einem Betrieb benötigt werden, mit einem Fragezeichen versehen. Dies deshalb, meine Damen und Herren, weil ich es einfach nicht richtig finde, daß man zwar einem jungen Menschen eine Ausbildung zukommen läßt, wenn er dann diese Ausbildung abgeschlossen hat, ihn vor die Tatsache stellt, daß er sich nun einen Arbeitsplatz suchen muß und trachten muß, im privaten Wirtschaftsbereich unterzukommen.

Aber auch das, meine Damen und Herren, wäre für mich noch kein Anlaß, diesem Antrag die Zustimmung nicht zu geben. Ich würde das tun unter der Voraussetzung, daß die Stadtgemeinde Steyr bereit wäre, dieselben finanziellen Mittel jenen Privatbetrieben zukommen zu lassen, die bereits jetzt Lehrlinge ausbilden mit dem Ziel, ihnen eine spezifische Ausbildung zukommen zu lassen und sie auch dann in dem Betrieb weiter zu beschäftigen. Ich glaube, daß das ein durchaus legitimes Anliegen ist, denn, Kollege Pimsl, die Wirtschaft besteht ja nicht nur aus Großbetrieben und kann auch nicht nur aus Großbetrieben bestehen, sondern auch aus Kleinbetrieben und aus jenen Menschen, die dort beschäftigt sind. Hier müßte eine entsprechende Gleichheit hergestellt werden. Ich habe betont, Kollege Pimsl, nicht nur die Groß- sondern auch die Kleinbetriebe. Ich erlaube mir das auch in Anbetracht der Tatsache, daß ich Belegschaftsvertreter bin, zu sagen.

Ich würde also, meine Damen und Herren, dann, wenn es eine Bereitschaft gäbe seitens der Stadt, diese Mittel auch Privatunternehmern zur Verfügung zu stellen – vielleicht gibt es diese Gelegenheit, denn wie wir gehört haben wird es nicht bei dieser einen Million bleiben, es wird neue Anträge geben – bereit sein – da können Sie mich beim Wort nehmen – diesen Anträgen dann die Zustimmung zu geben. Heute aber kann ich das aus den angeführten Gründen nicht tun.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nächster Debattenredner ist Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die GAL Steyr hat sich überlegt, wie es zu einer solchen Maßnahme, zu einem solchen Großbau kommt, und warum Lehrlinge ausgebildet werden sollen. Grundsätzlich steht die GAL diesem Projekt sehr positiv gegenüber. Die GAL Steyr begrüßt jede Maßnahme, die in Steyr neue Jugendarbeitsplätze schafft. Die GAL Steyr sieht jedoch auch deutlich, daß es sehr schwierig ist, einen dieser Arbeitsplätze in den sozialistisch dominierten Steyr-Werken als Nichtbeschäftigter und Parteineutraler zu bekommen.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Das ist kein sozialistischer Betrieb!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es ist daher notwendig, zu diesen Maßnahmen Beschäftigungsformen bzw. daraus entstehende Arbeitsplätze zu schaffen. Ein Schritt in diese Richtung wurde von Bürgermeister Schwarz bereits gesetzt, Arbeitslosenselbsthilfegruppen zu unterstützen und ihnen Möglichkeiten zukommen zu lassen, eigene Formen der Beschäftigung zu suchen. Es ist im Vergleich zu diesem millionenschweren Projekt ein Tropfen auf den heißen Stein. Doch wir glauben, ein Tropfen höhlt den Stein und aus diesem Grund sind wir dafür, daß diese Subvention den Steyr-Werken gegeben wird.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Ramoser. Nächster Debattenredner ist Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die ÖVP und auch die FPÖ begründen ihre Ablehnung zum vorliegenden Antrag mit Argumenten, die einer objektiven Überprüfung nicht standhalten. Die ÖVP versucht mit ihren Argumenten geradezu krampfhaft davon abzuweichen und abzugehen, daß in Wirklichkeit Ihr Nein zu diesem Antrag politisch motiviert ist und nicht jenen Menschen dient und hilft, die sie angeblich so sehr vertreten möchten und ihnen so sehr am Herzen liegen. Es ist wunderschön, wenn man so plakativ eine Förderung der Jugend, die Schaffung von Jugendarbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen in den Vordergrund stellt, und wenn es darum geht, wo ein uneingeschränktes Ja zu geben, entzieht man sich dieser Verantwortung. Das ist der Ausdruck, meine Herren der ÖVP, Ihrer Industrie feindlichkeit, die Sie seit Jahren besitzen und weiterhin fördern. Sie versteigern sich sogar dazu, die Menschen in diesem Betrieb, die Arbeit suchen, die Ausbildung bekommen sollen, als Objekt Ihrer eigenen Handlungen auszuwählen. Das ist die Tatsache, die Sie zu Ihrem Nein verleitet.

Meine Damen und Herren, man muß, um dieses Problem zu verstehen, noch einige Bemerkungen hinzufügen. Nicht nur, daß die Steyr-Werke in den vergangenen Jahrzehnten jährlich bis zu 160 Lehrlinge aufgenommen und ausgebildet haben - also insgesamt über 3 1/2 Jahre über 300 Lehrlinge in unserem Betrieb Aufnahme fanden - sondern es war auch möglich, diese Lehrlinge überwiegend in unserem Betrieb zu beschäftigen und zusätzlich jene Lehrlinge aufzunehmen, die aus der gewerblichen Ausbildung nach Beendigung der Behaltspflicht in den Steyr-Werken Arbeit gesucht haben, weil sie dort, wo sie ausgebildet wurden, keine Arbeit gefunden haben. Das ist die Wirklichkeit und nicht die Verdrehung der Tatsache, die Sie in den Vordergrund stellen, Kollege Schloßgangl.

Man sollte sich hier auch ein wenig umsehen. Daß in den letzten Jahren aufgrund der wirtschaftlichen Situation die Steyr-Werke nicht in der Lage waren, die Zahl der

Lehrlinge weiterhin auszubilden, obwohl der Andrang der Bewerber ein Vielfaches der tatsächlich Aufzunehmenden gewesen ist, haben wir uns bemüht, diesen Anforderungen im Interesse unserer Bürger in Steyr und auch der Umlandregion gerecht zu werden. Wir haben ihnen zumindest eines vermitteln können, was Sie mit gutem Grund auch betont haben, eine hervorragende Ausbildung mit nationaler und internationaler Anerkennungen und mit Spitzenleistungen.

Herr Kollege Schloßgangl, ich stehe nicht an Ihnen zu erklären, daß auch ich meine berufliche Ausbildung im Gewerbebereich genossen habe und ich bin heute noch meinem damaligen Lehrherrn dankbar für die qualifizierte Ausbildung, die ich in dem Betrieb genossen habe. Es besteht daher durchaus die Möglichkeit, auch die gewerbliche Lehrlingsausbildung zu unterstützen und zu fördern und das Miteinander zu betonen und nicht das Gegeneinander hier anzuführen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, die Mienen der ÖVP und vor allem des ÖAAB heute sehen bzw. sehen könnten, dann würden Sie bemerken, wie Ihre Mienen unglücklich sind, weil sie sich der Tragweite dieser Entscheidung gar nicht bewußt sind. Sie nennen sich Arbeitnehmervertreter und stimmen aber gegen die Arbeitnehmer. Der Obmann der Handelskammer, Bezirk Steyr, Herr Stadtrat Schloßgangl, ist nicht bereit, einem Mitgliedsbetrieb der oberösterreichischen Wirtschaft auch nur eine verbale Unterstützung für sein vordringliches Anliegen zu geben. Es ist hier ein soziales und nicht unbedingt ein wirtschaftliches Anliegen. Wissen Sie, Herr Kollege Schloßgangl, wieviel die Steyr-Werke in Steyr jährlich Umlage als Pflichtumlage an die Handelskammer Oberösterreich abführen? Wenn nicht, so sage ich es Ihnen. 4,3 Millionen Schilling bezahlen die Steyr-Werke jährlich an Handelskammerumlage an ihre gesetzliche Interessensvertretung. Man ist nicht bereit, dafür auch nur eine Unterstützung zu geben, da rede ich noch gar nicht von einer finanziellen. Es ist sicherlich interessant zu wissen, wie man Wirtschaftspolitik in Ihrem Bereich versteht.

Die Gespräche über die Förderung der Lehrwerkstätte dauern bereits 2 Jahre, mittlerweile sind wir bereits mitten im Bau begriffen. Ich darf als reines Detail hinzufügen, daß die Firma Schloßgangl die Planung der Installationsarbeiten übernommen hat. Das ist erfreulich, weil es für die Qualität dieser Firma spricht. Wenn man meint, daß eine Förderung der Lehrwerkstätte der Steyr-Werke nur dann möglich ist, wenn man gleichzeitig andere Wirtschaftsbereiche der Stadt entsprechend unterstützt, wie es auch Kollege Eichhübl meint, dann haben Sie, meine Herren dieser Fraktion und der ÖVP, vergessen, daß wir in unserer Stadt seit Jahren eine Wirtschaftsförderung betreiben, die in die zig-Millionen Schilling geht und die alle Wirtschaftsbereiche dieser Stadt gleichmäßig und durchaus gut dotiert. Sie haben vergessen, meine Herren der ÖVP, was wir gemeinsam auch mit Ihrer Stimme und in Ihrem Interesse im Statut beschlossen haben, zum Schutz der heimischen Wirtschaft, um sie gegenüber Konkurrenten von auswärts abzusichern? Ist das vergessen oder zählt das nicht? Herr Kollege Holub, ich kann nichts dafür, wenn Sie nicht wissen, was wir heute hier beschließen wollen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich weiß sehr wohl, was wir hier beschließen!

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Dann kann ich nur mehr sagen: "Oh Herr vergib Ihnen, denn Sie wissen nicht, was Sie tun!"

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sie haben Glück mit meiner Gutmütigkeit!

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich weiß das zu schätzen.

Geschätzte Damen und Herren, ein Projekt wie die Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG geht davon aus, daß die Notwendigkeiten des Unternehmens durch die Größe der Lehrwerkstätte abgesichert werden. Sie geht davon aus, über Wunsch der Gewerkschaften der Kammer, der Betriebsräte und auch der Bundesregierung, vielen jungen Menschen eine vorzügliche Ausbildung zu bieten, damit sie später entsprechend gerüstet in das Berufsleben einsteigen können. Es gibt nicht die Möglichkeit in Wirtschaftsbereichen einer Pragmatisierung, daher wird es auch immer wieder die Notwendigkeit geben, nach Ende der Behaltspflicht sich anderswo einen Arbeitsplatz zu suchen. Das gilt für alle, das gilt auch für die Absolventen berufsbildender oder allgemeinbildender Schulen.

Wir verlangen in keiner Weise eine Bevorzugung der Absolventen unserer Lehrwerkstätte, was wir verlangen und darum bitten wir Sie ja, ist, daß Sie den Lehrlingen, den jungen Menschen hier in Steyr, die gleiche Chance einräumen als anderswo.

Applaus

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Pimsl. Nächste Wortmeldung Kollege Tatzreiter.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die bisherigen Förderungen der Klein- und Mittelbetriebe haben nicht die Überkapazitäten und das Überangebot an Lehrlingen aufnehmen können. Daher ist es notwendig, daß man die Möglichkeiten aufgreift, die es erlauben, für unsere vielen Familien in Steyr und Umgebung Hilfe zu leisten und die Arbeitsmarktverwaltung beweist uns immer wieder die Sorge der Lehrstellensuchenden und weist immer darauf hin, daß wir helfen müssen dort, wo Möglichkeiten vorhanden sind. Wir haben diese Hilfe gefunden im größten Steyrer Betrieb, im Steyr-Werk. Diese Bereitschaft sollte man sicher aufgreifen. Die Väter und Mütter von Lehrstellensuchenden kommen immer wieder mit der Bitte zu uns, helft uns und nehmt unser Kind als Lehrling auf. Es wird immer wieder davon gesprochen, aber die Wirklichkeit ist anders, daß es bei den Klein- und Mittelbetrieben möglich war, mehr Lehrlinge aufzunehmen, auch wenn sie gefördert wurden. Es geht hier lediglich um 5 Millionen Schilling, das ist sicher für die Stadt ein großer Brocken, aber ich bitte, diesen Betrag gegenüberzustellen, denn es geht nicht um 20 Lehrlinge, sondern 50 - 60 Lehrlinge über der Kapazität. Der Eigenbedarf wären nur 40 oder 45 Lehrlinge hier im Werk Steyr. Es geht hier um die 50 - 60 Lehrlinge und um die Gegenüberstellung dieser 5 Millionen Schilling und ich würde Sie ersuchen, dafür die Zustimmung zu geben. Die Familien würden dafür sicher dankbar sein. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nächster ist Kollege Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Pimsl ist in seinen Ausführungen sehr persönlich geworden und meiner Meinung nach auch etwas vom eigentlichen Prinzip meiner Aussage abgegangen. Er wirft mir eine gewisse Industrie-feindlichkeit der ÖVP vor, eine politische Entscheidung, er betont, daß die Steyr-Werke jene Lehrlinge, die aus dem Gewerbe nach Beendigung der Lehrzeit gekündigt wurden oder ausgetreten sind, aufgenommen hat. Er sagt, der Arbeitnehmervertreter verrate sozusagen seine Interessenten, für die er eigentlich

da sein sollte. Als Mitgliedsbetrieb der Handelskammer OÖ. haben die Steyr-Werke bereits 4,3 Millionen jährlich an Handelskammerumlage gegeben und außerdem wäre ich mit der Planung der Haustechnik betraut gewesen. Das stimmt, Kollege Fimsl, ich muß dazusagen, ich habe mir aber noch nie meine politische Meinung durch irgend ein Geschäft, einen Vertrag, eine Intervention oder sonst etwas abkaufen lassen.

Applaus

Ich glaube auch, vertreten zu müssen, was meiner Meinung nach nicht richtig ist. Hier geht es, Kollege Tatzreiter, nicht gegen die Familien, gegen die Arbeitsplätze der Lehrlinge, hier geht es nicht gegen die Mitglieder der Steyr-Werke oder um die Beschäftigten, sondern prinzipiell gegen dieses übergroße Projekt, gegen das wir sind. Wir glauben, daß es nicht richtig ist und weil wir glauben, daß auch die Förderung des Sozialministers nicht gerechtfertigt ist, wo ihm hinten und vorne die Naht nicht zusammengeht und er eben kein Geld hat. Bis 1990 weiß er mit Ach und Weh, wie er seine Pensionen finanzieren soll und dann hat er gesagt, müssen wir uns etwas einfallen lassen, denn es wird nicht so weitergehen. Das einmal ganz prinzipiell.

Zur Aufnahme der ausgebildeten Lehrlinge aus den Gewerbebetrieben muß ich eines sagen, nicht die, die dort ausgeschieden wurden, wurden aufgenommen, sondern weil die Steyr-Werke aufgrund ihres Industriekollektivvertrages einen höheren Lohn gezahlt haben, sind die guten Leute aus den Gewerbebetrieben abgewandert. Das war die Ursache. Für die Aufnahme und Ausbildung der Lehrlinge war es in den guten Zeiten immer für die Wirtschaft und für die mittelständische Wirtschaft problematisch, und es wurde schon einmal vor einem Jahr dementiert, weil beim Arbeitsamt Anträge liegen für 100 Reservierungen für die Steyr-Werke, die dort vorgemerkt werden, hinaufkommen, einen Test machen und die 50 besten aussortiert und aufgenommen werden. Ich habe schon vor einem Jahr gesagt, auch von den 50 Lehrlingen, die im Werk ausgebildet werden, werden nur die besten behalten und die, die nicht entsprechen, werden abserviert. Diese Vorwürfe gehen meiner Meinung nach sicherlich ins Leere. Wenn ich noch eines dazusagen darf, warum wir auch gegen die große Kapazität der Lehrwerkstätte sind, die Entwicklung des geburtenbedingten Lehrlingsangebotes weist eine stark fallende Tendenz auf. Wir haben derzeit 1985 rund 45.000 Lehrlinge im 1. Lehrjahr, bis Mitte der Neunziger Jahre wird diese Zahl auf unter 30.000 absinken. Erst Mitte 1995 wird wieder eine leichte Erholung sein. Daher eigentlich auch nicht die Notwendigkeit einer so überdimensionalen Lehrwerkstätte. Wenn Sie sich die Bevölkerungsstruktur anschauen und vergleichen vom Jahr 1982 bis zum Jahr 2010, dann werden im Jahr 2010 um 200.000 mehr Leute über sechzig Jahre sein und um 200.000 weniger von 0 - 15 Jahre.

Zur Förderung, die der Herr Bürgermeister seitens des Landes angezogen hat, möchte ich auch noch etwas sagen. Es wurden vom Land Oberösterreich im Jahre 1977 1 Million Schilling am 19. Dezember, dann im Juli 1978 weitere 500.000 Schilling und 1979 noch einmal 500.000 Schilling, also 2 Millionen, zur Verfügung gestellt. Und zwar über Ansuchen zur Förderung der Errichtung einer Lehrwerkstätte bzw. eines Ausbildungszentrums für das Hauptwerk Steyr. Es fehlt bis heute der Verwendungsnachweis, trotz Urgenz. Herr Kollege Fimsl, vielleicht können Sie diesen der Landesregierung zukommen lassen. Sollte das Geld auf der hohen Kante liegen, so müßte es bei einer halbwegs vernünftigen Verzinsung von 7,5 Prozent heute einem Wert von 3,320.000 Schilling entsprechen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Holub hat sich als Nächster zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Herren Bürgermeister, vielleicht ist es untergegangen, was Stadtrat Pimsl gemeint hat, so sinngemäß "Holub, Sie wissen nicht, was Sie tun, der Herr vergeblich Ihnen". Und sinngemäß, der ÖAAB tritt gegen Arbeitnehmer auf. Der Ton ist ja sicherlich geeignet, um in einer Diskussionsrunde Eindruck zu schinden, wenn die Diskussionsrunde überhaupt nicht bereit ist, gleiches Maß anzusetzen. Herr Stadtrat Pimsl wir sind nicht gegen Arbeitnehmer, wir sind für vernünftige Mittelverwendung. Wenn Sie einigermaßen aufmerksam den Zahlen, die Ihnen Kollege Schloßgangl vorgetragen hat, zugehört haben, dann müssen Sie zugeben, daß die Maßnahme überdimensional hoch ist. Und daß man bei korrekter Aufteilung, wie das auch schon Kollege Eichhübl angedeutet hat, auf sowohl die industrielle Wirtschaft als auch auf die gewerbliche Wirtschaft mehr Effektivität erzielen könnte. Wir sind, Herr Stadtrat Pimsl, nicht gegen die Arbeitnehmer, sondern wir sind, wenn Sie uns erlauben, für die Vernunft, auch wenn Sie das nicht verstehen können.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Pimsl hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Herr Vizebürgermeister Holub, Herr Stadtrat Schloßgangl, geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es wäre an und für sich nicht notwendig, noch etwas hinzuzufügen. Die Betroffenheit der ÖVP ist sichtbar und es ist Ihnen halt unangenehm, heute in der Öffentlichkeit als das hingestellt zu werden, was Sie tatsächlich sind. Nicht die Vertreter der arbeitenden Menschen, sondern Vertreter anderer Gruppen. Wenn Sie erklären, Herr Vizebürgermeister Holub, Sie seien nicht gegen die Arbeitnehmer, so muß ich sagen, Sie sind aber auch nicht für die Arbeitnehmer. Das hat man deutlich heraus hören können und das wird sich auch in Ihrem Beschluß niederschlagen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Sie sind ja auf einem Ohr taub.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich muß Ihnen sagen, ich höre recht gut, vor allem Sie, Sie sitzen ja neben mir. Geschätzte Damen und Herren, einige Anmerkungen noch zu den Aussagen Ungleichheit. Es wird hier die Industrie gefördert und die übrige Wirtschaft wird nicht unterstützt. Das stimmt doch nicht, meine Herren der ÖVP, das ist Unwahrheit! Es wird heute die private Wirtschaft in allen Bereichen, ob Gewerbe, Mittelbetrieb oder Landwirtschaft, mit Milliarden unterstützt und Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen, Sie schreien nur Zeter und Mordio, wenn es Bereiche bekommen sollen, die nicht in Ihr politisches Konzept passen. Das ist ja der Grund Ihrer Ablehnung und nichts anderes.

Ich möchte nochmals Kollegen Eichhübl zitieren, der erklärt hat, er sei auch für eine Förderung der Industrie, aber auch gleichzeitig der Klein- und Mittelbetriebe und des Gewerbes. Ja haben wir denn bisher etwas anderes getan? Hast Du, lieber Freund Eichhübl, übersehen, daß eine Reparaturwerkstätte, die Pkw, Lkw oder andere motorangetriebene Fahrzeuge repariert, sie nur dann reparieren kann, wenn vorher in der Industrie solche gebaut werden? Daß in Wirklichkeit die Wirtschaft, die Kleinbetriebe von dem leben, was die Industrie erzeugt? Dir fehlt offenbar da der Zusammenhang, aber es ist verständlich, man kann nicht alles wissen.

Geschätzte Damen und Herren, es ist doch so, daß es heute darum geht, für junge Menschen einen Ausbildungsplatz zu schaffen, der sogar in verringerter Form als jetzt zukünftig weitergeführt werden soll. Es geht nicht um eine Ausdehnung der

Möglichkeiten der Ausbildung gewerblicher Lehrlinge in den Steyr-Werken, sondern es geht um eine Reduzierung aufgrund der technologischen und deren Auswirkung, aus Rationalisierungsgründen nur mehr 100 Lehrlinge maximal auszubilden. Es wird immer wieder aus der Wirtschaft zitiert, daß es in den nächsten Jahren einen ganz beachtlichen Facharbeitermangel geben wird. Sie handeln gegen Ihre eigenen Interessen, meine Herren der ÖVP, wenn Sie das heute verweigern. Die Facharbeiter bekommen eine Grundausbildung, die es Ihnen ermöglicht, in vielen Berufen den Mann zu stellen. Es gibt darüber hinaus eine spezifische Ausbildung, zugeschnitten für einzelne Produktparten und Produktionsanlagen. Das wissen Sie ja recht gut, Sie sind doch selbst, Kollege Schloßgangl, ein Unternehmer, und es ist daher wirklich eigenartig, daß man Ihnen das erklären muß.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht mehr vor. Ich bitte den Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, bei dieser Diskussion haben sich grundsätzliche Auffassungsunterschiede herauskristallisiert. Ich möchte darauf hinweisen, daß ich glaube, daß es einfach notwendig ist, daß wir Möglichkeiten, die sich uns anbieten, ausschöpfen sollten. Wir tun es ja auch bei Schulen. Kein Mensch denkt sich etwas, wenn eine Schule gebaut wird, wenn Millionen Schilling ausgegeben werden. Es wird hier der Vorwurf gemacht, daß ein Ausbildungsweg, der über einen Betrieb geht, einen schlechten Geruch hat, man hat irgendwie das Gefühl, daß man das nicht will. Dieses Gefühl habe ich auch in den Gesprächen gehabt beim Bundesministerium für soziale Verwaltung. Dort war auch der Herr Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Starzer anwesend und es ist dort eine Zusage gemacht worden seitens des Landes, die Zusage, daß dieser Betrieb so wie andere Ausbildungsstätten auch, mit 10 Prozent der Kosten gefördert wird, mit 10 Prozent der Baukosten gefördert wird. Heute ist davon nicht mehr die Rede. Man sträubt sich also hier, Zusagen, die bereits gemacht wurden, einzuhalten. Ich muß eines sagen, es wäre der Bau in dieser Form und Größenordnung nicht gemacht worden, wenn es auf das Land ankommen würde. Das sage ich hier ganz offen, weil sich das Land einfach weigert, die entsprechenden Zuschüsse zu zahlen. Wir glauben aber, daß wir verpflichtet sind, für die jungen Menschen alle Möglichkeiten der Ausbildung, ob es Ausbildung schulischer Art oder Ausbildung in einer Lehrwerkstätte ist, zu fördern. Dazu darf ich sagen, daß ja der Betrieb nicht unwesentliche Kosten auf sich nimmt. Die Steyr-Werke haben schließlich und endlich an die 20 oder mehr als 20 Ausbilder derzeit, sie werden auch künftighin 20 Ausbilder beschäftigen, sie übernehmen die gesamten Betriebskosten für dieses Haus in der Folge, und wir haben an sich die Garantie, daß für Jahre und Jahrzehnte dort junge Menschen einen Ausbildungsplatz besitzen. Es ist nämlich nicht so, wie gesagt wird, daß seitens der privaten Wirtschaft eine Garantie gegeben wird, daß jene Lehrlinge, die dort oben nicht aufgenommen werden, dann in der privaten Wirtschaft unterkommen. Diese Garantie hat uns noch niemand zusagen können und die bekommen wir auch nicht. Deswegen verlassen wir uns lieber auf unsere eigenen Entscheidungen.

Ich darf Sie bitten und ersuchen, daß wir doch die Möglichkeit wahrnehmen, durch einen Förderungsbetrag seitens der Gemeinde diese Ausbildungsmöglichkeit für 50 junge Menschen wahrzunehmen. Es ist keine Förderung des Betriebes, es ist ausschließlich eine Förderung der jungen Leute. Es ist eine Maßnahme gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Kollege Eichhübl, wenn Du gesagt hast, Dir gefällt das nicht, die hat man jetzt aus-

gebildet und man weiß nicht, was dann weiter geschieht, denn es kann nur ein Teil davon im Betrieb bleiben. Ich sage Dir, unsere Auffassung ist, lieber eine Ausbildung als keine Ausbildung. Der Mensch hat sicherlich ein besseres Fortkommen, wenn eine gute Ausbildung gewährleistet ist. Diese 50 jungen Leute, die keine Ausbildung hätten, wenn wir diesen Beschluß nicht fassen würden, wären sonst genötigt, als Hilfsarbeiter oder sonst in irgend einer Form sich ihr Leben zu fristen. Das ist die Alternative, die Du angeführt hast.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Es gibt ja auch andere Lehrberufe!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich darf Sie bitten, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke unserem Bürgermeister für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer mit dem vorliegenden Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 9 Gegenstimmen (ÖVP-Fraktion) und einer Stimmenthaltung (FPÖ-Fraktion) angenommen. Ich danke und bitte Herrn Bürgermeister um seinen nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren, im nächsten Antrag darf ich Sie um die Genehmigung ersuchen für verschiedene Maßnahmen an der Sportanlage Rennbahn, die zur Eröffnung notwendig waren.
Der entsprechende Antrag lautet:

2) Sport-4820/81

Sportanlage Rennbahn; Ergänzung der GR-Beschlüsse vom 28. 6. 1984, 7. 2. 1985 und 1. 7. 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschlüssen des Gemeinderates vom 28. 6. 1984, 7. 2. 1985 und 1. 7. 1985 wurde der Auftrag zur Errichtung der Sportanlage Rennbahn (Neubau einer Leichtathletikanlage) an die ARGE Beer & Janischofsky, Hamberger, Negrelli, Zwettler zum Preis von 16,993.787,61 übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von S 849.012,34 auf S 17,842.799,95 nachträglich zugestimmt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 850.000,-- (achthundertfünfzigtausend)

bei VSt 5/262100/006000 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Sie haben den Antrag gehört. Ich frage, ob dazu jemand eine Wortmeldung wünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, der Antrag ist daher einstimmig angenommen.
Ich danke Bürgermeister Schwarz für seine Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und ersuche Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen insgesamt 6 Anträge, darunter der Haushaltsvoranschlag für das kommende Rechnungsjahr 1986, zu unterbreiten. Der erste Antrag, der Ihnen zur Beschlußfassung vorliegt, behandelt die Bezugsregulierung die Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1986. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat hat folgenden Wortlaut:

3) Präs-1137/85

Bezugsregulierung und Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Abschnitt 1

Artikel 1

a) den Beamten der Stadt Steyr werden bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften vorgriffweise monatliche Ergänzungszahlungen in der Höhe der Differenz zwischen den am 1. 12. 1985 geltenden Bezugsansätzen und den in den Anlagen 1 und 2 angegebenen Bezugsansätzen gewährt. Die Ergänzungszahlungen unterliegen der Pensionsbeitrags- und der Krankenfürsorgebeitragspflicht sowie der Pensionsautomatik.

b) auf die Vertragsbediensteten finden die Bestimmungen der lit. a sinngemäß Anwendung, wobei diese Bezüge nach den Bestimmungen des § 8 der für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr geltenden Vertragsbedienstetenordnung (VBO) festgesetzt werden.

Artikel 2

Die Pflegedienstzulage und die Pflegedienst-Chargenzulage werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1985 um 4,25 v. H. erhöht.

Artikel 3

Die Nebengebühren werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1985 um 4,24 v. H. (= Valorisierungsfaktor des Gehaltes von V/2) erhöht.

Abschnitt 2

Die von den Monatsbezügen und Sonderzahlungen sowie von dem Anspruch auf eine Nebengebührenezulage begründenden Nebengebühren zu entrichtenden Pensionsbeiträge werden vorgriffweise bis zur entsprechenden Novellierung des § 65 des StGBG bzw. des § 3 des OÖ. Nebengebührenezulagengesetzes um 0,5 v. H. erhöht.

Abschnitt 3

Die Bestimmungen des Abschnittes 1 und 2 treten am 1. 1. 1986 in Kraft. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich frage, ob zu diesem Antrag jemand das Wort wünscht? Herr Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Wippersberger hat diese Bezugsregulierung ganz einfach hier laut Amtsbericht vorgelegt. Ich möchte doch dazu einige Worte sagen. Diese Bezugsregulierung für unsere Beamten und Bediensteten des Magistrates ist eigentlich die

Grundlage des Gehaltsabschlusses der Gemeindebediensteten von 4,25 Prozent, mindestens jedoch S 500,-. Sie wird schon allein durch die ungerechte Lohnsteuerprogression und auch der Erhöhung des Pensionsbeitrages der Pragmatisierten weitgehend wiederum entwertet. Es gibt für einen beträchtlichen Teil unserer Bediensteten der Stadt nicht einmal eine Teuerungsabgeltung. Ich möchte sagen von einer Leistungssteigerung und deren Abgeltung kann überhaupt nicht die Rede sein, wobei wir alle wissen, daß gerade bei den Dienstleistungen der Bediensteten größere Leistungen erbracht werden. Ein Beispiel möchte ich anführen, daß wir alleine in unserem Zentralaltersheim in der Pflegeabteilung 200 Menschen haben, die rund um die Uhr betreut werden müssen. Wenn ich erinnere an die Leistungen unserer Arbeiter im Gaswerk, im Wasserwerk oder der Autobuschauffeure der städtischen Unternehmungen durch den verstärkten Verkehr und die Gefahren, die daraus erwachsen. Daher erscheint mir diese Bezugsregulierung äußerst gering.

Ich erwähne hier ein Beispiel, weil wir beschließen das ja, daß unsere Bediensteten und Beamten ja nicht mehr bekommen ab 1., als wir heute hier vorgelegt bekamen. Ein Beamter der Dienstklasse V, Gehaltsstufe 6, erhält eine Erhöhung von 4,25 %, das sind 799 Schilling mehr, er bekommt ein Bruttogehalt von 19.605,- Schilling. Die Lohnsteuer steigt aber gleichzeitig um den Betrag von 237 Schilling und der Sozialversicherungsbeitrag auf S 192,-, das sind zusammen 429 Schilling. Netto bleiben dann diesem Beamten ganze 370 Schilling. Das ist eine prozentuelle Nettoerhöhung von 2,86 Prozent. Damit wird nicht einmal, wie ich schon angeführt habe, die Teuerung abgegolten. Ich betrachte diesen Abschluß als ungenügend, der hier gemeinsam, wenn auch beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt viele unterschiedliche Auffassungen vertreten wurden, auf sozialpartnerschaftlicher Basis von der sozialistischen sowie auch von der christlichen Gewerkschaftsfraktion der Gemeindebediensteten mit dem SP-Finanzminister ausgehandelt wurde. Ich bin natürlich für die ausgehandelte Auszahlung der bescheidenen Gehaltserhöhung ab 1. 1. 1986.

Ich möchte noch erwähnen, daß durch diesen Beschluß wiederum nur die ganz Oberen profitieren, nämlich die Politiker, beginnend von den Ministern über die Landtagsabgeordneten und auch die Politikerbezüge dieses Hauses. Ich möchte aber ausdrücklich erklären, daß diese Bezugsregulierung nichts damit zu tun hat, aber es ist halt so, daß es eine Bezügeverordnung gibt, die von den drei etablierten Parteien des Landtages und auch hier im Rathaus gemeinsam beschlossen wurde, daß automatisch ihre Bezüge und Pensionen danach richten, wie die Beamten ihre Gehaltserhöhungen abschließen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, diesem Antrag mit einer Erhöhung der Bezüge für die Beamten des Magistrates Steyr um 4,25-Prozent, jedoch mindestens um S 500,-, der von der Gemeindegewerkschaft ausgehandelt wurde – und das ist ungefähr der gleiche Betrag, den auch die Beamten bekommen – die GAL Steyr stimmt diesem Teilbereich voll zu. Sie stimmt jedoch nicht zu, daß die Mandatare der Stadt und der Gemeinde Steyr im Sog dieser Erhöhung die Ist-Bezüge auch erhöht bekommen. Die gleiche Anhebung der Stadt- und Gemeindepolitiker ist seitens der GAL in keiner Weise gerechtfertigt. Im Gegenteil, die GAL Steyr fordert die Mandatare auf, erstens ihre Bezüge der Öffentlichkeit bekannt zu geben, und in der Folge einen Teil ihrer Bezüge in einen Fonds einzuzahlen, damit das Jugendarbeitsproblem bekämpft bzw. gemildert werden kann. Durch die Vermischung von Mandataren und Angestellten des Magistrates ist es der GAL nicht möglich, diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall, ich ersuche daher Kollegen Wippersberger um sein Schlußwort.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Nur zwei Sätze zu Dir, Kollege Treml, sicherlich hat diese Erhöhung um 4,25 Prozent da und dort speziell im unteren Bereich gewisse Härten. Aber ich darf doch feststellen, daß diese 4,25 Prozent nicht unerheblich über der Teuerungsrate liegen.

Zu Ihnen, Herr Kollege Ramoser, darf ich sagen, Sie kennen sich nirgends aus. Kollege Treml hat die Bezüge sehr oft in Form von Flugblättern bekanntgegeben, was allerdings auch nicht immer gestimmt hat. Nur eines muß ich sagen, den Gipfelpunkt der Unwahrheiten hat die GAL gesetzt in ihrem Flugblatt, das Sie alle bekommen haben. Da steht nämlich drinnen, jeder Stadtrat verdient etwa 80.000 Schilling im Monat. Also, meine Herren vom Stadtrat, jetzt wißt Ihr, was Ihr verdient! Das ist ungefähr das Vierfache von dem, was es in Wirklichkeit ist. Das ist ja eine großartige Übertreibung.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es war uns leider nicht möglich, die genauen Zahlen zu erfahren.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Kollege Ramoser, wenn man sich nicht sicher ist, was wirklich wahr ist, dann erkundigt man sich. Aber einfach hier zu schreiben und auf Stimmenfang auszugehen, und zu behaupten, daß die Stadträte von Steyr S 80.000,- bekommen, das ist nicht nur eine glatte Unwahrheit, das stimmt ja bei weitem nicht. Ich sage es noch einmal, die GAL ist mit ihrem Flugblatt scheinbar nur auf Stimmenfang ausgegangen. Außerdem waren auch noch andere Dinge in diesem Flugblatt, die ich als krasse Verdrehungen bezeichnen möchte.

Ich bitte Sie, diesem Antrag, den ich gestellt habe, die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GAL) angenommen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag betrifft die Gruppenzusatzversicherung der Wiener Städtischen Versicherung, und zwar eine Tarifanpassung.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

4) Präs-1147/85

Gruppenzusatzversicherung; Tarifanpassung ab 1. 1. 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Erhöhung der Prämien der mit Beschluß vom 8. 9. 1953 mit der Wiener Städt. Versicherungsanstalt abgeschlossenen Gruppenzusatzversicherung von S 630,- monatlich pro Erwachsenem und S 300,- monatlich pro Kind wird zugestimmt. Entsprechend den gefaßten Gemeinderatsbeschlüssen wird die Prämie zur Hälfte vom Dienstgeber getragen. Für die pensionierten Vertragsbediensteten und deren Ehepartner und ausgeschiedenen Funktionäre und deren Ehepartner wird eine Staffelpremie in Höhe von S 695,- monatlich festgesetzt. Als Wirksamkeit dieser Änderungen wird der 1. 1. 1986 festgelegt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Finanzierung im Objekt 14 a, Einkaufszentrum Resthof II.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

5) Bau5-5200/77

Bau5-1660/84

Finanzierung der Mehrzweckräume im Resthof,
Objekt 14 a, Einkaufszentrum Resthof II.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Aufstockung des der GWG der Stadt Steyr GesmbH zur Errichtung von Mehrzweckräumen im Objekt 14 a des Bauabschnittes Resthof II/B/2 gewährten Darlehens von S 1,700.000,-- auf S 3,221.627,63 wird zugestimmt.

Als Darlehensbedingungen wird eine Laufzeit von 12 Jahren und ein Zinssatz von 8,5 % p. a. antizipativ festgelegt, wobei die halbjährlichen Annuitäten mit der für die gemieteten Räumlichkeiten vorzuschreibenden Miete verrechnet werden. Zu diesem Zweck wird ein Betrag in Höhe von S 309.700,- bei der VA-Stelle 5/480000/242000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 1,211.900,- bei derselben VA-Stelle bewilligt.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin neu in diesem Gemeinderat und muß jetzt bitterlich erfahren, wie schwer es ist, wenn man von der Öffentlichkeit kommt, wenn man von der Straße kommt und relativ wenig Informationen mitbekommt, was hier im Gemeinderatssaal verdient wird. Wir waren der Annahme, daß ausgeschöpft wird, was vorgesehen ist. Vorgesehen sind nun einmal 80.000 Schilling. Daß die Stadträte hier nur einen Nebenjob haben, das wußten wir zum Teil nicht. Das ist eine Informationslücke, die sich sicher bessern wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf Sie bitten, zum Thema zu sprechen!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

In der Planung sieht die GWG der Stadt Steyr Räume der Begegnung vor und ich glaube, Räume der Begegnung soll man nützen. Es gibt gerade im Stadtteil Resthof viele Menschen, die gerade diese Begegnungsräume unbedingt benützen möchten. Durch die Stadtteil-Fehlplanung, wobei von vornherein zu wenig Horte und Kindergärten errichtet wurden, geht man nun daran, dieses für den Stadtteil Resthof sehr notwendige Begegnungszentrum umzuplanen und die fehlenden Kindergärten und Horte in diesen Räumen des Zusammentreffens unterzubringen. Nun werden neuerlich 1,7 Mill. Schilling dafür benötigt, um dieses Begegnungszentrum endgültig fallen zu lassen, um einen Hort, den man zusätzlich hätte errichten müssen, dort unterzubringen. Die GAL

Steyr glaubt nicht, daß ein Ausweichen in die der SPÖ untergegliederten Vereine, so wie in diesem Fall der Kinderfreunde bzw. Kinderfreundeheim im Resthof, für alle Resthofbewohner möglich ist. Immerhin haben bei den letzten Gemeinderatswahlen 746 Bewohner des Resthofes indirekt nicht für das Kinderfreundeheim gestimmt. Darum findet die GAL, daß es notwendig ist, dieses Kommunikationszentrum zu errichten und zu betreiben. Die Bewohner des Stadtteiles brauchen dies. Die GAL fordert, es soll ein Begegnungszentrum im Resthof gebaut werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Ich bitte den Referenten um sein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Lieber Kollege Ramoser, ich bin mir sicher, ich habe durch den Städtebund ein wenig Einblick, wie es in anderen Städten aussieht, daß unser Amtsblatt, das wir in Steyr herausbringen, eines der besten in Österreich und in diesem Amtsblatt ist eine sehr ausführliche Berichterstattung. Ich glaube, die Öffentlichkeit wird damit sehr gut informiert.

Nun konkret zu den Räumen der Begegnung, es gibt Räumlichkeiten der Begegnung. Ich danke an das Kinderfreundeheim, wo nicht nur die Kinderfreunde drinnen sind, wo laufend andere Vereine drinnen sind und Veranstaltungen durchführen. Ich denke an das Pfarrheim, auch das ist ein Haus der Begegnung. wir haben da auch einen Seniorenklub untergebracht, also es gibt schon entsprechende Kommunikationsmittel. Die Infrastruktur ist meiner Meinung nach in den letzten Jahren im Resthof sehr verbessert worden.

Ich bitte nochmals, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag behandelt die Vorfinanzierung für den Reinhaltverband Steyr und Umgebung und hat folgenden Wortlaut:

6) Bau6-4090/82

Reinhalungsverband Steyr und Umgebung; Hauptsammler A/3. Teil Baulos Wehrgraben und Hauptsammler E Sierning (Trollmannstraße bis Sierninghofen); Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III - RHV vom 22. 11. 1985 wird der Auftrag zur Durchführung der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten im Zusammenhang mit der Herstellung des HS A/3. Teil, Baulos Wehrgraben, und des HS E-Sierning an die Fa. Negrelli, Steyr, zum Preis von S 26,726.793,60 übertragen. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 26,727.000,-- (sechszwanzig Millionen siebenhundertsiebenundzwanzigtausend)

werden bei VSt 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Erlauben Sie mir, daß ich die nächsten beiden Anträge, das Budget 1986 und den Zusatzantrag bezüglich der Kreditsperre auch diesmal wieder in einem zur Behandlung bringe. Der Haushaltsvoranschlag für 1986, der Ihnen vorliegt und über den wir zu entscheiden haben, ist wie jeder Voranschlag die Grundlage für unsere Arbeit im folgenden Jahr. Es ist nicht nur eine Absichtserklärung über Art und Umfang unserer für 1986 geplanten Tätigkeit, es gibt auch Aufschluß über unsere finanzielle Situation, in der wir uns derzeit befinden.

Bei der letzten Gemeinderatssitzung konnte ich anläßlich der Behandlung des Nachtragsvoranschlages für 1985 die Feststellung treffen, daß die allgemeine Wirtschaftslage seit etwa Mitte 1984 eine leichte Aufwärtsentwicklung nimmt und dies auch budgetmäßig vor allem bei den Mehreinnahmen, bei der Lohnsummensteuer und Gewerbesteuer zum Ausdruck kommt. Die Wirtschaftsprognosen für 1986 haben alle ein Anhalten dieses erfreulichen Trends zum Inhalt.

Der Haushaltsvoranschlag 1986, den ich Ihnen unterbreite, ist daher von vorsichtigem Optimismus getragen und trägt dieser Entwicklung im allgemeinen Rechnung, gleichzeitig aber auch der ernsthafte Versuch, eine Budgetkonsolidierung herbeizuführen. Erlauben Sie mir auch dazu ein paar grundlegende Bemerkungen. In der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre waren wir bemüht, Steyr anläßlich des 1000-Jahr-Jubiläums im Jahre 1980 ein würdiges Aussehen zu geben; es wurden Investitionen in größerem Umfang getätigt, welche zu einer stärkeren Verschuldung unserer Stadt geführt haben. Seit Anfang der Achtzigerjahre sind wir nun, hervorgerufen durch die angespannte Wirtschaftslage, bemüht, die negativen Erscheinungen am Arbeitsmarkt, die durch den Einsatz neuer Technologien noch zusätzlich verschärft wurden, abzufangen, Steyr eine größere Arbeitslosigkeit zu ersparen. Diese unsere Bemühungen haben den Einsatz großer finanzieller Mittel bedurft, aber nur so war es möglich, eine größere Arbeitslosigkeit zu verhindern, war es vor allem möglich, neue Betriebe in unserer Stadt anzusiedeln. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das BMW-Motorenwerk mit seinen derzeit rund 1400 Beschäftigten, weitere 400 - 500 Menschen werden in den nächsten 1 - 2 Jahren in diesem Betrieb einen Arbeitsplatz finden. Die Firma Dräxlmaier, ein Zulieferer von BMW, hat sich ebenfalls schon in Steyr etabliert, beschäftigt derzeit rund 120 Leute und wird in den nächsten beiden Jahren den Beschäftigtenstand auf mehr als 300 erhöhen. Weitere Betriebsansiedlungen stehen unmittelbar bevor. Es hat erst vor wenigen Tagen ein Gespräch mit der Fa. Engel stattgefunden. Diese Firma wird schon in den nächsten Wochen hier nach Steyr ziehen.

Unser Bestreben ist es, möglichst jedem arbeitswilligen Bewohner unserer Stadt einen Arbeitsplatz anbieten zu können. Steyr darf nie mehr das Schicksal der Dreißiger Jahre erleben und zu einem Notstandsgebiet werden. Aus den von mir eben geschilderten Gründen ist die Verschuldung unserer Stadt in den letzten 10 Jahren stark angestiegen und liegen wir derzeit bei einer Gesamtverschuldung von rund 455 Millionen Schilling, das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund S 11.700,-. Verglichen mit anderen Städten dieser Größenordnung unseres Landes sind wir damit zwar noch im guten Mittelfeld, aber eine Neuverschuldung im Ausmaß der letzten Jahre wäre auf Sicht gesehen eine schwere Hypothek für die weitere Zukunft unserer Stadt. Aus diesem Grunde wird mit dem Budget 1986 der ernsthafte Versuch unternommen, eine Budgetkonsolidierung herbeizuführen. Dieses Vorhaben hat natürlich die Beratungen und Verhandlungen für die Erstellung des Haushaltsvoranschlages 1986 noch zusätzlich erschwert, weil wir in fast allen Bereichen größere Abstriche

machen mußten und viele Wünsche und Anliegen nicht berücksichtigt werden konnten. Ich bitte Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen um Verständnis dafür, umso mehr, da ich annehmen darf, daß auch Sie großes Interesse an einer Budgetkonsolidierung haben. Nun etwas konkreter auf das Zahlenwerk unseres Haushaltsvoranschlages eingehend.

Eine Zuführung von Mitteln aus dem oH an den aoH konnte leider nicht veranschlagt werden und auch für 1986 ist beim aoH wieder ein Abgang in ähnlicher Höhe als für 1985 veranschlagt, nämlich 23,5 Millionen. Diesen Abgang hoffen wir allerdings durch Bedarfszuweisungen seitens des Landes und des Bundes und durch eventuelle Mehreinnahmen durch eine noch stärkere Konjunkturbelebung als prognostiziert, abdecken zu können. Sollte dies nicht möglich sein, müßte es bei den Ausgaben des aoH zu Einsparungen kommen.

Die vorgesehene Darlehensaufnahme von 30 Millionen bei Kreditinstituten und ein Betrag von etwas über 1 Million aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds liegt, wie ich schon eingangs erwähnte, im Hinblick auf eine Budgetkonsolidierung wesentlich niedriger als in den vergangenen Jahren. Eine Kreditaufnahme über den im Budget vorgesehenen Rahmen hinaus würde die angestrebte Konsolidierung unseres Budgets ernsthaft gefährden, wenn nicht gar zunichte machen. Das Gesamtausmaß liegt auf der Ausgabenseite oH und aoH zusammen bei S 648,558 Millionen, lediglich um etwas mehr als 15 Millionen höher als unsere Gesamtausgaben des Jahres 1984 waren und wir für 1985 veranschlagt hatten. Auch daraus können Sie unsere ernsthafte Bemühung, eine Budgetkonsolidierung herbeizuführen, ersehen. Dennoch werden auch vom Budget 1986 wieder wertvolle Impulse für unsere Wirtschaft ausgehen. Insgesamt fließen von der Stadt, den Stadtwerken, der GWG und dem Reinhaltungsverband rund 485 Millionen in die Wirtschaft. Und das ist sicherlich doch ein sehr wesentlicher Beitrag zur Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Ein großer Teil dieses Geldes, und zwar nahezu 46 Millionen sind wieder für Maßnahmen des Umweltschutzes, wie z. B. unsere Kanalisation und die Sanierung der Mülldeponie, vorgesehen. Noch nie zuvor ist in unserer Stadt in einem so kurzen Zeitraum so viel auf diesem Gebiet geschehen als in den letzten Jahren diesbezüglich geschehen ist und noch immer geschieht. Die Maßnahmen des Umweltschutzes bilden auch im kommenden Jahr einen echten Schwerpunkt in unserer kommunalen Arbeit. Stadtteilbezogen liegt der Schwerpunkt unserer kommunalen Arbeit im nächsten Jahr im Wehrgraben. Der Bau des Hauptsammelkanales im Wehrgraben und der Bau der Anschlußkanäle in diesem Gebiet, der Neubau der Direktionsbrücke, der Bau eines Fußgehersteges über die Steyr von der ehemaligen Hackliegenschaft zum Schloß Lamberg, der Bau des mit finanzieller Unterstützung der Stadt zu errichtenden Museums Arbeitswelt, die Sanierung des Josef-Lazarett und verschiedener straßenbaulicher Maßnahmen sind in diesem Stadtteil vorgesehen.

Und nun zu den einzelnen Kapiteln.

Der ordentliche Haushalt ist mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von je 558.078 Millionen Schilling ausgeglichen. Er weist gegenüber dem Haushaltsvoranschlag dieses Jahres eine Erhöhung um 35.787 Millionen aus, das ist um 6,9 % mehr. Der ordentliche Haushalt hat demnach eine stärkere Ausweitung erfahren als der Gesamthaushalt. Die Ursache liegt auf der Einnahmenseite durch eine günstigere Entwicklung, vor allem aufgrund der besseren Wirtschaftslage und auf der Ausgabenseite durch erhöhte Pflichtausgaben, hervorgerufen zu einem nicht unerheblichen Teil durch verstärkten Personaleinsatz. Von den gesamten Einnahmen stammen 409 Millionen oder 73,3 Prozent aus eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen. Gestatten Sie, daß ich dabei auf die wichtigsten Positionen etwas näher eingehe. Die betragsmäßig mit Abstand wichtigste Post sind die Abgabenertragsanteile, die wir vom Bund bekommen. Wir haben sie mit 192 Millionen, demnach um 10 Millionen höher veranschlagt als 1985, das hängt natürlich mit der allgemeinen Wirtschaftslage eng zusammen. Ähnlich verhält es sich auch bei der Lohnsummensteuer, wir haben sie

mit 73 Millionen Schilling veranschlagt, 1985 haben wir 67 Millionen Schilling dafür eingesetzt. Die drittgrößte Einnahmenquelle ist die Gewerbesteuer, die wir mit 53 Millionen Schilling veranschlagt haben. Diese Summe ist sicherlich sehr optimistisch veranschlagt, denn sie hängt nicht nur von der Konjunktur, sondern vor allem von der Höhe der Investitionen der einzelnen Betriebe ab und niemand weiß im vorhinein, wie hoch diese Investitionen tatsächlich sein werden. Die nächst größere Einnahmenquelle ist die Kanalbenutzungsgebühr, dafür haben wir für 1986 26,6 Millionen eingesetzt und 3 Millionen wurden für die Kanalanschlußgebühr eingesetzt. Als nächstes folgt die Getränkesteuer, wofür wir 19 Millionen für 1986 veranschlagt haben. Verglichen mit dem Rechnungsabschluß für 1984 und den bisherigen Einnahmen aus dem Jahre 1985 scheint diese Summe durchaus realistisch. Die Grundsteuer B mit 17,5 Millionen und die Grundsteuer A mit lediglich 200.000,- ist infolge des Hebesatzes genau festgelegt. Das gleiche gilt für die Müllabfuhrgebühr, welche wir mit 8,1 Millionen Schilling veranschlagt haben. 6,7 Millionen bekommen wir vertraglich von der OKA übermittelt. Alle anderen Einnahmeposten sind von geringerer Bedeutung, z. B. die Gebrauchsabgaben mit 2,9 Mill., die Lustbarkeitsabgabe mit 1,7 Millionen und die Verwaltungsabgabe mit 1,5 Mill. sowie die Anzeigenabgabe, wofür wir 1 Million eingesetzt haben. Es sind Erfahrungswerte aus dem Rechnungsabschluß 1984 unter Bedachtnahme auf die allgemeine Entwicklung. So viel zu den wichtigsten Einnahmequellen beim oH und nun zu den Ausgaben.

Auf der Ausgabenseite beim oH schlagen natürlich die Personalkosten besonders zu Buche. Sie weisen gegenüber dem Voranschlag 1985 eine Steigerung von 193,2 auf 201,8 Millionen, das sind rund 4,45 %, aus. Insgesamt werden die Personalkosten einschließlich der Pensionen und Ruhegehälter und der Aufwandsentschädigungen mit S 240,5 Millionen oder um rund 4,2 Prozent höher zu liegen kommen als 1985 veranschlagt. Für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand werden für 1986 S 146,7 Millionen benötigt, das ist um 6,7 Prozent mehr als für 1985 im Budget vorgesehen war. Für den Schuldendienst, das heißt, Schuldentrückzahlung plus Zinsen werden voraussichtlich für 1986 rund 51,4 Millionen Schilling benötigt, davon allein für die Zinsen der aufgelaufenen Schulden nahezu S 34,3 Millionen. Für die Transferzahlungen mußten wir für 1986 S 77,5 Millionen einsetzen - ein Plus von 8,4 Prozent gegenüber 1985. Davon S 20,4 Millionen für die Landesumlage, S 18,5 Millionen als Beitrag für den Krankenanstaltenfonds und 8 Millionen haben wir an das Land für die Behindertenhilfe zu leisten. Insgesamt werden wir an das Land 56,5 Millionen abführen müssen, das ist mehr als doppelt soviel als wir vom Land an Finanzzuweisungen und Zuschüsse für das nächste Jahr erhoffen können. In Anbetracht unserer Finanzlage eine sehr schmerzhafteste Tatsache, denn es ist eine starke Belastung für unser Budget und unterstreicht die jahrelange Forderung der Stadt und des Städtebundes nach gänzlicher Abschaffung der Landesumlage. Den größten Zuschußbedarf beim oH benötigen wir auch nächstes Jahr wieder für die Schulen, nämlich rund S 31 Millionen und an zweiter Stelle liegt mit S 25,3 Millionen der Zuschußbedarf für unser Zentralaltersheim. Der in den letzten Jahren durchgeführte Ausbau unserer Pflegeabteilung - wir haben derzeit bereits nahezu 200 Pflegebetten - hat zu einer Kostenexplosion auf diesem Sektor geführt und ich habe es bereits im Vorjahr anläßlich der Budgetberatung zum Ausdruck gebracht, daß diese Entwicklung unsere ernsthafte schwere Sorgen bereitet, diese enorm hohen Kosten alljährlich auch in den Budgets kommender Jahre unterzubringen. Ich kann mir einen weiteren Ausbau unserer Pflegeabteilung ohne entsprechende Zuschüsse, und zwar nicht nur für den Ausbau selbst, sondern vor allem für die laufenden Betriebskosten des Heimes, seitens des Bundes, des Landes oder anderer Körperschaften nicht vorstellen. 21 Mill. Schilling ist der Zuschußbedarf für die allgemeine Sozialhilfe, enorm groß ist auch der Zuschußbedarf für unsere Kindergärten, Tagesheimstätten und Horte. Er wird

im kommenden Jahr bei 18 Millionen liegen, das ist gegenüber dem heurigen Jahr eine Steigerung um rund 2,3 Mill. Auch dazu sei mir eine Feststellung erlaubt. Diese Einrichtungen sind naturgemäß sehr personalintensiv. Der gesamte Sachaufwand für die Kindergärten, Tagesheimstätten und Horte einschließlich der Beheizung, Beleuchtung usw. beträgt im kommenden Jahr rund 5,5 Mill. Schilling, der Personalaufwand rund 23,8 Mill. Zur immer wieder im Raum stehenden Behauptung, daß wir seitens des Landes ohnedies 75 Prozent der Personalkosten ersetzt bekommen, sei festgestellt, daß der tatsächliche Zuschuß, den wir seitens des Landes bekommen, im nächsten Jahr bei 6,5 Mill. liegen wird, das sind in Prozenten ausgedrückt 27,3 Prozent der Personalkosten. Für den Bau von Sammelkanälen werden wir als Stadt an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung im kommenden Jahr rund 10,7 Mill. zu leisten haben. Für die Straßenerhaltung und Asphaltierung bestehender Straßen wurden im Budget 1986 insgesamt 9 Mill. veranschlagt. Die Straßenreinigung, Sommer- und Winterdienst, wird uns voraussichtlich S 11,5 Mill. kosten. Die Straßenbeleuchtung erfordert nahezu 8 Mill. und weitere 8 Mill. werden wir für unsere Stadtgärtnerei, für unsere Park- und Gartenanlagen zuschießen müssen. Der Zuschußbedarf für den Städt. Wirtschaftshof liegt bei 4,6 Millionen. Die Müllbeseitigung wird unter der Voraussetzung, daß wir etwa ab Jahresmitte 1986 wieder unsere eigene Deponie in Hausleiten anfahren können, einen Zuschuß von rund S 2,3 Millionen benötigen. S 3,6 Mill. werden für unser Theater, S 2,2 Mill. für die Stadtbücherei, und ebenfalls 2,2 Mill. für die Volkshochschule gebraucht. Der finanzielle Zuschuß für die Feuerwehr wird im kommenden Jahr bei 3,4 Mill. liegen. Die Stadtwerke bekommen zur Deckung ihres Abganges beim Stadtbad und der Kunsteisbahn von der Gemeinde einen Zuschuß von 6,2 Millionen. Der Seniorenpaß kostet uns 2,3 Mill., die Seniorenklubs einen Zuschuß von 1,5 Millionen und ebenfalls 1,5 Mill. unser Heimathaus. Dies um nur einige der wichtigsten Ausgaben beim oH zu erwähnen.

Nun aber zum aoH.

Er beinhaltet Einnahmen in der Höhe von S 66,955.000,- und Ausgaben im Ausmaß von S 90,430.000,-. Er liegt damit erheblich niedriger als die Voranschläge der letzten beiden Jahre. Die Ursache, ich habe es bereits erwähnt, sind in der geringen Kreditaufnahme einerseits und andererseits in der Tatsache, daß der oH eine stärkere Auslastung infolge höherer Pflichtaufwendungen erfahren hat. Der präliminierte Abgang in der Höhe von 23,525.000 Schilling hoffen wir, auch das habe ich schon kurz angeführt, durch Zuschüsse und Bedarfszuweisungen seitens des Landes und des Bundes und eventueller zusätzlicher Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen, Steuern und Abgaben hereinzubekommen. Die Einnahmen beim aoH im Ausmaß von S 66,955.000,- setzen sich wie folgt zusammen: S 30 Mill. durch Kreditaufnahmen bei Geldinstituten, 17 Mill. aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden, 16,3 Mill. aus Entnahme von Investitionsrücklagen und aus restlichen Darlehen aus dem Jahr 1985. S 2,6 Mill. durch vereinbarte Zuschüsse seitens des Bundes und S 10,55 Mill. durch Darlehensaufnahme beim Wasserwirtschaftsfonds.

Die Ausgaben beim aoH bestehen im wesentlichen aus Zwangspunkten, wie z. B. Restzahlungen bereits abgeschlossener Maßnahmen, Fortsetzung begonnener Vorhaben, Auflagen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und der Einhaltung getroffener Vereinbarungen und Zusagen.

Und nun zu den einzelnen Kapiteln auf der Ausgabenseite des aoh. Für die Freiwillige Feuerwehr sind 2,1 Mill. vorgesehen, davon 1,1 Mill. als erste Rate für den Ankauf eines neuen dringend gewordenen Löschfahrzeuges und S 700.000,- für den Ankauf einer neuen Rufanlage, die ebenfalls dringend benötigt wird. Durch die 7. Schulorganisationsnovelle ist ein Zubau von 8 Klassenräumen bei der Otto Glöckel-Schule auf der Ennsleite als unumgänglich geworden. Hiefür ist im Budget als 1. Rate ein Betrag von S 6 Mill. eingesetzt. Einen Betrag von S 1 Mill. haben wir aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung für den Bau der HAK und HBLA im nächsten Jahr zu leisten. Für die Errichtung der Hochbauten zur Fertigstellung der Leichtathletikanlage auf der Rennbahn ist eine Summe von S 7 Mill. erforderlich. Für die Errichtung von Sport- und Freizeiteinrichtungen im Resthof und im Wehrgraben sind jeweils S 300.000,- vorgesehen und ein Betrag von S 1 Mill. als Zuschuß für den Bau einer Überdachung am gemeindeeigenen Sportplatz des SK Vorwärts. Durch die Aussiedlung der Frauenberufsschule an der Stelzhamerstraße ist es nunmehr, wie bereits im Entwicklungskonzept versprochen, möglich geworden, diese Schule zu einem Volksbildungszentrum umzubauen. 500.000,- sollen hiefür Verwendung finden. Einer vertraglichen Verpflichtung Rechnung tragend, haben wir für das nächste Jahr für den Bau des Museums Arbeitswelt im Wehrgraben die gleiche Summe wie in diesem Jahr, nämlich 2,5 Millionen, zuzuschießen. Für die Altstadtterhaltung und Ortsbildpflege ist im Budget mit dem Schwerpunkt Wehrgraben eine Summe von S 6,650.000,- eingeplant. S 500.000,- werden für Sanierungsarbeiten im Zentralaltersheim gebraucht. Für den Wohnbau sollen insgesamt S 5 Mill. Verwendung finden und 300.000,- sollen für Lärmbekämpfung ausgegeben werden. Der Gemeindeanteil für den im kommenden Jahr vorgesehenen Ausbau der Haratzmüllerstraße wurde mit 1 Million präliminiert. Eine Restzahlung von insgesamt S 350.000,- für den bereits getätigten Ausbau der Aschacher- und Wolfener Landesstraße. Für den Ausbau der Gemeindestraßen in Steyr und den Bau von Brücken und Stegen sind insgesamt 24 Millionen veranschlagt. In dieser Summe inkludiert ist die Fortsetzung des Ausbaues der Steiner Straße, die Restabwicklung des Ausbaues der Reindlgutstraße, der Neubau eines Teilbereiches der Arbeiterstraße und einer größeren Straßenbaumaßnahme im Stadtteil Münchenholz. Auch der Neubau der Direktionsbrücke und der Bau eines Steges von der ehemaligen Hackliegenschaft zum Schloß Lamberg sowie die Errichtung eines weiteren Parkplatzes am rechten Brückenkopf der Enns scheint in dieser Summe auf. Für die Instandhaltung von Wasserwehren und Schleusen im Wehrgraben sind S 500.000,- veranschlagt. Erhebliche Mittel sind für das nächste Jahr wieder für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, nämlich insgesamt 8 Mill. vorgesehen. Für den Ausbau des städt. Kanalnetzes ist ein Betrag von 13,2 Mill. veranschlagt und für den Ankauf maschineller Einrichtungen und Fahrzeuge zur Fertigstellung und Inbetriebnahme unserer Mülldeponie in Hausleiten insgesamt 7 Millionen. Für den Ankauf von Gebäuden und Grundstücken lediglich 2,3 Millionen. Eine sehr bescheidene Summe im Vergleich mit den Ausgaben in den letzten Jahren. Schließlich sei auch darauf hingewiesen, daß als erste Rate für die Sanierung des Schlosses Engelsegg 1 Million eingesetzt wurde.

Der Schwerpunkt unserer kommunalen Tätigkeit wird im kommenden Jahr stadtteilbezogen gesehen zweifellos im Wehrgraben sein. Der innere Bereich des Wehrgrabens wird im kommenden Jahr einer riesigen Baustelle gleichen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wie immer ist dem Voranschlag auch der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft und der Voranschlag des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung beigeschlossen.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke sieht für das kommende Jahr Gesamtaufwendungen in der Höhe von S 127,8 Millionen vor. Zur Abdeckung der Verluste beim Stadtbad und bei der Kunsteisbahn, wie schon von mir erwähnt, wird ein Zuschuß seitens der Gemeinde im Ausmaß von 6,2 Mill. gewährt. Insgesamt werden in den Stadtwerken im kommenden Jahr Investitionen im Ausmaß von 21,7 Millionen durchgeführt und zwar S 4,350.000,- für den Verkehrsbetrieb, 250.000,- für die Bestattung, 8,5 Mill. für das Wasserwerk und 8,6 Mill. für das Gaswerk.

Für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung sind im kommenden Jahr Aufwendungen im Ausmaß von 98,7 Millionen vorgesehen, und zwar S 50 Millionen für verschiedene Kanalbauten, in diesen 50 Mill. inkludiert sind 21 Mill. für den Kanalbau des Hauptsammlers im Wehrgraben. 24,5 Mill. für die Schlammpresse und eine Restzahlung für den Bau der Kläranlage im Ausmaß von 5 Mill., um nur die wichtigsten größeren Positionen zu erwähnen.

Die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr weist in ihrem Erfolgsplan Aufwendungen in der Höhe von 143,3 Millionen auf. An Investitionen sind 67,5 Mill. vorgesehen, und zwar 25 Mill. als Restabwicklung in Fertigstellung befindlicher Bauten, 32 Mill. zur Weiterführung bereits begonnener Bauten und 10,5 Mill. als erste Baurate für Neubauten.

Wie immer liegt Ihnen auch der Dienstpostenplan vor und auch dazu ganz kurz ein paar Sätze. Der Dienstpostenplan einschließlich des Personalstandes der Stadtwerke sieht für 1. 1. 1986 einen Sollstand von 802 Bediensteten vor. Das ist gegenüber dem 1. 1. 1985 eine Erhöhung des Personalstandes um 27 Bedienstete. Ursache der Erhöhung des Personalstandes ist vor allem die Inbetriebnahme der Kläranlage, die Erweiterung der Pflegeabteilung im Zentralaltersheim, die Einstellung zusätzlicher Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen, da die Zahl der zu betreuenden Kinder im heurigen Jahr stark angestiegen ist sowie die Ausweitung der Aktion "Essen auf Rädern".

Der tatsächliche Iststand mit 1. 1. 1986 wird aufgrund der Aktion 2000, Einstellung von jugendlichen Arbeitslosen für mindestens 1 Jahr, sogar noch geringfügig höher zu liegen kommen. Insgesamt haben wir bisher aufgrund dieser Aktion 16 jungen arbeitslosen Menschen zumindest für die Dauer eines Jahres einen Arbeitsplatz vermittelt.

Dem Voranschlag ebenfalls beigeschlossen ist auch wieder der Voranschlag für die Ir.-Wilhelm-Groß-Stiftung. Der Vermögensstand beläuft sich auf 372.000,- Schilling. Vom Zinsertrag sollen S 9.000,- an Stipendien zur Austeilung gelangen.

Und nun zum Ergänzungsantrag, die Kreditsperre betreffend. Infolge der noch immer angespannten Finanzlage unserer Stadt soll auch für das kommende Jahr 1986 wieder eine 20 %ige Kreditsperre für die listenmäßig nicht erfaßten Subventionen zum Tragen kommen.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, zum Schluß meiner Ausführungen darf ich nunmehr diese beiden Anträge dem Wortlaut nach zur Verlesung bringen:

7) Ha-5000/85

Voranschlag 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1986 wird im ordentlichen Haushalt bei den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je	S 558,078.000,-
im außerordentlichen Haushalt bei den Ausgaben mit	S 90,480.000,--
und bei den Einnahmen mit	<u>S 66,955.000,--</u>
daher mit einem Abgang von	S 23,525.000,--
	=====

im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird. Als gegenseitig deckungsfähig werden die im Sammelnachweis zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für berufsbildende Pflichtschulen. Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift, betreffend die allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Ausführung des Voranschlages und deren Anlage, Zl. 5209/1948, in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 127,700.000,- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 21,700.000,-, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan. Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben: Die Hebesätze betragen

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	400 v. H.
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	172 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

8) Ha-3600/81

Ha-5000/85

Voranschlag 1986; Beschluß einer Kreditsperre.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Vollziehung des Budgets 1986 unterliegt bei allen Ermessensausgaben einer 20 %igen Kreditsperre nach Maßgabe des vorstehenden Amtsberichtes. Es sind daher lediglich die in Listen erfaßten Subventionen von dieser Kreditsperre nicht betroffen. Über eine Aufhebung bzw. Reduzierung der Kreditsperre ist aufgrund der Ertragslage im Laufe des Budgetjahres 1986 zu entscheiden.

Abschließend auch noch die Feststellung, daß der Voranschlag 1986 den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt war und daß es, soweit mir bekannt, keinerlei Einsprüche oder Einwände gab.

Wie immer darf ich hier von dieser Stelle aus dem Leiter des Rechnungsamtes, Herrn Dr. Schmidl und seinen Mitarbeitern für die umfangreiche und mit großer Gewissenhaftigkeit durchgeführten Arbeiten zur Erstellung des Haushaltsvoranschlages herzlich danken. Ich danke Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche nunmehr unseren Bürgermeister, die Debatte

über den Voranschlag 1986 abführen zu lassen.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke unserem Finanzreferenten für seine ausführlichen Darstellungen. Es haben sich bereits 6 Redner zu Wort gemeldet. Bevor ich aber das Wort erteile, möchte ich die Sitzung für ca. 15 Minuten unterbrechen.

Pause von 16.25 - 16.45 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir setzen die Beratungen zum Voranschlag 1986 fort.

Ich erteile gleich Kollegen Pimsl als Sprecher der sozialistischen Fraktion das Wort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Voranschlag 1986 weist ein Gesamtvolumen von 688 Mill. Schilling im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt auf. Nur unwesentlich mehr als 1984 ausgegeben wurden und für 1985 veranschlagt war. Es ist das Ergebnis einer fundierten Abwägung der zu erwartenden Einnahmen einerseits und der möglichen und vertretbaren Ausgaben für 1986 andererseits.

Ich möchte es nicht verabsäumen, dem Finanzreferenten Vizebürgermeister Wipbersberger, Herrn Dr. Schmidl als Leiter der Fachabteilung, und seinen Mitarbeitern für ihre umsichtige qualifizierte und verantwortungsbewußte Erstellung des Voranschlages 1986 Dank und Anerkennung auszusprechen. Trotz aller im Budget sichtbarer Sparmaßnahmen gelang es nur mehr, den ordentlichen Haushalt auszugleichen. Im außerordentlichen Haushaltsplan ist zur Finanzierung der vorgesehenen Ausgaben eine Darlehensaufnahme von 30 Mill. Schilling notwendig. Trotzdem verbleibt ein vorläufiger Abgang von 23,5 Millionen Schilling. Eine maßvolle Neuverschuldung, die sich durch die wirtschaftsfördernden Maßnahmen in wenigen Jahren auf der Einnahmenseite niederschlagen werden.

Der Haushaltsvoranschlag ist zwar die Grundlage des Tun und Handelns für das kommende Jahr. Das Budget 1986 hat aber von seiner Zweckbestimmung auch große zukunfts-gestaltende Auswirkung. Entsprechend dem Beschluß des Gemeinderates zum neuen Entwicklungskonzept der Stadt Steyr werden der Wirtschaft, für Arbeitsplatzsicherung, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, hunderte Millionen zur Verfügung gestellt.

Einige Ziffern sollen das noch besonders unterstreichen. Die direkte Wirtschaftsförderung in der Budgetgruppe 7 betrug für den Rechnungsabschluß 1984 S 4,350.000, Für den Voranschlag 1985 S 6,773.000,- und im Voranschlag 1986 sind S 8,660.000,- vorgesehen. Die wirtschaftswirksamen Ausgaben betragen für den Zeitraum Rechnungsabschluß 1984 S 432,219.454,-, für den Voranschlag 1985 S 488,191.000,- und für den Voranschlag 1986 S 485,281.000,-. Davon sind direkte Investitionen 1984 S 266,382.010,-, 1985 S 321,077.000,-, 1986 S 307,731.000,-.

Für die Anschaffung von Wirtschaftsgütern und für Instandhaltungsausgaben wurden bereitgestellt 1984 S 165,837.444,-, 1985 S 167,114.000,- und 1986 S 177,550.000,-. Einige andere Daten, die das Volumen unserer Arbeit und unserer Wirtschaftsförderung und die Ernsthaftigkeit unserer Überlegungen unterstreichen. Im außerordent-

lichen Haushalt sind aufgewendet worden: für das Jahr 1984 S 111,194.493,- 1985 S 110,896.000,- und 1986 S 90,480.000,-. Für die Stadtwerke S 19,839.180,-, 1985 S 21,200.000,-, 1986 S 21,700.000,-. Für den Reinhaltungsverband werden aufgewendet - das ist stadtübergreifend wirksam, weil 7 Gemeinden im Reinhaltungsverband zusammengeschlossen sind - 1984 S 74,198.889,-, 1985 S 97,300.000,- und 1986 S 91,197.000,-. Für die Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft S 37,000.000,- 1984, 1985 S 62,500.000,-, 1986 S 67,500.000,-. Man könnte diese Ausgaben in mehreren Details berichten, es zeigt aber, in wie vielen Bereichen es heute notwendig ist, daß die öffentliche Hand, die Stadt, die Einnahmen, die vom Bürger dieser Stadt kommen, sorgsam ausgibt und wie sorgsam damit umgegangen wird, und wie sehr für die nächsten Jahre vorausgedacht wird. Aber nicht nur die Ausgaben für die Wirtschaft können nachgewiesen werden, es werden zudem noch günstige Konditionen beim Erwerb von Betriebsgrundstücken gewährt und auch gleichzeitig auf Anschlußleistungen verzichtet.

Die Höhe unserer Ausgaben für diesen Bereich ist beeindruckend und sind wichtige Impulse für die Stadt. Den wirtschaftlichen Belangen gleichzustellen sind die Ausgaben für Umwelt und Umweltschutz. Auch hier sind die Anstrengungen der Stadt sichtbar und werden zweifellos auch in der Zukunft vordringlich behandelt werden müssen. Für die Verbesserung der Umwelt direkt und indirekt wurden ausgegeben oder veranschlagt:

Im Rechnungsabschluß 1984 für Kanal im außerordentlichen Haushalt S 17,569.209,-, Voranschlag 1985 S 11,300.00,-, Voranschlag 1986 S 13.200.000,-. Für Kanal ordentlichen Haushalt S 1,891.433,-, 1985 S 1,507.000,-, 1986 S 2,246.000,-. Für die Müllbeseitigung oder die Mülldeponie im außerordentlichen Haushalt S 2,514.439,-, 1985 S 700.000,- und 1986 S 7,000.000,-; im ordentlichen Haushalt für 1984 S 9,552.717,- 1985 S 8,827.000,- und 1986 S 10,537.000,-. Für direkte Unterstützung im Naturschutzbereich waren es 1984 S 602.031,-, 1985 sind es S 1,567.000,- und 1986 S 1,778.000,-. Für Lärm wurden ausgegeben 1984 S 188.617,-, 1985 S 300.000,- und für 1986 S 300.000,-. Insgesamt also 1984 ein Betrag von S 33,318.448,- 1985 S 24,210.000,- und 1986 S 35,061.000,-.

Vielleicht nochmals die Ziffern aus dem Reinhaltverband - 1984 S 74,198.889,-, 1985 S 97,300.000,- und 1986 S 91,197.000,-. Also insgesamt für Kanal, Müll, Lärm, Naturschutz 1984 S 107,517.337,- 1985 S 121,510.000,- und 1986 S 126,258.000,-.

Die Höhe dieser unserer Ausgaben ist beeindruckend und es sind wichtige Impulse für die Stadt. Aber den wirtschaftlichen Ausgaben gleichzustellen sind unsere Aufgaben für Umwelt und Umweltschutz.

Der Spielraum für frei verfügbare Ausgaben ist gering. Trotzdem, begonnene Projekte werden in allen Bereichen fortgeführt und abgeschlossen. Neue Vorhaben in Angriff genommen, im Wohnbau für unsere älteren Mitbürger durch den Ausbau unseres Zentralaltersheimes, der Schaffung von Seniorenwohnungen, für Familien, Kindergärten und Horte. Der Ausbau unserer Straßen und die Erneuerung der Straßenbeleuchtung wird zügig fortgesetzt werden können. Für Sport- und Freizeiteinrichtungen sind beträchtliche Mittel veranschlagt. Viele Wünsche werden an den Finanzreferenten herangetragen. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sind sie berücksichtigt.

Die sozialistische Fraktion stimmt dem Budget 1986 zu und bekennt sich auch zur Kreditsperre. Der Vorschlag zeigt Realismus, Ausgewogenheit und Optimismus. Der vorliegende Haushaltsplan ist die Voraussetzung für eine weitere gemeinsame Arbeit aller Fraktionen zum Wohle der Bürger unserer Stadt, für unser schönes Steyr. Mit dem Wunsch auf eine gute Zusammenarbeit innerhalb unserer Gemeindevertretung erlaube ich mir, Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, insbeson-

dere unserem Herrn Bürgermeister Heinrich Schwarz, allen Mitarbeitern des Magistrates, voran Magistratsdirektor Dr. Knapp, namens der sozialistischen Fraktion und im eigenen ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 1986, Gesundheit und Frieden zu wünschen.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für die Erklärung der sozialistischen Fraktion. Für die Österr. Volkspartei bitte ich Herrn Vizebürgermeister Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Stadtsenates und Gemeinderates!

Ein Jahr ist wieder einmal vorbei und die Budgetdebatte stellt den rhetorischen Höhepunkt eines Arbeitsjahres dar. Wir alle wissen ja, daß in der Budgetdebatte wohl diskutiert wird, aber Veränderungen nicht mehr herbeigeführt werden können. Daher geziemt es sich auch, in der Budgetdebatte allgemeine grundsätzliche Erklärungen abzugeben, und so ist es seit vielen Jahren Brauch hier im Gemeinderat.

An diesen Brauch will ich mich halten, mich aber dabei nicht vom Budget loslösen, damit ich nicht nur Grundsätzliches rede. Zunächst einmal, wenn man das umfangreiche Zahlenwerk aufmacht, kommt einen fast "schüchtern" an so viel Geld steht da drinnen. Woher kommt dieses Geld? Daher muß man zunächst einmal Dank sagen. Dank sagen an alle jene, die das viele Geld in die Tasche der Gemeinde gebracht haben, das dann über den Umweg des Gemeindehaushaltes wieder umverteilt bzw. eingesetzt wird. Dank also an den Steuerzahler in dieser Stadt, der im Weg von 172 Millionen eigene Steuern aufgebracht hat, und Dank an den Steuerzahler in dieser Stadt, der am Weg der Ertragsanteile 192 Millionen Schilling aufgebracht hat. Ohne diese Einnahmen wären alle unsere Bemühungen, seien sie gemeinsam getragen oder von mehrheitlichen Beschlüssen sanktioniert, völlig irrelevant, weil ja die finanzielle Bedeckung nicht gegeben wäre. Dank gilt aber auch dem Finanzreferenten Vizebürgermeister Wippersberger, und zwar hinsichtlich der Einladung, die an die Fraktionen ergangen ist, an der Gestaltung des Budgets mitzuarbeiten. Namens der Steyrer Volkspartei kann ich sagen, daß sich viele von unseren Vorstellungen decken. Ich habe ja auch schon bei der Konstituierung gesagt, daß der Kanaldecken scheppert, ganz egal ob es einen roten oder einen schwarzen Bürgermeister gibt, daß die sozialen Dienste ausgeweitet werden müssen, ganz egal welcher Couleur der Bürgermeister ist. Viele Vorstellungen decken sich also über die Parteigrenzen hinweg, manche Anregungen konnten wir in Gesprächen unterbringen im Budget. Und leider Gottes blieben auch manche Anregungen unberücksichtigt. Mein Dank gilt aber auch den budgetstellenden Beamten - geführt von Herrn Dr. Schmidl - die sicherlich mit ausgezeichneter Umsicht gearbeitet haben und vor einer wahrlich nicht einfachen Situation gestanden sind, das Budget 1986 zu erstellen. Die Situation ist deshalb nicht einfach, weil ja die wirtschaftliche Prognose - nichts anderes ist ja der Finanzspielraum, den sich eine Gemeinde geben kann - den ganzen Überlegungen des Finanztechnikers zugrunde liegt. Dabei hat der Finanztechniker mit einer groben Schwierigkeit zu rechnen, daß die Wirtschaftsentwicklung instabil ist. Das ist keine epochale Erkenntnis von mir, sondern eine nackte, einfache, wenn auch bedauerliche Tatsache. Es ist sicher schwer abzuschätzen - das hat Vizebürgermeister Wippersberger in seiner Erläuterung des Voranschlags schon gesagt - die Entwicklung der Steuereinnahmen, aus vielerlei Hinsichten. Wir sind abhängig - das wurde richtig gesagt - von der Investitionstätigkeit, die uns einesteils sehr am Herzen liegt, weil daraus wieder Impulse und Beschäftigtenplätze entstehen können, andererseits aber möglicherweise in bestimmten Steuern Nachteile bringt, wobei dieser Steuernachteil natürlich - so muß man es korrekterweise sehen - eine Wirtschaftsförderung am indirekten Weg, nämlich über die Steuergesetze, darstellt. Auf der anderen Seite kommt natürlich aus dem Zurverfügungstellen von neuen Arbeitsplätzen in der Investitionstätigkeit auch wieder ein Mehr an Lohnsummensteuer und in weiterer Folge aus dem zuerworbenen Gewerbevermögen Gewerbesteuer.

Auch die Bundesertragsanteile als zweite Haupteinnahmequelle dieser Gemeinde Steyr sind eher schwierig abzuschätzen, und ich meine, daß in der Einschätzung dieser Einnahmen eine realistische Zurückhaltung Platz gegriffen hat. Das Bild der vergangenen Jahre ist nämlich gekennzeichnet durch eine große Menge von Nachzahlungen, deren Kontinuität nicht gewährleistet ist, wengleich sie für das Jahr 1986 aufgrund des heute bereits zitierten Wirtschaftsaufschwunges, der sich infolge der Staatsvertrags-

maßnahmen ab Beginn Mitte 1984 ergeben hat, doch eher zu erwarten sein werden. Insofern glaube ich und die Freunde meiner Fraktion, daß die Budgetierung durchaus realistisch und maßvoll war. Es hätte nämlich jetzt keinen Sinn, jetzt in Optimismus zu schwelgen und dann im nachhinein das bittere Brot der Enttäuschung essen zu müssen. Das bittere Brot der Enttäuschung essen ja, meine Damen und Herren, nicht wir, sondern das essen dann unsere Mitbürger in Mindermöglichkeiten zur weiteren Förderung der Entwicklung unserer Stadt. Insofern ist eine zurückhaltende Budgetierung sicherlich begrüßenswert, sofern sie in einer realistischen Zurückhaltung, so wie in diesem Fall, sich äußert.

Wir stehen bei der Planung unserer Maßnahmen vor der Tatsache, die auch heute sowohl von Herrn Vizebürgermeister Wippersberger als auch von Stadtrat Pimsi als Sprecher der sozialistischen Fraktion angezogen wurde, daß der Gemeindehaushalt hinsichtlich seiner Einnahmen eher stagniert, wenngleich die Ausweitung des ordentlichen Haushaltes 1986 auf den ersten Blick hin eine weitere Ausweitung der Einnahmen schließen ließe. Es wäre aber, Herr Vizebürgermeister Wippersberger, – da wirst Du mir recht geben – ein Trugschluß, diesen Schluß nachzuvollziehen. Wir sind geprägt von der Tatsache, daß wir riesige begonnene Vorhaben beenden müssen. Ich darf hier noch, genau so wie meine beiden Vorredner, daran erinnern, daß die Kanalbauprojekte und das Riesenproblem der Müllentsorgung gewaltige Beträge, sei es über den Reinhaltungsverband oder auch über die gemeindeeigenen Entsorgungsanlagen, bedeuten. Wenn wir uns vor Augen halten, daß in den nächsten 5 Jahren in Summe 190 Millionen Schilling allein in die städtischen Kanalanlagen investiert werden müssen, so bedeutet das schon die gewaltige Einschneidung des Ermessensspielraumes der Gemeinde für sonstige Maßnahmen.

Dabei haben wir ja noch ein Riesenproblem zu bewältigen, nämlich die Themenstellung der Stadterneuerung bzw. der Altstadtreparatur. Auch hier wurde schon eindeutig gesagt, daß der thematische Schwerpunkt im Stadtteil Steyrdorf liegen müssen, wobei ich aber glaube, daß nicht nur Steyrdorf sanierungsbedürftige Häuser hat, sondern auch die Daueraussage des Kollegen Tremml unterstreiche, es gibt auch andere Probleme, siehe z. B. den Hausbestand in Münichholz, wo auch eine ganz erkleckliche Anzahl unserer Gemeindebürger sich wohnhaft befindet und sicher auch Unterstützung erwartet hinsichtlich der Fassadenrestaurierung. Diese Begehrlichkeit ist sicher keine ungebührliche, sondern eine zweifellos gerechtfertigte.

Zur Stadterneuerung allerdings eine grundsätzliche Vorbemerkung meinerseits. Wohl ist es erstrebenswert und bindet auch Mittel, sei es von der Stadt oder vom Land oder anderen Geldgebern, daß das Museum Arbeitswelt für die Landesausstellung 1987 und für den weiterführenden Betrieb errichtet wird. Nur ist es sicherlich so, daß ein Museum alleine die Probleme eines beinahe ruinierten Stadtteiles, wie Steyrdorf sich heute ja dem entsetzten Beschauer in manchen Gegenden darbietet, sicherlich nicht lösen wird. Es wird also da noch umfangreicher, flankierender Maßnahmen bedürfen, um eine Besserung der Situation herbeizuführen.

Nächster Schwerpunkt, der unsere Entscheidungen darüber hinaus noch gravierend beeinträchtigt, ist sicherlich der immer aufwendigere Sozialbereich. Im ordentlichen Haushalt ist der Sozialbereich die größte Ausgabengruppe mit 121 Millionen Schilling und wird sicher in weiterer Folge, wenn wir allen Wünschen unserer Bevölkerung und allen Bedürfnissen – es handelt sich eigentlich ja nicht um Wünsche, sondern um echte Nöte, die im sozialen Bereich abgedeckt werden – nachkommen können wollen, doch weiterer gewaltiger Anstrengungen bedürfen. Hier, glaube ich, ist es sicher gerechtfertigt, wenn man fordert, daß über die Finanzierung des Zentralaltersheimes grundsätzliche Überlegungen angestellt werden müssen, in welcher Form sich der Hauptbegünstigte daraus, nämlich der Sozialversicherungsträger, an der Kostentragung am zentralen Altersheim beteiligen könnte – pardon, ich müßte natürlich sagen die Sozialversicherungsträger. Die Menschen, die in den Krankenhäusern nicht mehr nach den Sozialversicherungsgrundsätzen weiter gepflegt werden können, weil ja

unsere Sozialversicherung den Grundsatz der Heilbehandlung vorsieht und nicht den der Pflege und tiefbedauerlicherweise auch nicht den der prophylaktischen Behandlung, sind, wenn nicht die Familienverbände die räumlichen oder persönlichen Voraussetzungen mitbringen, darauf angewiesen, in diversen Pflegeorganisationen untergebracht zu werden. Das beschwert unseren Stadthaushalt in einem erheblichen Ausmaß, die Zahl haben wir ja heute schon mehrfach gehört. Dieses ganze Umfeld ergibt uns die Wahrheit von äußerst knappen Ermessensspielräumen, weil ja die Finanzressourcen unserer Stadt kaum sich erheblich verändern werden. Die Steuereinnahmen werden kaum gigantisch größer werden können, weil ja die Steuerbelastungen für jeden Einzelnen, sei er jetzt ein privater Haushalt, oder sei er ein wirtschaftliches Unternehmen, ohnehin schon an der Grenze des Erträglichen sind. Beim Tagesordnungspunkt der Beamtenbezüge haben wir ja heute eine Wortmeldung bereits gehört, die den vollen Druck der Nebenabgaben oder der Lohnkosten, Steuern und Sozialversicherung, aufgezeigt haben. Das alles ergibt zum wiederholten Mal die Forderung unserer Fraktion, daß ein Investitionsprogramm erstellt werden muß auf die nächsten Jahre, das nicht ohne begleitendes Finanzierungskonzept verbleiben sollte. Die Zahlen des Haushaltsvoranschlages 1986 untermauern diese Feststellung. Wenn ich Statistiken mache, dann bin ich in diesem Gemeinderat in einer fatalen Situation, Vizebürgermeister Wippersberger nimmt nämlich immer die gleichen Vergleichsjahre wie ich. Heuer haben wir uns auf das Jahr 1980 spezialisiert. Im Vergleich zu 1980 ist die Schuldenstandentwicklung – das hast Du ja schon aufgezeigt – von 290 Millionen auf – Du hast gesagt 455 Millionen – ich sage 475 Millionen Schilling. Real werden es bis Ende des Jahres 475 Millionen Schilling sein. Ich glaube, wir diskutieren jetzt auch nicht um die 20 Millionen, ob die jetzt kommen oder im Jänner. Effektiv ist jeder Kopf in der Stadt Steyr nunmehr mit 12.100, wenn man die 20 Millionen – ob die jetzt im Dezember oder im Jänner ausgenützt werden, das ist in dem Fall unerheblich – berücksichtigt, belastet. Es ist daher verständlich, daß mit dem Voranschlag 1986 der Versuch zum Einbremsen gemacht wird und sich die Kreditneuaufnahmen in einer Zielsetzung von 30 Millionen Schilling darstellen, wobei ja in Anbetracht der großen Maßnahmen, die noch auf uns zukommen im nächsten Jahr, es sehr unwahrscheinlich erscheint, daß die 30 Millionen in der Tat genügen werden. Denken wir nur an eine einzige Budgetpost, nämlich den Museumssteg, vom Museum Arbeitswelt bis zum Schloß Lamberg, der mit einer Million im außerordentlichen Haushalt budgetiert ist und mit großer Sicherheit ohne Nebenwege 4 – 5 Millionen Schilling kosten wird. Selbst das, nehme ich an, wird zweifellos überschritten werden. Ich persönlich rechne eher mit 6 Millionen Schilling. Da sind die Einbindung in Zwischenbrücken, der Aufstieg zum Schloß Lamberg und die Nebenwege noch gar nicht berücksichtigt, genau so wenig wie die notwendige Weiterführung in den Stadtteil Steyrdorf berücksichtigt ist, wenn diese Brücke nicht eine Sackgasse in einem Museum bleiben sollte. Daher leite ich ab, daß die Kreditneuaufnahme mit großer Wahrscheinlichkeit höher sein wird müssen als die jetzt aufgezeigte Möglichkeit von 30 Millionen Schilling. Hinsichtlich der Bedeckung des budgetierten Abganges des außerordentlichen Haushaltes bin ich eher zuversichtlich, weil sich die Bedarfszuweisungen, die hier einkalkuliert werden, in den Jahren als sichere Einnahme dargestellt haben. Ich denke, das wird kein Problem sein. Wenn wir die Pro-Kopf-Verschuldung unserer Gemeinde über 5 Jahre hin, betrachtet von 1980 7.100,- pro Kopf Neugeborenes und Senior, quer durch die Bevölkerung gesehen haben, und Ende 1985 bzw. Anfang 1986 mit 12.100,-, so resultiert sich daraus natürlich auch die budgetäre Belastung des Schuldendienstes. 51 Mill., – etwas mehr sogar – müssen wir im Jahre 1986 zum Schuldendienst aufbringen. Das bedeutet, daß jeder Steyrer wieder – also vom Neugeborenen bis zum ältesten Mitbürger – S 1.320,- aufgerundet aufwenden muß. Wenn wir uns dabei die Hauptfinanzierungsquelle des Betriebes Stadt Steyr anschauen, so sehen wir, daß die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes – das ist ja die Zahl, die man in der Regel als Bemessungsgrundlage

heranziehen sollte - von 1980 413 Millionen Schilling, auf den Voranschlag 1986 auf 558 Millionen angewachsen sind, wobei nach Abzug der Ersätze Reineinnahmen von 519 Millionen Schilling - siehe Voranschlag - über werden. Dem gegenüber stellen müssen wir den Schuldenstand von jetzt 475 Millionen Schilling plus die 30 Mill. Neuaufnahme, das sind 488 Millionen Schilling.

In der letzten Zeit, 1984 ganz besonders, war die Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes auch durch erhöhte Rücklagenentnahme möglich, auch 1985 - das haben wir ja vor kurzem beim Nachtragsvoranschlag diskutiert - ist die Bedeckung zu einem sehr erheblichen Teil aus Rücklagen möglich gewesen. Der Rücklagenbestand Ende 1984, das kann man dem Rechnungsabschluß entnehmen, beträgt 35,1 Millionen Schilling. Wenn der Rücklagenumsatz, so wie er sich nach dem Nachtragsvoranschlag entwickelt, stimmt, und das sage ich deshalb, weil ja 1984 im Nachtragsvoranschlag sich ein ganz anderes Bild dargeboten hat, da hat man beim Rechnungsabschluß nur mehr etwa 3 Mill. Schilling aus Rücklagen entnehmen müssen, während im Voranschlag fast 20 Millionen budgetiert waren. Wenn dieser Umsatz stimmt, so bedeutet das, daß zu den 35 Millionen per Ende 1984 8 Millionen aus der Umsatztätigkeit 1985 dazukommen und 18,9 Millionen, - also rund 19 Millionen - wegkommen, so daß, wenn das alles stimmt und sich im Nachtrag nicht erhebliche Abweichungen ergeben, ein Rücklagenbestand Ende 1985 von 24 Millionen Schilling überbleibe. Den Blick in die Zukunft traue ich mir fast nicht zu machen, wenn ich die budgetierten Rücklagenumsätze mir hernehme und sehe Zuführungen von 2 Millionen und Entnahmen von 17 Millionen, so blieben, wenn sich das Zahlenspiel nicht verbessert, was sehr zu hoffen ist, daß es sich verbessern wird können, 9 Millionen per Saldo über. Das wäre jetzt eine Darstellung, die rein die nüchternen Zahlen bringt, die zur Zeit am Tisch des Hauses liegen.

Vor diesem Umfeld steht unsere Stadt Steyr vor ungeheuer vielschichtigen Problemen, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Zu diesen vielschichtigen Problemen wollen auch wir von der Steyrer Volkspartei unseren Beitrag zur Lösung bringen. Unser Ziel, das haben wir schon mehrfach erklärt und ich betone es heute, weil es ja eine grundsätzliche Erklärung ist, nochmals, ist die Zusammenarbeit, die konstruktive Zusammenarbeit im Interesse aller Steyrer. Dabei werden Sie von uns, geschätzte Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, keineswegs willenslose Zustimmung zu allem erwarten können, sondern sicherlich eine faire Diskussion - die zumindest wir versuchen werden - und konstruktive Lösungsvorschläge zu allen sich bietenden Möglichkeiten. Unser oberster Grundsatz ist, war und wird immer sein, daß die Politik für den Bürger da zu sein hat, nicht der Bürger für die Politik. Daher glaube ich, daß unsere Bürger in die Entscheidungsaufbereitung in kommunaler Hinsicht in Zukunft etwas mehr eingebunden werden sollten, wenn wir die Äußerungsformen des 6. Oktober als Politiker ernst nehmen wollen.

Unser Amtsblatt, das haben wir gehört, ist zweifellos redaktionell sehr gut und auch von der Gestaltung sehr gut dargestellt, es kostet uns auch einen budgetierten Abgang von jährlich etwa 2 Millionen Schilling. Aber ich glaube, daß das allein zur Bürgernähe nicht ausreicht. Zu den Stadtteilgesprächen möchte ich sagen, wenn wir diese laufend durchführen, so wird auch die Stadtverwaltung dadurch für den Bürger transparenter und ich glaube, der Bür-

ger hätte auch andere Sorgen als die, die Kollege Ramoser heute dargestellt hat, ob ein Stadtrat jetzt 80.000 Schilling verdient, wie es im Statut gestanden ist. Ich glaube, daß es sicherlich auch eine Form der Information ist, seine Einkommensverhältnisse darzulegen. Ich stehe nicht an, meine Einkommensverhältnisse hier auszubreiten, damit Sie, Herr Kollege, sich keine Gedanken machen müssen, ob ich an ekelhaftem Reichtum zugrunde gehe in fernerer Zukunft. Vor Ihnen steht ein teilzeitbeschäftigter Bankangestellter, der einschließlich der Kinderbeihilfe ein monatliches

Nettoeinkommen von 8.600 Schilling – die kommenden Lohnerhöhungen noch nicht eingerechnet – bezieht. Dazu verdient dieser teilzeitbeschäftigte Bankmitarbeiter als Vizebürgermeister der Stadt Steyr S 52.000,- brutto. Davon entrichtet er Lohnsteuer in Höhe von S 22.000,-, es bleiben also 30.000 Schilling über. Von diesen 30.000, das gebe ich wohl zu, das ist mein eigenes Problem, entrichte ich S 6.000,- an Abgaben in meiner eigenen Organisation, die mich in dieses Mandat entsendet hat. Mir bleiben also per Saldo netto S 24.000,- über. Das mögen Sie, und vielleicht auch Kollege Tremml, in Verhältnis ziehen mit den von Ihnen kolportierten Zahlen. Das wäre jetzt ohne Zorn und Eifer gesagt zur Darstellung. Wir meinen aber, daß sich die Transparenz nicht nur in den finanziellen Angaben über die einzelnen Mandatare – ich hoffe, daß wir jetzt nicht in die Verlegenheit kommen, daß jeder sein Einkommen und auch noch die Vermögensverhältnisse – ich habe vergessen, daß ich eine Eigentumswohnung besitze, und Sie haben sich mit großer Sorge noch erkundigt, daß ich zwei Autos habe – darlegt. Ich meine, daß eine bürgernahe Politik ganz andere Grundsätze darbieten muß. Nämlich eine objektive Politik nicht nur bei der Personaleinstellung in das Magistrat. Da kann ich berichten, daß wir uns in laufenden Gesprächen befinden, wobei sich die Standpunkte einander schon sehr nahe gekommen sind. Ich kann den Vertretern der kleineren Fraktionen versichern, daß die Interessen der kleinen Fraktionen in den Gesprächen sehr sorgfältig mitberücksichtigt werden. Wir meinen auch – da wird mir Stadtrat Zöchling recht geben – daß eines der größten Probleme die Wohnungsvergabe in unserer Stadt ist und meinen, daß es sicher notwendig sein wird, da befinde ich mich einer Meinung mit Dir, Herr Stadtrat, daß wir uns Entscheidungsgrundsätze zur Vergabe aufbereiten werden müssen, wenn wir die Probleme, die sich in jeder Wohnungsausschußsitzung – schließlich habe ich 12 Jahre dem Ausschuß angehört und habe dabei doch einiges an Erfahrungen mitsammeln können, aber auf Deinem Rücken läßt sich aller Kummer der Wohnungssuchenden ab – ergeben, möglichst fair lösen wollen, noch besser als wir jetzt alle miteinander bestrebt sind, faire Lösungen zu finden. Es wird auch notwendig sein, sich faire Richtlinien zur Förderung von Sport- und Kulturvereinen zu geben, weil ich glaube, daß die Förderungen – wie sagt man es jetzt vorsichtig und ohne zu kränken – nicht immer tausendprozentig in der Balance sind. Es gibt da sicherlich einige Schwerpunktförderungen, die uns auch im letzten Jahr unangenehm aufgefallen sind, daß Gleiches nicht mit Gleichem gemessen wird, ist eine bedauerliche Tatsache. Wenn wir uns bemühen und den Bogen behutsam spannen, so glaube ich, werden wir einen guten Weg in die Zukunft gehen können.

Unsere Stadt Steyr, meine Damen und Herren, ist unsere Wohnung. Als solche betrachten wir sie alle, ich hoffe, auch unsere Bürger. In einer Wohnung müssen wir uns zuhause fühlen können, zu Hause fühlen können wir uns nur, wenn die Wohnung intakt ist. Das bedeutet, daß der Stadtreparatur und der Altstadterhaltung ein hohes Augenmaß zu setzen ist. Damit schließt sich der Bogen zur Wohnungsknappheit in unserer Stadt. Ich meine, daß Neubau alleine auf lange Sicht sicherlich keine zufriedenstellende Lösungsmöglichkeit sein wird, sondern daß wir vor allen Dingen auch öffentliche Mittel aus der Wohnbauförderung, aber auch aus den Bemühungen der Stadt, in die Sanierung des Althausbestandes setzen müssen, wenn wir nicht auf der grünen Wiese einen Wohnblock nach dem anderen erbauen wollen und dabei doch nicht immer die Wohnungen schaffen, die den Bedürfnissen unserer Mitbürger auf den Leib geschnitten sind. Wir glauben also, daß die Förderung der Althausanierung durchaus sinnvoll ausgeweitet werden müßte, sich dabei nicht nur auf den Stadtteil Steyrdorf beschränken sollte, sondern auch – jetzt wieder zu Dir, Kollege Tremml, ich mache heute dauernd Reklame für Dich – auf die Münichholzer Häuser ausgedehnt werden sollte. Aber warum nur Münichholz, schließlich leben auch in anderen Stadtteilen gleichberechtigte Mitbürger, die Förderungen sollten sich also auf alle Stadtteile erstrecken.

Ein intensiver Wunsch unserer Mitbürger ist die Forderung nach zusätzlichen Wohnhäusern in allen Stadtteilen. Das ist sicherlich ein Wunsch, der beide Fraktionen, ich bin mir sogar sicher alle Fraktionen in dieser Stadt, gleich bewegt. Ich glaube auch, daß

alle Fraktionen gleich bewegt sind von dem Wunsch nach Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten. Ich glaube auch hier Einhelligkeit vorzufinden, daß wir zur Verkehrsberuhigung auch das äußere Erscheinungsbild der Straßenzüge mit bedenken müssen. Es muß der Verkehrsteilnehmer, wenn er mit dem Kraftfahrzeug unterwegs ist, erkennen können, ob er sich auf einer Wohngebiet-Aufschließungsstraße befindet oder auf einer Durchzugsstraße. Wenn er das erkennen kann, wird er sicherlich auch sein Verhalten auch darnach einrichten. Über die Straßen wird aber mein Kollege Hochrathen noch Näheres sagen, also kann ich dieses Gebiet hier abschließen.

Zum Wohnen möchte ich noch abrundend sagen, das Ziel heißt Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten. Aus der Verkehrsberuhigung wird sich die Möglichkeit ergeben, in den Wohngebieten leichter erreichbare Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu errichten.

Wenn wir gesagt haben, daß die Althausanierung stattgreifen soll oder vermehrt stattgreifen soll, so kommen wir logischerweise im Gedankenkreis weiter zum Denkmalschutz und dazu eine grundsätzliche Aussage. Ich bin der Meinung, daß der konsumierende Denkmalschutz unbedingt notwendig ist. Daß aber der konservierende Denkmalschutz die Gefahr bedeuten könnte, daß eine Anhäufung von musealen Objekten mit sich bringt. Es ist ein Streit seit altersher bei den Denkmalschützern, was jetzt in der Architektur am zweckmäßigsten wäre, die Anpassungsarchitektur oder eine Kontrastarchitektur. In einem so sensiblen Stadtbild wie in Steyr, wird, so meine ich, der Gegensatz nicht allzu groß sein dürfen. Die Anpassungsarchitektur, glaube ich, ist in Steyr wesentlich zweckmäßiger als die Kontrastarchitektur, weil die Räume so klein sind. Beide Gegensätze zusammen sollten aber einen Hauptgegenspieler haben, nämlich die Revitalisierung von vorhandenen Objekten – das scheint mir die wesentlichste Aufgabenstellung im Denkmalschutz zu sein, bestehenden Hausbestand mit neuem Leben zu erfüllen. Nicht ohne Stolz erwähne ich das hier von meinem Arbeitgeber wirklich vorbildlich revitalisierte Bummerlhaus. Die Stadterneuerung kann also keineswegs nur Abbruch und Neubau bedeuten, ebensowenig die Assanierung. Es wäre dabei erheblich notwendig, den Erneuerungsgrundsatz der Revitalisierung beizubehalten, so wie er jetzt in der Stadt schon als Maxime gilt. Dabei ist es auch notwendig, viele Bürger sind ja überrascht worden von der Unter-Schutzstellung ihrer Häuser im Steyrdorf, daß dabei die Abwicklung der Denkmalschutzaufgaben möglichst unbürokratisch und schnell geht, so daß nicht durch den erstrebten Denkmalschutz die erstrebte Revitalisierung der Häuser unnötig erschwert wird. Dafür sind sicherlich mit dem Denkmalamt bereits die entsprechenden Vorgespräche im Gange, ob nicht sogar in einer Außenstelle hier in Steyr eine schnelle Abhandlung der Denkmalschutzaufgaben bzw. von Sanierungs- bzw. von Revitalisierungsmaßnahmen von im Schutz befindlichen Häusern hier stattgreifen kann. Unser wertvollstes Gut, meine Damen und Herren, hier in Steyr ist die prächtige Altstadt. Nicht nur der Stadtplatz, nicht nur die Berggasse, sondern unser ganzes Stadtgebiet.

Sicher ist das Museum Arbeitswelt ein wichtiger Impuls in der Altstadt. Es wäre aber schade, bliebe es beim Museum. Unser wertvollstes Gut ist die alte Stadt hinsichtlich eines bedeutenden Dienstleistungszweiges, nämlich des Fremdenverkehrs. Unser Fremdenverkehr, so wie er sich derzeit präsentiert, bringt etwa ausgeglichen Berufs- und Privattourismus in unsere Stadt, etwa ausgeglichen inner- und außerösterreichische Touristen in unsere Stadt, die durchschnittlich aufenthältig sind 2,3 Tage. Da sind also die Wochenberufstouristen mit beinhaltet. Es hat einmal eine Theorie im Fremdenverkehrswesen gegeben, daß der Berufstourismus schlecht wäre für das Wochenendgeschäft. Ich glaube, daß diese Theorie sicher aus Steyrer Sicht nicht zu untermauern ist, weil im Anhang und in Nachfolge von Berufsreisen – das hört man von allen Beherbergern hier, Wochenendtourismus sich entwickelt. Eine der Aufgaben der Fremdenverkehrsförderung dieser Stadt ist es daher, den Tourismus, auch den kurzweiligen Berufstourismus, weiter zu fördern.

Die Stadt gewährt zum Fremdenverkehr auch die entsprechende Unterstützung, nicht nur budgetmäßig bei der Ansatzpost Fremdenverkehr S 660.000,- Zuschuß, sondern darüber hinaus viele Maßnahmen – das muß man wirklich sagen, die auch fremdenverkehrsfördernd relevant sind – des Denkmalschutzes und der Revitalisierung von bedeutenden Gebäuden. Ich glaube, das sollten wir auch in diesem Fall sehen, daß die Bemühungen, die wir in die Gebäude stecken, nicht nur ihre Rückäußerung finden im schönen Erscheinungsbild der Gebäude oder in der Zufriedenheit der Menschen, die drinnen wohnen oder arbeiten, sondern auch im Zusatznutzen der Fremdenverkehrsförderung. Sicherlich gewährt dem Fremdenverkehr die Stadt auch weitere Unterstützung, sei es auch nur in der Form der Proklamation zur Christkindlstadt, die weit in der Presse und auch in den sonstigen elektronischen Medien untergekommen ist und dabei viele Österreicherinnen und Österreicher, aber auch in den benachbarten Gebieten Europas auf das Reiseziel Steyr aufmerksam gemacht haben. Auch der Christkindlmarkt bedeutet eine gewisse Aktivität, wobei hier die Aktivität auch zum Bewußtsein unserer Mitbürger führt. Ich hoffe, daß es gelingen wird, Steyr und seine Umland gemeinsam in eine Christkindlregion einzubinden und daß aus einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Adventmarkt in unserer Nachbargemeinde Garsten sicherlich eine viel schlagkräftigere Einheit werden kann als jetzt zwei konkurrenzierende Betriebe. Das sollte eine der Zielsetzung des Fremdenverkehrsverbandes werden.

Die Hauptzielsetzung sollte sein, daß wir, abgesehen vom Berufsverkehr, auch den Städtetourismus noch weiter entdecken, nicht nur als Wurmfortsatz des Berufsverkehrs, sondern auch als Reiseziel oder Destination sagen die Fremdenverkehrskaufleute. Daß wir ein attraktiver Tagungsort sein können, haben wir schon mehrmals bewiesen. Wir haben mehrere günstige Lokale, sei es jetzt das zauberhafte alte Theater, wie letztes Wochenende der wirklich bedeutende Ärztekongreß oder auch die große Anlage im Stadtsaal. Was wäre aber alle diese Bemühung, wenn die Menschen, die in dieser Stadt wohnen, sich das Wohnen nicht leisten könnten, nämlich erschwingliche Wohnungen, die noch dazu familiengerecht sind. Über die Anforderung, daß der alte Hausbestand in den alten Stadtteilen zu neuen Wohnzwecken adaptiert werden sollte, habe ich bereits gesprochen. Ich glaube, daß wir alle zusammen den Wunsch haben, daß in Zukunft die Wohnungen familiengerecht sein werden. Ich unterstelle niemals, und habe auch nie unterstellt, daß jemand hier in diesem Gemeinderat oder in irgend einem anderen Verwaltungskörper dieser Erde einen anderen Wunsch hätte. Ich meine, daß die Wohnflächen der einzelnen Räume etwas reduziert werden und wir gehen auch schon Wege in diese Richtung, daß aber auf der reduzierten Fläche mehr Einzelwohnräume zur Verfügung stehen sollten. Auch in diese Richtung gehen wir mit unseren Planungsabsichten im Wohnbau. Wir meinen, daß der Wohnbau aber eine Voraussetzung hat, nämlich nicht nur Errichtung von Mietwohnungen, sondern auch von Eigentumswohnungen. Es sollte sich jeder die Wohnung beschaffen können, die ihm zumutbar ist. Ich weiß, daß nicht jedem Mitbürger eine Eigentumswohnung zumutbar ist, vom finanziellen Aufwand her, ich weiß aber, daß auch viele Mitbürger lebhaft interessiert sind, auch Wohnungseigentum zu erwerben. Das Beispiel am Ortskai unterstreicht die Richtigkeit dieser Behauptung.

Die budgetmäßige Förderung der Anforderung, familiengerechte Wohnungen zu erschwinglichen Preisen, ist nicht allzu prächtig. 5 Millionen finden wir im außerordentlichen Haushalt dem Wohnbau gewidmet, 2,3 Millionen davon gehen schon drauf für den Beschluß, den wir im Anhang fassen werden, nämlich für die Garagen im Resthof. Da, glaube ich, gibt es noch viel zu tun, wenn wir an die alten Stadtteile denken. In den Wohnungen befinden sich Menschen aller Altersgruppen, Senioren, Mittelalter und Jugend. Jedenfalls auch Jugend und Familie, und zur Jugend und Familie gehört zweifellos, daß das gravierende Problem nach Schaffung von erschwinglichem Wohnraum bewältigt wird. Wir haben dieser Tage zum Thema Jugend und Familie im Ausschuß für Schule, Jugend und Sport, die erfreuliche Nachricht erhalten, daß unser

gemeinsamer Wunsch nach Schaffung eines Jugendbeirates nächstes Jahr in die Tat umgesetzt werden soll. Ich hoffe, daß uns das auf eine unkomplizierte Art gelingen wird, und ich hoffe, daß dieser Jugendbeirat ein aktiveres Eintreten der Jugendlichen in dieser Stadt zu ihren eigenen Anliegen bedeuten wird. Es ist nämlich nicht so, das müßte den jungen Leuten wirklich klarzumachen sein, daß die Stadtverwaltung nicht autonom für sich dahinvegetiert, sondern daß hier tatsächlich für alle Menschen, also auch für die Jungen, gearbeitet wird. Gearbeitet wird für die Jungen in vielerlei Hinsicht, gearbeitet werden sollte aber auch an dem Gedanken der gerechten Familientarife für die städtischen Autobusse, so wie wir vor zwei Wochen hier in diesem Saal schon die Anregung gebracht haben. Wir meinen, daß die Kindergartenöffnungszeiten den Familien unschwer an ihre Erforderungen herangeführt werden könnten, wenn der Journaldienst, der in manchen Gruppen besteht, in manchen nicht, über die Kindergarten-Gruppenzeiten hinaus ausgedehnt werden könnte, so daß die Kinder, wenn die Eltern nicht während der Gruppenzeit sofort die Abholung bewerkstelligen können, keine Sorge haben müssen, daß die Kinder unbeaufsichtigt verbleiben könnten. Das gibt es in vielen, aber nicht in allen Kindergärten. Schwierig wäre es nicht, es müßte ja nicht einmal ein ausgebildeter Kindergärtner sein. Das ist nur ein Denkanstoß. Ich glaube, es wäre es wert, daß man sich darüber unterhält. Zur Schule ein Gedanke, daß die Glöckelschule aufgrund der Schulgesetze ausgeweitet werden muß, haben wir heute schon gehört. Es ist bedauerlich, daß die Mittel nicht vorhanden sind, daß man am Tabor eine ähnliche Lösung finden kann. Zweifellos ist die jetzt ins Auge gefaßte bzw. schon stattgreifende Lösung der ausgelagerten Schulen bzw. der Umlagerung von den schuldienstschwierigen Hauptschulklassen auf die Volksschule und die Auslagerung von Volksschulklassen in ein adaptiertes Schulgebäude oder vielleicht noch zu adaptierendes Schulgebäude in der Sonderschule Industriestraße gutzuheißen.

Unsere Jugend betätigt sich leider Gottes nur zum Teil in Sportvereinen. Zum Teil deshalb, weil die Information, welches Sportangebot – die Angebote dieser Stadt sind mannigfaltig – nicht ausreichend auf den einzelnen Jugendlichen zukommt und er in der Regel nur den Verein konsumiert, auf den er entweder von der Schule hingewiesen wird im Rahmen des Turn- und Sportunterrichts oder vom Freundeskreis aufmerksam gemacht wird. Ich glaube, es wäre ganz einfach, wenn die Stadt einen Sportstättenplan und einen Freizeitplan über die möglichen Sportstätten erstellte, wobei alle Vereine sicher gerne bereit wären über Aufforderung, ihr Angebot dem Stadtsportamt mitzuteilen. Das könnte zu einer sinnvollen Freizeitbewältigung unserer Jugend und Jugendlichen führen, denn da, glaube ich, haben alle, die Kinder haben in diesem Raum, aber auch außerhalb dieses Raumes, die größte Sorge, nämlich jene, in welche Kreise wird denn mein Kind geraten, wenn es einmal groß ist. Ein Riesenproblem, das es sicherlich gilt zu bewältigen. Die kulturellen Aktivitäten spielen natürlich dabei auch eine Rolle. Ich meine, das haben wir auch im Kulturausschuß schon oft genug besprochen, daß die Koordinierung und auch die Ankündigung von Aktivitäten in Zukunft verbessert werden sollte. Laufend werden ja Schritte dazu gemacht, die allerdings nicht tatsächlich griffig werden.

Ein großes Problem befaßt uns auf alle Fälle noch, nämlich die soziale Aufgabenstellung für die Gemeinde, daß der weitere Ausbau der Sozialeinrichtungen unbedingt stattfinden muß ist unbestritten, daß aber die finanzielle Bedeckung dabei außerordentlich schwierig ist, ist eine Tatsache, die wir alle mit Kummer zur Kenntnis nehmen müssen.

Allein das Altersheim bedeutet einen Abgang, saldiert Einnahmen und Ausgaben, von 25 Millionen Schilling. Der nächstgrößere Aufwand, also Reinaufwand, findet sich in der sozialen Aufgabenstellung in dieser Stadt bei der Altenbetreuung, Seniorenklubs usw. So könnte man den ganzen Haushalt durchhackern. Auch eine ganz erkleckliche Summe, nämlich den Aufwand von 121,8 Millionen minus die Einnahmen von 46 Millionen,

also 75 Millionen Schilling, muß der Stadthaushalt aufbringen zur Bewältigung der sozialen Aufgabenstellung. Dabei wird es sicherlich – das habe ich vorhin schon gesagt – notwendig sein, zusätzliche Finanzierungsquellen aufzutun, dabei wird es aber sicherlich auch notwendig sein, zusätzliche Hilfspersonen zu rekrutieren. Das Rote Kreuz geht ja schon einen Weg in dem Hilfsring, der dort existiert. Die Hoffnung, daß engagierte Bürger aktiv an die Bewältigung von Problemen gehen werden, wird sicherlich nicht unerfüllt bleiben, wenn wir die Bürger nur lassen. Das hätte eine doppelt günstige Bedeutung, nämlich zum einen die momentane Budgetentlastung aus der Aufgabenstellung – ich sage ausdrücklich, die momentane Budgetentlastung, weil sich über den Umweg der verstärkten Tätigkeit auch ein verstärkter Geräte oder sonstiger Hilfsmittelbedarf ergeben wird. Man kann von freiwilligen Helfern sicherlich nicht erwarten, daß sie jedes Hilfszeug sich auch noch aus der eigenen Tasche organisieren. Zum anderen glaube ich aber, daß damit aber noch etwas erheblich Vorteilhaftes verbunden wäre, nämlich die Steigerung des Bürgerbewußtseins unserer Mitbürger. Es hat noch nie jemanden geschadet, für den anderen eintreten zu dürfen, und es hat noch nie jemanden geschadet, wenn jemand für einen eingetreten ist. Die Vereinsamung in unseren großen Wohnhäusern ist etwas, was uns tiefe Sorgen bereiten. Viele psychische Defekte unserer Mitbürger resultieren aus der Tatsache der urbanen Wohnwelt.

Wir müssen als engagierte Bürger darangehen, von uns aus diese Wohnwelten zu verändern und dürfen uns nicht darauf verlassen, – das sage ich jetzt nicht nur an Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sondern das sage ich auch an unsere Mitbürger draußen – sondern wir müssen tatsächlich bei uns beginnen. Bei der Sorge für unsere Mitbewohner im Haus und ich wiederhole noch einmal, im Grunde genommen ist es eine wahre Schande, wenn in einem Wohnhaus mit 40 Parteien nur ein einziger Mitbürger "Essen auf Rädern" benötigt. Das zeigt uns, wie defekt wir als Gemeinschaft schon sind. Gott sei Dank gibt es aber Möglichkeiten, diesen Defekt zumindest kurzfristig zu beheben, nämlich eben die Aktion "Essen auf Rädern". Sonst wären die Mitbürger, die dieses Essens bedürfen, außerordentlich arm dran.

Wir glauben, zum Sozialen noch die Anregung bringen zu können, die auch im Wohlfahrtsausschuß schon diskutiert wurde, nämlich das Notruf- oder Drahtlostelefon für die Behinderten. Sie erinnern sich an das Tastenarmband für akut bedrohte Menschen. Da könnte mit ganz geringen Mitteln die Stadt durch Beitragsleistung zu den Anschlußkosten an dieses Notrufnetz viel Gutes tun. Die Sozialpolitik sollte nicht nur Hilfe darstellen, wenn es schon passiert ist, sondern sie sollte Ansporn geben zum aktiv füreinander Eintreten, also zum Vermeiden, daß es passiert. In vielen Fällen wird das Unglück unvermeidbar sein und dann muß die soziale Verwaltungsbehörde eingreifen und an der Abstellung des Unglücks mithelfen.

Last but not least möchte ich auch ein Wort dem Thema Gesundheit und Umweltschutz widmen. 46 Millionen Schilling sind im Haushaltsvoranschlag 1986, das haben wir von Herrn Vizebürgermeister gehört, diesem Thema gewidmet. Diese 46 Millionen werden aber sicherlich eine weitgehend vergebliche Investition darstellen, wenn es uns nicht gelingt, unsere Mitbürger zur aktiven Mitarbeit an der Aufgabenstellung Umweltschutz zu bewegen. Ich weiß schon, Herr Stadtrat Pimsl, daß viel geschieht. Man kann versuchen, die aktive Mitarbeit zu fördern und das Aufstellen der Hausmüll-Trennbehälter bei den Häusern – diese kleinen Sammelbehälter – zügig weiter auszubauen, das ist sicherlich ein erster guter Schritt dabei. Ich gehe aber nicht weg von der Behauptung, daß wir auch kompostierbaren Müll in den Müllkellern unserer Häuser getrennt sammeln sollten, wenn wir mit dem Problem der Deponierbarkeit unseres Mülls fertig werden wollen. Wenn ich es richtig weiß, hält die Deponie in Hausleiten ohne Mülltrennung und wenn es nur die Stadt Steyr allein ist, 40 Jahre in die Zukunft, wenn wir eine vernünftige Mülltrennung zur Entsorgung herbeiführen können, dann wird sich diese Frist auf wesentlich länger erstrecken können.

Im Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen ist zwar ein Betrag von 3 Millionen Schilling für die Großbrunnenanlage Tinsting vorgesehen, aber ich glaube dennoch, daß wir zur Sicherheit der Wasserversorgung unserer Stadt an die Erschließung weiterer Brunnenfelder denken sollten, vor allen Dingen auch im Ennstal oberhalb der Stadt, damit das wesentlichste Wasseraufkommen unterhalb unserer Stadt erbracht werden sollte.

Eine letzte Bitte, man möge dem Löschwassernetz der freiwilligen Feuerwehr doch etwas mehr Aufmerksamkeit schenken. Ich habe den Eindruck, und zähle es jetzt aus Gründen der Vorsorge nicht im einzelnen auf, was ich glaube, was notwendig wäre, weil ich nicht möchte, daß die davon betroffenen Bürger in den Stadtteilen beunruhigt werden. Ich glaube, Herr Ing. Wein, Sie sind ja hier, daß die Bitte an der Verbesserung auch des Löschwassers sicherlich nicht vergeblich sein wird.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihre Geduld, glaube ich, ziemlich lang belastet, hoffe, daß Sie das einigermaßen gesund überlebt haben. Genau dieses einigermaßen gesunde Überleben wünsche ich Ihnen allen auch für das nächste Jahr 1986 vom ganzen Herzen auch im Namen meiner Partei. Viel Gesundheit, viel Glück und viel Erfolg und vor allen Dingen, da schließe ich mich dem Fraktionswunsch der Sozialistischen Partei an, viel Frieden hier in der Gemeindestube, hier in unserer Stadt Steyr und in unserem Heimatland Österreich. Ich wünsche das alles nicht nur Ihnen, sondern auch den Beamten hier im Haus, denen ich für Ihre Arbeit herzlich danke, wünsche das auch allen unseren Mitbürgern und hoffe auf eine gute Zeit 1986.

Davor steht aber das höchste Fest im Jahr, nämlich Weihnachten und ich wünsche Ihnen gesegnete Weihnachten.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Nächster Sprecher ist seitens der GAL Herr Gemeinderat Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich kann leider keine so schönen Worte sprechen wie mein Vorredner Herr Holub. Ich kann auch nicht da anschließen, daß in der Stadt alles klaglos funktioniert, alles in Ordnung ist. Für mich beginnt bereits hier – ich möchte da einen Gefühlsausdruck weitergeben – wenn wir von Frieden sprechen, sollten wir auch hier Frieden üben, friedfertig sein. Darum ist auch meine Rede nicht aggressiv, ich möchte einfach nur aufzeigen, was der GAL am Herzen liegt. Da im vergangenen und vorvergangenen Jahr der Schuldenzuwachs immer größer wurde, sprechen die Parteien in diesem Raum von einem Sparbudget. Ich glaube schon, daß gespart wird, aber die GAL glaubt, daß man noch mehr sparen könnte, vor allem im Bereich von umweltzerstörenden Mitteln, im Bereich der Straßen, im Bereich des Verkehrs, im Bereich der öffentlichen Ordnung, der allgemeinen Verwaltung, und auch bei den Dienstleistungen könnte man noch sparen. Die Straßen sind ein Problem, weil das goldene Kalb Auto uns heilig geworden ist und wir die Umwelt opfern. Es gibt Ausbaupläne für die Haratzmüllerstraße, es gibt eine Umfahrung Nordspange, es gibt dadurch auch die neuerliche Zerstörung von Natur. Die Natur wird sicher von allen Menschen gebraucht und nicht das Auto. Ich bin überzeugt, daß die Nordspange sicher eine Verkehrsentslastung für Steyr bringen wird, doch genau in diesen Bereich haben viele Leute ihren individuellen Sonntagsausflug hin beordert, sie haben sich kleine Häuschen gebaut, sie haben Gärten errichtet. Für mich ist ein Garten eine Möglichkeit, zur Natur zu finden. Wenn man jetzt hergeht und einen Teil dieser Fläche verbetoniert, so werden viele Bürger der Stadt Steyr damit nicht einverstanden sein. Man muß überlegen, wie weit man Lösungen finden kann, von der Verbetonierung wegzugehen hin zu einer Form, die uns nicht immer wieder ein Stück Land nimmt. Ich habe vor kurzem dagegen gestimmt, daß ein Autobus angekauft wird, ein Autobus groß und schwer, der leer durch die Gegend fährt. Es gibt Bereiche, wo kleine Autobusse eingesetzt werden könnten, Autobusse, mit denen man Stadtteile näher ans Zentrum bringt. Man könnte versuchen, Autobusse nach Steyr zu bringen, die keine Rauchschwaden hinter sich herziehen, die auf Elektromotoren umgestellt sind. Und hier meine Abneigung zu den Großautobussen, die ich mit einem klaren Nein ausgedrückt habe. Zum Budget, wir sind Stunden bei diesem Budgetvoranschlag gesessen. Zum Unterschied vom Kollegen Holub, dem ist das Budget wahrscheinlich sehr klar vorgekommen. Wir haben keine Möglichkeit gesehen, dieses Zahlengewirr so zu ordnen, daß wir ganz betont sagen können, wir kennen uns aus. Wir haben einige Punkte herausgenommen, die uns nicht klar waren oder wo wir gesehen haben, hier werden Budgetposten vorangeschlagen, die wir nicht mit unseren Ideen vereinen konnten. Ich appelliere an den Herrn Bürgermeister, an den Stadtsenat und an die Beamten, die dieses Budget geschaffen haben, doch dieses Budget klarer, durchsichtiger und für jeden Bürger auf der Straße so zu gestalten, daß er etwas herauslesen kann, daß er sich ein bißchen auskennt. Es wäre eine Form zu finden, vielleicht könnte der Herr Bürgermeister mit den Beamten versuchen, vorher ein Stadtgespräch zu führen. Vielleicht ist das Zukunftsmusik und ein Teil der Anwesenden wird wahrscheinlich in Gelächter ausbrechen, wenn ich das sage, ein Stadtgespräch, wo eben das Budget von diesen Leuten dargestellt wird, vielleicht mit Graphiken, Bildern, ganz einfach, aber auch verständlich. Man sieht es ganz genau, laut Gemeindestatut gibt es eine Einsichtnahme, nur ich frage Sie, wieviele Bürger der Stadt Steyr haben diese Einsichtnahme genutzt? Wahrscheinlich einige wenige, die Mehrheit der Bürger wird gesagt haben, da kennen wir uns nicht aus. Einen Punkt in der Straßenplanung haben wir uns besonders angeschaut und sind darauf gekommen, daß im Gruppenabschnitt 6 unter der Zahl 2520 Leharstraße zur Konradstraße eine Verbauung vorgesehen wurde mit einem Kostenaufwand von 2 Millionen Schilling. Auf meine Anfrage hin, ob es hier Pläne gibt oder Pläne vorhanden sind, was man hier genau durchführen will, wurde mir gesagt, es gibt keine Pläne und die Straße wird ausgebaut. Ich glaube, daß Finanzpläne mehrjährig geplant gehören, damit man nicht so wie in der Vergangenheit die Haratzmüllerstraße drei Jahre hindurch aufgraben muß,

weil immer wieder daraufgekommen wird, daß man entweder einen Kanal oder eine Gasleitung oder sonst irgend etwas nachgraben muß. Ich glaube auch, daß das Möglichkeiten wären, zu sparen. Die Haratzmüllerstraße wird vierspurig ausgebaut und ich hoffe, daß man die gefährliche Stelle, die der Radweg in sich trägt, nämlich die Einbindung vor dem Pumpwerk, beseitigen wird und den Radweg weiter bis nach Münichholz führen wird. Ich glaube, das wären sicher Möglichkeiten, das Verkehrsaufkommen in der Stadt Steyr zu entlasten. Ich appelliere an den Gemeinderat, er möge mehr Radwege schaffen, die Stadtteile verbinden, damit auch der Bürger die Möglichkeit hat, mit dem Rad zur Arbeit zu fahren. Ich muß sagen, ich bin den ganzen Sommer über mit dem Rad gefahren und habe einige Situationen erlebt, die äußerst gefährlich waren. Jeder, der mit dem Rad auf unseren Straßen fährt, wird daraufkommen, daß es schwierig ist, gut und heil nach Hause zu kommen. Ein anderer Punkt war die Gesundheit der Bürger. Für die Gesundheit der Bürger werden 24 Mill. Schilling ausgegeben, für die Pensionen 28 Millionen Schilling! Für mich ist diese Relevanz verfehlt, ich glaube auch, daß man hier noch Möglichkeiten hätte, Geld einzusparen.

Ein anderer Punkt Zuschuß für das Essen des Personals der Stadtgemeinde, das sind 550.000 Schilling, für die Rettung werden 650.000 Schilling ausgegeben.

Bei der Durchsicht dieses Budgets ist uns auch aufgefallen, daß es wieder Überbegriffe gibt, die für uns schwer lesbar bzw. unverständlich waren. Zum Beispiel Entgelt für sonstige Leistung von Gewerbe, Firmen und juristische Personen. Hier werden Beträge eingesetzt, die kann man, glaube ich, nicht überprüfen. Oder Ein- und Verkauf von Objekten. Hier wurde auch vom Rechnungshof beanstandet, daß man diese Posten schwer kontrollieren kann. Es gibt aber auch sehr klare Ausdrücke in diesem Budget, wie etwa die Zuwendung ohne Gegenleistung an das Veterinäramt, 25.000 Schilling. Es scheint wahrscheinlich für viele Leute hier sehr einfach, solche Posten aufzustellen. Mir ist auch in der Definition dieser Überbegriffe vorgekommen, daß man beliebig vom ordentlichen zum außerordentlichen Haushalt und umgekehrt verschieben kann.

Ich habe hier eine Bundesverordnung, die Voranschlagsrechnungs-Verordnung, wo im § 4 Abs. 2 Form und Inhalt des Stadtbudgets geregelt werden, sowie die Vorgangsweise bei der Budgetierung. Sie beinhaltet u. a. einen Kontorahmen. Hier wird auch die Unterscheidung zwischen ordentlichem und außerordentlichem Budget festgehalten. Im ordentlichen Budget sind alle wiederkehrenden, laufenden Ausgaben und Einnahmen festzuhalten, im außerordentlichen Budget nur die einmalig anfallenden Aufgaben, z. B. Schulneubau, untergebracht.

Im Budget ist z. B. ein Posten Turn- und Mehrzwecksaal Wehrgraben, der 1984 gebaut wurde und 13,086.000 Schilling kostete. 1985 und 1986 wurden jeweils 10.000 Schilling hier vorgesehen. Mir ist unklar, was mit diesen S 10.000 geschehen soll? Es gibt keine Definition dafür.

Ich möchte noch darauf eingehen auf Umweltschutz. Ich bin jetzt 2 Monate im Gemeinderat, eine sehr sehr kurze Zeit, und habe bis jetzt noch kein Konzept über Umweltschutz von der Stadtgemeinde gesehen. Es gibt zwar, wie Kollege Pimsl ausgeführt hat, 126 Millionen Schilling für die Beseitigung des Abfalls, aber hier wird konkret nur die Beseitigung unseres Abfalles, die Beseitigung unseres Mülls durch Millionen Schilling gedeckt. Man müßte sich fragen, wie der Müll vermindert werden kann? Ich glaube nicht, daß man so kurzsichtig sein kann und nur immer wieder sagt, der Müll, den wir verursachen, der muß beseitigt werden. Der Müllberg wächst und wächst und wir brauchen immer mehr Geld, um diesen zu beseitigen. Wir müssen schauen, wo entsteht dieser Müll. Ich glaube, hier müßte man ansetzen, hier müßte man schauen, daß der Müllberg kleiner wird.

GEMEINDERAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich brauche mir nur Ihren Aschenbecher anzusehen, dann weiß ich, wo der Müll entsteht!

Gelächter

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich glaube trotzdem, daß man Maßnahmen setzen muß, Maßnahmen im Bereich der Luft, der Luftverschmutzer. Wer ist der Luftverschmutzer?

Gelächter

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Jeder Raucher verursacht Luftverschmutzung, aber ich glaube, das ist sehr kurz-sichtig, denn ich glaube nicht, daß der Raucher die Luftverschmutzung verursacht. Es gibt Statistiken darüber, Herr Zagler, daß z. B. sehr wohl die Industrie mit 42 Prozent beteiligt ist und der Raucher mit 1 Prozent.

Natürlich ist es möglich, hier ein Rauchverbot auszusprechen, es würde sich sicher eine Menge Leute darüber aufregen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten, Herr Kollege Ramoser ist mit seinen Ausführungen noch nicht fertig.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Danke. Ich glaube auch, hier muß ich ein Lob an die Gemeinde aussprechen, auch das mache ich. Ein Lob, daß z. B. eine Kanalisationsstrecke zurückgelegt ist, die sicher ein ganz beträchtliches Maß hat. Ich glaube auch, daß das sehr sehr viel Geld kostet. Ich glaube auch, daß der Kanal unbedingt notwendig war, daß das die Stadtgemeinde rechtzeitig erkannt hat und die geeigneten Maßnahmen gesetzt hat. Kollege Holub lacht schon wieder, ich weiß nicht warum ...

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das ist mir in der Schule auch schon einmal passiert.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich bin trotzdem der Auffassung, daß der Kanal notwendig ist.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Bitte um Entschuldigung, daß ich gelacht habe.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die Frage ist natürlich jetzt, was passiert mit dem Abfall, der in der großen Kläranlage endet? Was passiert mit dem Klärschlamm, wird er einfach wieder auf die Wiese gegeben, um dort zu düngen, oder deponiert man ihn irgendwo, damit er vielleicht verfault.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der ist ja schon verfault.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Nein, der ist noch nicht verfault.

Es kann durchaus möglich sein, daß meine Ausführungen nicht so interessant sind,

wie die Zahlen meines Vorredners. Aber ich kann nichts dafür, daß ich nicht mit so schönen Zahlen jonglieren kann wie meine Vorredner.

Ich möchte auf das Problem selbst eingehen, auf das Problem, das uns ständig immer wieder bedroht von allen Seiten, z. B. der Lärm. Lärmschutzmaßnahmen um S 300.000 und nebenbei baut man wieder eine Nordspange, die eine neuerliche große Lärmbelästigung bringen wird. Der Lärm geht auch in die Wohngebiete und ich glaube, man könnte hier ganz konkrete Maßnahmen setzen, um den Lärm der Autos in den Wohngebieten zu verhindern, zu vermeiden oder herabzusetzen. Wenn man z. B. mit Geschwindigkeitsbeschränkungen, mit Wohnstraßen hier antworten würde, so wäre das sicher besser als immer wieder zu sagen, wir brauchen mehr Straßen, wir brauchen schnellere Straßen, damit man kein Verkehrschaos in Steyr erreicht. Die GAL Steyr fordert im Verkehrsbereich diese Maßnahmen, fordert im Verkehrsbereich neue, noch nicht so bekannte Maßnahmen wie den Ausbau von Straßen. Es gibt in Salzburg z. B. bereits einige gutdurchdachte Projekte in Wohnvierteln, wo man Niveauunterschiede in der Straße eingebaut hat, um den Verkehrsteilnehmer bewußt zum Langsamfahren zu bringen. Ich glaube auch, daß wahrscheinliche derartige Niveauunterschiede bei verschiedenen Leuten hier nicht auf viel Gegenliebe stoßen werden. Es gibt doch immer wieder Leute, die gerne schnell unterwegs sind, schnell zuhause bzw. schnell fort sein wollen. Doch vergessen wir bitte nicht, daß unsere Kinder auf der Straße sind und unsere Kinder auch zum Teil auf der Straße spielen müssen, weil der Platz so eng geworden ist um ihre Häuser. Der Platz, wo die Kinder spielen müssen, ist aus Beton und Beton bedeutet Härte. Diese Härte spüren wir dann im sozialen Bereich, wenn die kriminalistische Rate ständig steigt und wenn Jugendbanden mit 12- bis 15jährigen gegründet werden. Auch hier müßte man Maßnahmen setzen, geeignete Maßnahmen, daß die Kriminalisierung der Stadt Steyr wieder heruntergesetzt wird. Man kann nicht immer sagen, das sind Leute, mit denen will ich nichts zu tun haben.

Ich komme hier auf die Ärmsten der Gemeinde zu sprechen. Auch hier haben wir einen Vergleich gezogen. Die Ärmsten der Gemeinde bekommen von der Stadt 13 Millionen Schilling an Sozialhilfe. Annähernd die gleichen Kosten hat der Gemeinderat. Auf 11,2 Millionen Schilling belaufen sich die Ausgaben für uns Politiker und dann frage ich mich, 36 Leute in Steyr bekommen genau so viel wie die Ärmsten dieser Stadt. Ist das gerechtfertigt? Ich schlage vor und hier wird wahrscheinlich wieder ein Gelächter ausbrechen, Halbierung der Politikerbezüge. Kollege Holub, ich gestehe Ihnen ein, daß Sie nur mehr S 24.000,- von hier bekommen, aber ich glaube auch, daß Sie mit S 12.000,- durchkommen werden.

Um das runde Budget abzuschließen, frage ich mich, hier wird von Frieden gesprochen und jeder wünscht ein schönes, neues, glückliches, freundliches, friedliches Jahr 1986. Wo beginnt es friedlich zu werden? Hier im Gemeinderat? Beginnt es friedlich zu werden in der Familie, Kollege Pimsl?

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich weiß nicht, wie es in Deiner Familie ausschaut, bei mir ist es friedlich.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich glaube, daß Frieden so leicht und locker gesagt wird, jeder wünscht dem Nächsten Frieden. Unsere Gesellschaft benötigt wirklich den Frieden und ich kann Ihnen aus Erfahrung sagen, wie schlecht es mir geht, wenn ich in Ausübung meines Berufes zweimal am Tag zu Leuten gehen muß, um Ehestreitigkeiten zu schlichten, um helfen zu müssen, wenn Kinder geschlagen werden. Wir sprechen vom Frieden in unserer Stadt, in unserer heiligen Stadt. Der Frieder ist so weit weg. Ich glaube auch, daß der Frieden weitergehen muß. Ich glaube auch, daß wir verantwortlich sind, daß in der Dritten

Welt Leute so viel bekommen, daß sie essen können. Soviel bekommen, daß sie überleben können. Wir sind auch mit schuld daran, daß es Hungersnöte gibt, daran, daß in Niceragua z. B. Krieg geführt wird, daß in Niceragua ein gewähltes System immer wieder bedroht wird, immer wieder bedroht wird von Außenseitern und ich glaube auch, daß dieser kleine Kreis - viele werden sagen, das ist Weltpolitik, das geht hier uns nichts an, wir machen Stadtpolitik. Ich glaube aber trotzdem, hier muß es anfangen, wir müssen beginnen, diesen Leuten zu helfen. So wie wir uns selbst helfen, müssen wir auch versuchen, dort zu helfen.

Ich komme auf ein noch sehr wichtiges und für mich sehr bedrohliches Thema zu sprechen, nämlich auf die Steyr-Werke als Waffenproduzent, als Waffenhersteller, der seine Waffen in Länder liefert, wo sich die Ärmsten aufhalten, wo sich die Ärmsten gegen Großgrundbesitzer um ihr tägliches Brot kämpfend bemühen. Ich war überrascht, als ich gestern in der Zeitung las 2,7 Milliarden Schilling werden neu investiert in die Steyr-Werke. Ich weiß nicht, ob es stimmt. Ich weiß nur, daß wir hier rückfragen müssen, was passiert mit diesen 2,7 Milliarden Schilling, wo werden sie investiert? In neue Waffenproduktionsstätten? Wir sind mit schuld, wenn wir hier die Augen verschließen.

GEMEINDERAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Du hättest auch gegen die Lehrwerkstätte stimmen sollen, dann würden auch die Ausbildner Waffen produzieren.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte zum Abschluß noch sagen, daß es für mich nicht leicht war, hier zu sprechen, weil ich einen Teil der hier anwesenden Kollegen kenne und auch ihre Meinung. Es war sicher schwer für mich, hier offen zu sprechen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Ramoser für seine Ausführungen zum Budget. Nächster Redner ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Haushaltsvoranschlag für 1986 ist der erste in der neubegonnenen Funktionsperiode des Gemeinderates, die bis 1991 dauert. Daher möchte ich einleitend einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Die Kommunistische Partei geht von dem Grundsatz aus, daß Kommunalprobleme nicht isoliert von der Bundes- und Landespolitik gesehen werden können. Die Gemeinden sind das unterste Organ des bürgerlichen Staatsapparates in Österreich, denen nur in bestimmten Bereichen ein freies Entscheidungsrecht eingeräumt ist. Die Gemeinden unterliegen ständig der Tendenz, wie sie selbst, meine Damen und Herren des Gemeinderates, aus der Praxis wissen, von der Bundes- und Landesregierung zu Vollzugsorganen für eine Politik degradiert zu werden, die im Interesse der Großunternehmer und des Kapitals gemacht wird. Sehr deutlich zeigt sich dies in der Steuer- und Finanzpolitik, wo die Gemeinden unter dem erpresserischen Druck von oben, sozusagen als verlängerter Arm des Finanzministers, gezwungen werden, von der Bevölkerung die höchsten Steuern, Abgaben und Gebühren einzuheben. Dazu gehört unter anderem die Einhebung der Mehrwertsteuer für die Wohnung und für die kommunalen Leistungen. Daher ist unser Kampf um eine soziale Tarif- und Steuerpolitik in den Gemeinden nicht nur eine soziale Frage, sondern eine Frage des Kampfes um die Umverteilung der Mittel im Interesse der arbeitenden Bevölkerung der Stadt Steyr. Seit vielen Jahren zeigte ich immer wieder konkret auf, daß einerseits auf die Stadt immer mehr und unerläßliche Aufgaben fallen, wie Wirtschafts- und Umweltschutzmaßnahmen, die für die Bevölkerung der heutigen Zeit entsprechen und unbedingt notwendig sind; andererseits aber weder der Bund noch das Land bereit sind, die dazu erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen. Daher befindet sich auch die Stadt Steyr, wie viele andere Gemeinden und Städte unseres Landes, in schwersten finanziellen Nöten. Seit 1979, also innerhalb von nur sechs Jahren, hat sich der Schuldenstand der Stadt Steyr von 253.000 Mill. Schilling um 214 Millionen auf bereits 467 Millionen erhöht und die Pro-Kopf-Verschuldung ist von rund 7.100 auf 12.700 S angewachsen. Die Ursache der Finanznot der Gemeinden liegt nach Auffassung der Kommunisten am ungerechten Verteilungssystem der Steuergelder zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. So erhalten die Gemeinden von den immer weniger wachsenden Steuern den größten Anteil, nämlich von der veranlagten Einkommenssteuer und der Gewerbesteuer. Von den beiden größten Steuern, nämlich der Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer, erhalten die Gemeinden ihre geringsten Anteile. Würde das Steueraufkommen aus Einkommens- und Gewerbesteuer genau so wachsen, wie jene aus den Massensteuern, würden wir sogar bei der derzeitigen ungerechten Konstruktion des Finanzausgleiches wesentlich höhere Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben erhalten.

Nach 15 Jahren SP-Regierungstätigkeit ist die Konzentration von Kapital und Vermögen, das sich in Händen relativ weniger befindet, gewaltig angestiegen. Die Verteilung der Steuerlasten zwischen Kapital und Arbeit ist noch weit unsozialer als während der Zeit der ÖVP-Alleinregierung. So haben zum Beispiel 1968 die Einkommens- und Lohnsteuer mit je etwa 8 Milliarden Schilling fast gleich viel eingebracht. Für 1986 ist die Einkommenssteuer mit rund 28 Milliarden Schilling, die Lohnsteuer hingegen bereits mit 98 Milliarden Schilling budgetiert.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, eines steht fest. Unabhängig davon, wie die SP-Regierung die Steuergelder zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufteilt, kann sie immer nur so viel Geld verteilen, als vorhanden ist. Und eines steht auch fest: Daß das Steueraufkommen von Profiten und Großvermögen seit Jahren nur geringfügig wächst, während die Massensteuern ständig angehoben werden. So holt sich der SP-Finanzminister zwar mehr Geld, aber ausschließlich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Daher verlangen wir eine soziale Steuerreform auf Kosten der Profite noch im Jahr 1986.

Im Entwicklungskonzept der Stadt Steyr haben wir im Juni 1984 wörtlich festgelegt:

Es ist die Forderung zu erheben, der Stadt einen entsprechenden Handlungsspielraum durch Stärkung der finanziellen Basis zu sichern. Weiters heißt es darin: Die Stadt soll nicht in eine Rolle einer Bittstellerin – ich sage meistens Bettlerin – gedrängt werden, sondern soll ihrer Bedeutung und Aufgabenstellung entsprechend bei den Finanzausgleichungen beteiligt werden. Nun, seit 1. Jänner 1985 haben wir einen neuen Finanzausgleich, der in keiner Weise geeignet ist, die zunehmende Verschuldung unserer Stadt, wie auch aus dem Haushaltsvoranschlag 1986 ersichtlich ist, zu mindern, geschweige denn, die notwendige Investitionstätigkeit anzukurbeln. Aus diesem Grund verlangt die kommunistische Gemeinderatsfraktion erneut nicht nur die restlose Beseitigung der Landesumlage und des Sprengelbeitrages für die Krankenanstalten, die bereits 1986 den Stadthaushalt mit 38,9 Millionen Schilling belasten, sondern wir fordern auch einen höheren Anteil am Ertrag der gemeinsamen Bundessteuern. Jedenfalls aber auch die Beseitigung der Mehrwertsteuer auf alle Gemeindeinvestitionen, Mieten und Sozialleistungen der Stadt.

Und nun zu den Ziffern und Zahlen des Voranschlages aus der Sicht der kommunistischen Fraktion. Von der Einnahmenseite her wurde das Budget 1986 gegenüber 1985 äußerst vorsichtig und pessimistisch erstellt. Ja, ich möchte sagen, es handelt sich um ein ausgesprochenes Sparbudget. Obwohl die Einnahmen laut dem Nachtragsvoranschlag 1985 im ordentlichen Haushalt bereits 545,5 Millionen Schilling betragen, werden für das Jahr 1986 rund 558 Millionen Schilling veranschlagt, das heißt, um nur rund 9,5 Millionen Schilling mehr angesetzt. Die Ausweitung des ordentlichen Haushaltes für das Jahr 1986 gegenüber dem Voranschlag 1985 beträgt nur rund 6,9 Prozent. Analog dem Bund müßte eine Einnahmensteigerung für 1986 mit 7,78 Prozent angenommen werden. Auf diese Weise verschafft sich die Stadtfinanzgebarung einen bestimmten Polster und nimmt auch zusätzlich an der allgemeinen inflationistischen Entwicklung teil. Der außerordentliche Haushalt ist mit rund 90 Millionen Schilling um 24 Millionen niedriger präliminiert, obwohl die Ausgaben laut Nachtragsvoranschlag bereits 114 Millionen Schilling ausmachten.

Zur Finanzierung der geplanten Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes mußte die Stadt 30 Millionen Schilling Darlehen auf dem teuren Kreditmarkt aufnehmen, wodurch die Stadtverschuldung auf rund 467 Millionen Schilling ansteigen wird. Für den Schuldendienst sind bereits 51 Millionen Schilling erforderlich, was einem Betrag von rund S 1.270 pro Steyrer entspricht und damit die Pro-Kopf-Verschuldung auf über 12.000 Schilling anwächst.

Die wichtigsten Einnahmeposten im Vergleich mit dem Nachtragsvoranschlag 1985 zeigen mit Ausnahme einer Steigerung der Kanalbenützungsgebühr um 2 Millionen Schilling und der Abgabenertragsanteile um 10 Millionen Schilling eine Stagnation der Einnahmen, bei der Gewerbesteuer mit 53 Millionen, der Grundsteuer mit 17 Millionen und der Lohnsummensteuer mit 73 Millionen Schilling. Diese wichtigen Einnahmen der Stadt sind gleich hoch, ja sogar auf den Schilling genau wie im Nachtragsvoranschlag 1985 präliminiert.

An der Spitze der Schwerpunktausgaben im außerordentlichen Haushalt steht der Straßenbau mit über 25 Millionen und eine Million Schilling ist für die Errichtung des Museumssteiges vorgesehen. Für Kanalbauten sind rund 13 Millionen Schilling präliminiert und für die Sanierung der städtischen Mülldeponie sind 7 Millionen, ebenso sind 7 Millionen Schilling für die Sportanlage Rennbahn vorgesehen.

Für die Wirtschaftsförderung werden 8 Millionen Schilling bereitgestellt, davon erhält das BMW-Motorenwerk allein 2,4 Millionen Schilling. Dagegen wird der Wohnbau mit nur 5 Millionen Schilling durch die Stadt gefördert.

Meine Damen und Herren, zum Punkt der Förderung des BMW-Motorenwerkes muß ich doch etwas ausführlicher werden. Sie wissen ganz genau, daß die Stadt Steyr zwei Förderungsverträge mit dem BMW-Motorenwerk Steyr abgeschlossen hat. Der erste Förderungsvertrag ist mehr oder weniger erfüllt worden, nämlich im Haushaltsjahr 1985. Sie waren bereit, in 7 Jahresraten jeweils 3 Millionen Schilling Bargeld – ich rede nicht von den ganzen anderen Förderungen, wie Straßenbau, Aufschließungsarbeiten, Kanalbau usw., die viele Millionen ausgemacht haben. Damit ist der Förderungsvertrag Nr. 1 erfüllt. Ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist, daß mit diesem neuen Förderungsbetrag von 2,5 Mill. Schilling eigentlich schon begonnen wird die Erfüllung der Zusage für die 2. Förderungsrate. Aber, meine Damen und Herren, hier muß ich Sie doch daran erinnern, daß der 2. Förderungsvertrag vorsieht, daß die Stadt weitere 35 Millionen Schilling BMW zur Verfügung stellt. Außerdem bei Vollausbau die Rückvergütung der zur Einzahlung kommenden Lohnsummensteuer, die ja sehr gewaltig sein wird, wenn voll ausgebaut ist, aber die Bedingung daran geknüpft war, diese Förderung wird nur dann an BMW entrichtet, wenn BMW gegenüber der Stadt auch den Vertrag einhält. In diesem Vertrag heißt es ausdrücklich, daß die Belegschaftszahl, die Arbeitsplätze, erhöht sein müssen auf 1.800. Das ist bei weitem nicht der Fall, und gleichzeitig beigefügt, daß unter diesen 1800 Beschäftigten beim BMW-Motorenwerk 60 % der Arbeiter oder Angestellten aus der Stadt Steyr kommen müssen. Das ist auch logisch, weil die Stadt Steyr ja diese hohe Förderungssumme gewährt. Ich war selbst mit einer Abordnung der Stadt unter Führung von Bürgermeister Schwarz bei Verhandlungen dabei mit den Managern von BMW. Jene hohen Beamten, die dabei waren, wissen noch, daß, bevor wir zu diesen Verhandlungen gingen, ich ausdrücklich zu Kollegen Schwarz gesagt habe, Heini bleib diesmal stark. Bürgermeister Heinrich Schwarz ist bei diesen Verhandlungen äußerst stark aufgetreten und hat den Standpunkt der Stadt gegenüber den BMW-Managern vertreten, und zwar daß die Stadt nur dann bereit ist, diese Förderungssumme zur Auszahlung zu bringen, wenn auch die Bedingungen von seiten der Fa. BMW eingehalten werden. Ich weiß nicht, ist Heinrich Schwarz schwach geworden oder war es der Finanzreferent. Jedenfalls wundert es mich, daß man weder in der Fraktionsobmännerbesprechung davon auch nur ein Wort verloren hat bzw. auch im Finanz- und Rechtsausschuß kein Wort darüber ausgesprochen hat. Daher habe ich den Eindruck – Sie können ja das aufklären – daß man das heute so leise über die Bühne gehen läßt, ohne daß es den Damen und Herren des Gemeinderates auffällt, daß wir mit der ersten Rate für BMW schon beginnen, obwohl BMW ihre Zusage nicht eingehalten hat. Sie können versichert sein, daß, wenn ich auch dem vorliegenden Budget die Zustimmung gebe, dieser schleichtartigen Taktik und diesen ungerechtfertigt zur Auszahlung kommenden S 2 Millionen nicht die Zustimmung gebe. Im Gegenteil, ich werde als Mitglied des Kontrollausschusses dort den Antrag stellen, daß bei der nächsten Sitzung auch die BMW-Förderung überprüft wird, ob das auch rechtlich tragbar ist.

Bereits bei den Vorgesprächen zur Budgeterstellung habe ich vom Finanzreferenten Kollegen Wippersberger verlangt, daß mehr finanzielle Mittel für Wohnbauförderungsmaßnahmen durch die Stadt zur Verfügung gestellt werden sollen. Dieses Verlangen wurde mit der Begründung abgelehnt, daß der Stadt dazu die finanziellen Mittel fehlen würden – für andere Zwecke ist man großzügiger. Vizebürgermeister Wippersberger verwies dabei auf die bessere Finanzlage des Landes. Nun, wie sieht die Budgetpolitik des Landes gegenüber der Stadt aus?

Anläßlich der Erstellung des Landesbudgets für das Jahr 1986 waren sich wiederum die drei etablierten Parteien im Budgetausschuß einig. Der Landeshauptmann Dr. Ratzböck konnte daher bereits am 2. Dezember in einer Pressekonferenz mitteilen, daß es bereits 1985 zu keiner Neuverschuldung des Landes kam, ja es konnten sogar 200 Millionen Schilling an Schulden abgebaut werden und dieser Weg des

Schuldenabbaues wird 1986 fortgesetzt. Dazu möchte ich sagen, dieser Weg ist ein Weg der weiteren Aushöhlung der Gemeindefinanzen. So wird die Landesumlage und der Krankenanstaltenbeitrag in voller Höhe kassiert, es gibt keinen hundertprozentigen Ersatz für die Bezahlung der Kindergärtnerinnen an die Stadt und es sind auch keine Mittel für Betriebskostenzuschüsse für kleine und mittlere Einkommen vorgesehen. Trotz der vor kurzem erfolgten Erhöhung des Heizöls wird es seitens der Landesregierung keinen Heizungskostenzuschuß für Mindestpensionsbezieher geben.

So, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sieht die Vertretung der Gemeindefinanzinteressen durch den Herrn Landesrat Reichl und der Herren Landtagsabgeordneten Dresl und Kogler im OÖ. Landtag aus. Aber gleichzeitig erhöhten die Politiker der ÖVP, SPÖ und FPÖ das den Landtagsparteien jährlich zufließende Geld um 10 Prozent auf 52,8 Millionen Schilling, wobei dieser Betrag noch durch 29,9 Millionen Schilling Zuwendungen für sogenannte Schulungszwecke ergänzt wird. Die KP bekämpft im Interesse der Gemeinden diese Landesfinanzpolitik von ÖVP, SPÖ und FPÖ und verlangt, daß die vorgesehenen Steuergelder in der Gesamthöhe von 82,7 Millionen Schilling für die Schaffung von Arbeitsplätzen für arbeitslose Jugendliche bereitgestellt werden. So sind bis heute alle drei etablierten Landtagsparteien nicht bereit, nur einen Schilling an Förderungsmitteln für die unbedingt notwendige Errichtung der neuen Lehrwerkstätte der Steyr-Werke zur Verfügung zu stellen. Die Ziffern und Zahlen im außerordentlichen Haushalt der Stadt zeigen weiter, daß die Hauptlast der öffentlichen Investitionen auf die Stadtgemeinde entfällt und die unserer Stadt zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel völlig unzureichend sind. Wie bereits festgestellt, wurde der Haushaltsvoranschlag 1986 von der Mehrheitsfraktion mit sehr großer Zurückhaltung erstellt. Allerdings ist man gegenüber den in- und ausländischen Großunternehmen mit Millionenförderungen sehr großzügig. Die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen werden von 6 Millionen auf über 8 Millionen Schilling erhöht, und dazu kommen noch Grundstückskosten-Geschenke, die Übernahme der hohen Aufschließungskosten und Nachlässe bei den Kanalananschlußgebühren. Das, meine Damen und Herren, sind Millionenbeträge!

Außerdem vermisse ich die Spargesinnung und die Zurückhaltung bei den Funktionsbezügen und Pensionen der politischen Mandatäre. Immerhin sind dafür im Jahre 1986 insgesamt 9,950.000 Schilling präliminiert. Ich bin der Auffassung - das ist bereits von Kollegen Holub unterstrichen worden - daß kein einziger Gemeindepolitiker und Stadtratspensionist am Hungertuch nagen müßte, wenn man der Forderung der kommunistischen Fraktion nachkommen würde und die Bezüge halbieren sowie die völlig ungeRechtfertigten Stadtratspensionen abschaffen würde. Dadurch könnte eine Budgetentlastung pro Jahr von 5 Millionen Schilling und in der Funktionsperiode bis 1981 sogar von 30 Millionen Schilling erreicht werden. Kein einziger Mandatar könnte sich beschweren, der böse SP-Finanzminister Vranitzky nimmt mir so viel Geld weg. Wenn die Bezüge halbiert werden, dann ist nicht die volle Progression in Kraft.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, das Hauptproblem unserer Stadt bleibt neben der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen die Wohnungsfrage. Es ist allgemein bekannt, daß mehr als 1.600 Familien seit Jahren auf eine Zuweisung einer GWG-Mietwohnung mit einer erschwinglichen Miete warten. Die GWG der Stadt Steyr wird 1986 für den Wohnbau - das hat Kollege Pimsl schon erwähnt - nur 67,5 Millionen Schilling aufwenden. Vor fünf Jahren waren im Wirtschaftsplan noch 92,7 Millionen Schilling vorgesehen, das ist eine Verringerung um 25,2 Millionen Schilling bei gleichzeitig gewaltig gestiegenen Baupreisen. Daher wird auch in unserer Stadt wesentlich weniger gebaut.

Zur Deckung der Kosten des verringerten Wohnbaues kommen vom Land

Oberösterreich aus den Wohnbauförderungsmitteln 37 Millionen, im Jahr 1980 waren es 40 Millionen, an Baukostenbeiträgen der Mieter 1,5 Millionen und von der Stadt selbst nur ein Zuschuß von 2,5 Millionen Schilling. 1980 waren es noch 4 Millionen. Daher müssen 26,5 Millionen Schilling auf dem teuren Kreditmarkt aufgenommen werden. Nach dem derzeitigen Wohnbauförderungsgesetz bringt der Wohnungsneubau riesige Gewinne für die Banken und Baufirmen und für die Mieter immer höhere, fast schon unerschwingliche Mieten. Man sollte in Steyr aus diesem Grunde das Wort "sozialer Wohnbau" nur sehr vorsichtig in den Mund nehmen. Gebaut wird nämlich sehr unsozial. So zahlt man für die sogenannten "Sozialwohnungen" der GWG der Stadt Steyr zum Beispiel im Neubaugebiet "Reithoffer" für eine nur 74 Quadratmeter große Wohnung S 3.150,- Monatsmiete ohne Heizkosten und man muß zusätzlich noch 42.750 Schilling an Baukostenzuschuß sowie einen Grundkostenbeitrag in der Höhe von S 70.000,-, also zusammen S 112.750,- berappen. Die nunmehr vorgesehene Reduzierung des Grundkostenbeitrages ist zwar begrüßenswert, da der Grundkostenbeitrag ansonsten 130.000 Schilling betragen würde, löst aber das Problem nicht grundsätzlich.

Diese Horror-Mieten der GWG-Wohnungen machen die Mieter zu ständigen Bittgängern um Wohnungsbeihilfe. Das ist auch der Grund, warum derzeit mehr als 1600 wohnungssuchende Familien vorge-merkt sind. Sie warten zum Großteil auf eine Alt-Neubauwohnung mit Mieten zwischen 1500 und 2500 Schilling. So wurde z. B. die Wohnungsbeihilfe des Landes im Jahre 1971 von 803 Haushalten beansprucht, an die damals insgesamt 3,6 Millionen Schilling ausbezahlt wurden. Im Sommer 1985 gab es bereits in unserem Bundesland 33.464 Wohnbeihilfenbezieher, an die pro Monat zirka 47 Mill. Schilling ausgeschüttet werden. Mit eine Ursache für die Steigerung der Wohnungsmieten sind die Betriebskosten, die in den letzten zehn Jahren um 123 Prozent gestiegen sind. Die Höhe der Betriebskosten hängt neben den gewaltig gestiegenen Energiekosten von den Gemeindeabgaben, wie Wasser-, Kanal- und Müllabfuhrgebühren ab. Also die Finanzpolitik der Stadt übt dabei eine preistreibende Funktion aus. Aber auch die Bundessteuern, allen voran die Mehrwertsteuer, sie sogar auf die Miete aufgeschlagen wird, treiben die Betriebskosten in die Höhe. Daher verlangt die kommunistische Fraktion erneut, daß neben den allgemeinen Förderungsmitteln des Landes Oberösterreich auch die Stadt Steyr den bisher gewährten finanziellen Zuschuß wesentlich erhöht und den Baugrund unentgeltlich zur Verfügung stellt. Im Voranschlag ist eine geringe Erhöhung von 4,5 auf 5 Millionen Schilling vorgesehen. Außerdem verlange ich die Mittelbereitstellung, um Mietern mit kleinen und mittleren Einkommen Betriebskostenzuschüsse gewähren zu können.

Meine Damen und Herren der Mehrheit, Sie wissen das sicher besser, ich merke mir nicht alles so, aber Landeshauptmann-Stellvertreter Grüner hat sich für diese Betriebskostenzuschüsse vor wenigen Wochen, nämlich vor dem 6. Oktober, also vor den Landtags- und Gemeinderatswahlen, sehr stark gemacht. Aber, wie ich aus dem Budget 1986 entnehmen konnte des Landes, ist kein Schilling dafür vorgesehen und ich habe auch nichts gehört, daß Landeshauptmann Dr. Grüner als Gemeindeferent hier seine Forderung vehement vertreten hätte.

Grundsätzlich vertritt die kommunistische Fraktion die Auffassung, daß der soziale Wohnbau wiederum eingeführt und die Wohnung nicht nach Profit-Gesichtspunkten wie bei einer Ware erbaut wird.

Positiv möchte ich bemerken, daß unser Vorschlag nach Fortsetzung der Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten der gemeindeeigenen Althäuser auf der Ennsleite und im Wehrgraben mit einem Kostenaufwand von 3,6 Millionen Schilling ohne einer Mehrbelastung der Mieter erfolgt.

Ein besonderes Problem ist die Jugendarbeitslosigkeit in unserer Stadt und ihrem Einzugsbereich. Ende November gab es in unserem Bundesland noch immer 6.200 arbeitslose Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren, das sind bereits fast 40 Prozent der offiziell registrierten Gesamtarbeitslosenzahl in Oberösterreich. In Steyr sind es von über 1.600 Arbeitslosen bereits 550 junge Menschen, die ohne Arbeit und auch teilweise ohne Einkommen sind, da sie nach der Schulausbildung bis heute keinen Arbeitsplatz bekamen. Im Jahr 1984 waren es 170 junge Menschen.

Die führenden Landes- und Gemeindepolitiker der SPÖ und ÖVP haben sich vor den Landtags- und Gemeinderatswahlen für die Jugend stark gemacht und alle waren für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze für die jungen Menschen. Auch im Wahlprogramm von jüngeren Mandatären - ich schaue den Hahn an, das war seine Broschüre, die er herausgegeben hat - wurde das besonders stark unterstrichen. Wie wir aber gesehen haben, spricht die Wirklichkeit eine andere Sprache als die Politiker mit ihren leeren Versprechungen. Es genügt mir auch nicht, wenn von der SP-Mehrheitsfraktion nun erklärt wird, daß jeder einzelne arbeitslose junge Mensch zu viel sei, und es gäbe auch die Aktion 8000, an der sich die Stadt beteiligt, und vorläufig im Rahmen dieser Aktion 20 junge Menschen, befristet auf ein Jahr, aufgenommen wurden. Es ist die Aufgabe von Ihnen allen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, alles zu tun, damit diese 317 Mädchen und 223 Burschen unverzüglich einen ihren Fähigkeiten und ihrem Wissen entsprechenden Arbeits- oder Ausbildungsplatz erhalten.

Als Obmann-Stellvertreter des Mietenkomitees von Münichholz habe ich heuer wieder bei der Vorberatung zum Voranschlag 1986 im Interesse von 2.270 Mietern von Münichholz verlangt, daß auch endlich die Stadtgemeinde zur Enttarnung der Hausfassaden Förderungsmittel im Ausmaß von 5 Millionen Schilling bereitstellt. Aber die SP-Mehrheitsfraktion bleibt bei ihrem auf die Dauer nicht haltbaren Standpunkt, solange die Steyrer Werksdirektion keinen Beitrag zur Fassadenreparatur leistet, ist die Stadt nicht bereit, Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

Die kommunistische Fraktion ist für eine bessere Totierung des Gesundheitsdienstes. Der Gesundheitsdienst in unserer Stadt soll verbessert werden, und zwar mittels einer fachärztlichen Durchuntersuchung der Kindergärten- und Schulkinder sowie einer kostenlosen Zeckenschutzimpfung für die Kinder. Von Finanzreferenten Vizebürgermeister Wippersberger wurde bereits zugesagt, daß die Kosten je Teilimpfung aufgrund meines Vorschlages auf 100 Schilling ermäßigt werden. Der Zuschußbedarf für die städtischen Kindergärten und Horte wird bereits ab 1986 auf rund 18 Mill. S ansteigen. Es ist daher vom Gemeinderat aus notwendig, eine rasche Novellierung des öö. Kindergartengesetzes bei der Landes-

regierung zu verlangen mit dem Ziel, daß für jedes Kind in unserer Stadt von 3 bis 6 Jahren ein unentgeltlicher Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt wird.

Mit Befriedigung möchte ich bemerken, daß sechs weitere Vorschläge der kommunistischen Fraktion aufgegriffen und teilweise bereits 1986 realisiert werden. Es ist dies das von mir bereits vor einem Jahr vorgelegte Verkehrskonzept für das Wohngebiet Resthof Tabor, wodurch die Umweltbelastung durch den Fahrzeugverkehr gemildert wird. Weiters wird für die 367 Bewohner der GWG-Häuser im Steinbrecherring, Arbeiterstraße und Keplerstraße ein Mietzinszuschuß in der Höhe von S 2,50 pro Quadratmeter und Monat gewährt, damit die Erhöhung ab 1. Jänner 1986 nicht in der vollen Stärke zum Tragen kommt.

Bei den Vorverhandlungen zum Budget wurde zugesagt, daß zur Sicherung der Fußgänger am Tabor die verlangte Errichtung einer Fußgänger-Unterführung am Ennsner Knoten überprüft wird und wie Finanzreferent Kollege Wippersberger erklärte, ein neues Projekt in Ausarbeitung ist. Außerdem wurde bereits am 5. Dezember im Verkehrsausschuß der jahrelange Wunsch der Radfahrer, die Errichtung eines Radstreifens durch Bodenmarkierungen auf der Enns- und Steyrbrücke, beschlossen, der besonders unserer Schuljugend mehr Sicherheit bringt und das Radwegnetz im Innerstadtbereich erweitert. Es wurde auch zugesagt, daß mein bereits mehrmals gemachter Vorschlag, den historischen Stadtplatz von Kraftfahrzeugen mit Ausnahme der städtischen Linienbusse und der Taxis freizuhalten und zur Fußgängerzone zu erklären, in die Beratung des Verkehrskonzeptes einbezogen wird. Die Voraussetzung zur Realisierung dieses Vorschlages ist, daß neben den bereits neugeschaffenen Pkw-Abstellflächen beim Schiffmeisterhaus weitere Parkplätze durch Asphaltierung des freien Platzes beim Fußgängerübergang Eisenstraße bereits im Frühjahr errichtet werden. Aufgrund der bereits hohen Verschuldung der Stadt und der dadurch angespannten Finanzlage, sollen nach Auffassung der kommunistischen Fraktion im sogenannten "Sparjahr" keine weiteren finanziellen Zuschüsse und Begünstigungen, wie z. B. durch verbilligte Grundkosten für in- und ausländische Großunternehmer, gewährt werden.

Ein Hauptziel der Steyrer Kommunisten ist es, unsere schöne historische Stadt als grüne Industriestadt zu erhalten und wir treten daher für bessere Umwelt- und Verkehrsbedingungen ein. Seit vielen Jahren werden die Bewohner der Waldrandsiedlung durch Abgase und Staub des Gußwerkes der Steyr-Werke belastet und seit Jahren verlange ich von der SP-Mehrheitsfraktion, die nötigen Schritte zu setzen, die zur Filterung der Abgase des Gußwerkes nötig wären. Offenbar gab es ein so großes Machtverhältnis zum sozialistischen Generaldirektor-Stellvertreter der Steyr-Werke, daß die Filterung der Abgase bisher nicht erzwungen werden konnte. Nach Erklärungen des Werkdirektors Ramnek und Umweltstadtrat Fimsl in der Öffentlichkeit und im Umweltschutzausschuß soll es im Rahmen von geplanten Rationalisierungsmaßnahmen durch die Errichtung einer neuen Kupolofenanlage im kommenden Jahr zu einer wesentlichen Verbesserung der Umweltqualität in diesem Gebiet kommen. Neben dem Gußwerk der Steyr-Werke wird seit Monaten auch das BMW-Motorenwerk als Luftverschmutzer von der betroffenen Bevölkerung in Münichholz angeprangert. Ich fordere daher Bürgermeister

Schwarz auf, daß er unverzüglich der Gewerbebehörde den Auftrag gibt, das gasmotorenbetriebene Kraftwerk im BMW-Motorenwerk zu überprüfen und danach die notwendigen Maßnahmen zur ehestmöglichen Beseitigung der Umweltbelastung zu veranlassen. Denn Umweltschutzmaßnahmen müssen dort gesetzt werden, wo sie nötig sind, auch wenn sie den Herren des BMW-Managements nicht angenehm sind. Zur Beseitigung der Lärmbelastung der Wohnbevölkerung in der Dr. Klar- und Punzerstraße sind Schallschutzmaßnahmen in der Haager Straße notwendig, die gemeinsam von der Stadt und der Bundesstraßenverwaltung zu treffen sind.

Ein wichtiges Mittel zur Senkung der Umweltbelastung in unserer Stadt wäre natürlich das Umsteigen auf die städtischen Verkehrsmittel. Leider, das muß ich unterstreichen, ist der Fahrpreis, der Einzelfahrschein, mit 10 Schilling bei so kurzen Strecken kein besonderer Anreiz. Genau so wenig wie manche Wartezeiten. Fahrpreisermäßigungen, die Propagierung der ermäßigten 20-Fahrten-Scheine zum Preis je Fahrt von 6,15 Schilling und deren Verkauf durch die Fahrer im Bus sowie ein verstärktes Anfahren der Wohngebiete Waldrandsiedlung, Gründbergsiedlung und Gleink sowie ein Betrieb von 6 bis 22 Uhr, auch an Sonn- und Feiertagen, sind meiner Ansicht nach die wichtigsten Voraussetzungen für eine stärkere Benützung der städtischen Autobusse. Und ähnlich steht es mit den Zugverbindungen. Wie Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates selbst wissen, sind Wartezeiten bis zu einer Stunde in St. Valentin keine Seltenheit für die Benützer der ÖBB. Ich habe von diesem Rednerpult aus viele Male auf den grotesken Zustand hingewiesen, daß die Stadt zwar über einen Notarztwagen verfügt, aber über keinen Arzt, der die medizinische Betreuung im Notfall übernimmt.

Gerade in letzter Zeit häufen sich immer wieder Fälle, in denen insbesondere ältere Menschen und Personen bei Verkehrsunfällen dringend ärztliche Soforthilfe gebraucht hätten, wie es mit einem entsprechend besetzten Notarztwagen möglich wäre. Im Sommer 1983 hat die Stadtgemeinde für das Rote Kreuz einen Notarztwagen angekauft und bis heute besitzt er keine ärztliche Mannschaft. Dafür, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist die oberösterreichische Landesregierung verantwortlich, an der Spitze der Spitalsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Lossart, der noch dazu Ehrenringträger der Stadt Steyr ist. Und ich verspreche Ihnen, ich werde mit meiner bekannten Beharrlichkeit so lange diesen Mißstand hier im Gemeinderat und in aller Öffentlichkeit aufzeigen, bis der Steyrer Notarztwagen mit einem Mediziner besetzt wird.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich erklären, uns Kommunisten ist natürlich klar, daß in der derzeitigen Gesellschaftsordnung und in der sogenannten freien Marktwirtschaft die Grundprobleme der Bevölkerung nicht gelöst werden, wie gesunde Umwelt, gesicherter Arbeitsplatz, Wohnungen mit erschwinglichen Mieten und mehr Demokratie, dazu wären entscheidendere Maßnahmen und Reformen notwendig. Und mir als Sprecher der kommunistischen Partei ist auch klar, daß die von uns gemachten Alternativvorschläge nicht alle im Haushaltsjahr 1986 verwirklicht werden. Ich bin jedoch überzeugt, daß im Voranschlag 1986 ein Schritt in der Richtung getan wird, und entsprechende Prioritäten festgelegt werden.

In diesem Sinne werde ich dem vorliegenden Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1986, einbezogen der Gruppe 9 Finanzen, wo die Benachteiligung der Gemeinden zum Ausdruck kommt, der neuerlichen 4,25 prozentigen Erhöhung der Funktions- und Ruhebezüge für Stadträte sowie einbezogen meiner allgemeinen kritischen Feststellungen meiner Rede, die Zustimmung geben. Gleichzeitig möchte ich im Namen der Kommunisten und auch persönlich Ihnen, meine Herren Bürgermeister, allen Damen und Herren des Gemeinderates, sowie den Beamten und Bediensteten und ihren Familien, frohe Festtage und vor allem ein friedliches neues Jahr 1986 wünschen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seine Ausführungen. Nächster Redner ist für die freiheitliche Partei Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Als letzter im Reigen der Fraktionssprecher stehe ich vor der Tatsache, daß bereits sehr viel über das vorliegende Budget 1986 gesagt wurde und mir sehr viel vorweggenommen wurde. Trotzdem möchte ich so wie in den vergangenen Jahren eine grundsätzliche Stellungnahme zum Budget 1986 seitens der freiheitlichen Fraktion abgeben. Ich möchte aber doch einige Punkte herausgreifen und näher beleuchten, die uns sehr wichtig erscheinen. Ich werde aber auch im Laufe meiner Ausführungen etwas näher auf einen Bereich, nämlich auf das Wohnungswesen, näher eingehen.

Nun aber zum Zahlenwerk des vorliegenden Budgets 1986.

Vorerst möchte ich aber noch dem Herrn Finanzreferenten und auch Herrn Dr. Schmidl sowie allen jenen, die sich mit der Erstellung des Budgets befaßt haben, dafür danken, daß sie entgegen der Auffassung des Kollegen Ramoser dieses Budget nicht in der Bildersprache erstellt haben.

Im großen und ganzen ist das Budget 1986 ausgewogen erstellt. Realistische Einnahmestärken stehen realistischen Vorhaben, die Geld kosten, gegenüber. Nicht zufrieden, meine Damen und Herren, sind wir allerdings mit dem noch immer nicht vorhandenen Sparwillen in einigen Bereichen. Für Repräsentationen, für das Amtsblatt und für Stadtratspensionen, sind Summen von insgesamt 6 Mill. S vorgesehen. Im Gegensatz dazu haben wir ein Loch im Budget und es fehlen uns 13 Millionen. Dieser Abgang wird zumindest heute beschlossen, und wir hoffen, daß es bis Ende des Jahres 1986 gelingt, dieses Loch im aoH durch Mehreinnahmen des oH zu stopfen. Daher mahnen wir zu mehr Sparsinn und daher stehen wir beispielsweise der erhöhten Ausgaben-summe von S 631.000,- für Repräsentationen in der Gruppe 0, Seite 33, mit einer Erhöhung von 50,2 %, gemessen am Budget 1985, eher verständnislos gegenüber. Ebenso kritisieren wir den veranschlagten Abgang von S 2.032.000,- für das Amtsblatt und die Pressestelle, bei Gesamtkosten von knapp 3 Millionen Schilling.

Für Ehrungen und Auszeichnungen werden S 175.000,- veranschlagt, als Maßnahmen für die Personal-Gemeinschaftspflege werden 1.847.000 Schilling aufgewendet.

Meine Damen und Herren, nicht daß Sie mich falsch verstehen, ich sage das als Arbeitnehmer. Selbstverständlich muß auch für diesen Bereich, für Gemeinschaftspflege, in allen Betrieben Geld zur Verfügung gestellt werden, aber ich mache mir bereits Gedanken um die Finanzierung, wenn ich daran denke, daß in sehr vielen Betrieben das überhaupt nur über einen Betriebsratsfonds möglich wäre.

Auf die Pensionen für ehrenamtlich tätig gewesene Stadträte möchte ich nicht näher eingehen, denn Sie kennen ja unsere ablehnende Haltung. Dem Steuerzahler ist es sicher nicht egal, daß sich der Betrag unter dem Titel Gemeinderat durch diese Pensionen von 10,1 Millionen auf 11,2 Millionen erhöht. Aber auch auf anderen Seiten dieses Voranschlags findet man weitere Angaben unter dem Titel Repräsentationen, auf Seite 45, ebenfalls der Gruppe 0 zugehörig, S 80.000,-, und in der Gruppe 1 auf Seite 59 wieder S 120.000,- für Repräsentationen. Sparen in diesen Bereichen scheint ein Fremdwort zu sein. Auch die Pro-Kopf-Verschuldung von fast 12.000,- Schilling am Ende des Jahres 1985 hat offensichtlich noch zu keiner Spargesinnung geführt. Wir bedauern dies und können diesem Teil des Voranschlags die Zustimmung nicht geben.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, 460 Mill. Schuldenstand weist dieser Voranschlag 1986 bei einer Gesamtsumme des oH in Höhe von 558 Mill. nach. Das ist sehr viel. wenn man bedenkt, daß dieser Schuldenstand 82,4 Prozent des oH erreicht. Allein 51,5 Millionen benötigen wir 1986 für den Schuldendienst. Das sind 10 Prozent der gesamten Reinausgaben für den oH. Und 30 Mill. müssen wir neuerlich aufnehmen, um den aoH halbwegs abdecken zu können. Nicht zuletzt müssen 15 Mill. Schilling an

Rücklagen wiederum entnommen werden, um über die Runden zu kommen. Das heißt, für Schuldendienst, für neue Schulden und Entnahmen aus Rücklagen müssen 96,5 Mill. Schilling aufgebracht werden. Das sind unsere Sorgen bei diesem Budget und daher auch unsere ständigen Appelle zu sparen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Unter Berücksichtigung entsprechender Einsparungsvorschläge, die ich größtenteils ja bereits ausgeführt habe, haben wir auch diesmal für das Rechnungsjahr 1986 folgende Wünsche an den Finanzreferenten mit dem Ersuchen um Berücksichtigung bei der Erstellung des Voranschlages 1986 herangetragen:

1. Fortsetzung der Revitalisierung des Wehrgrabens entsprechend unserer Vorstellungen vom Vorjahr. Bereits meine Vorredner haben darauf hingewiesen, daß in diesem Bereich Wehrgraben sehr viel getan wird – das nehmen wir auch erfreut zur Kenntnis.

2. Mittelfreigabe zur Auftragserteilung für die Erarbeitung eines langfristigen Wirtschaftsentwicklungskonzeptes – eventuelle Auftragsvergabe an eine Universität.

3. Errichtung von Radwegen: Neben der Errichtung von Radwanderwegen wird er- sucht, Mittel im kommenden Budget zur Errichtung von Radwegen entsprechend dem vorhandenen Radwegekonzept vorzusehen.

Nachdem mir gegenüber Kollege Pimsl als Vorsitzender des Verkehrsausschusses sitzt, darf auch ich mich freuen, nachdem bei der letzten Sitzung des Verkehrsaus- schusses sich sehr viele andere Mandatäre gefreut haben, daß es möglich war, einen Beschluß zu fassen, daß der Bereich Zwischenbrücken jetzt in die Errichtung von Radwegen erstmals einbezogen werden wird.

4. Fortsetzung der Fassadenaktion an privaten und städtischen Objekten, mit Schwer- punkt Steyrdorf.

5. a) Mittelfreigabe für die Erstellung einer Studie mit dem Ziel, den Stadtplatz neu zu gestalten – auch darüber wurde heute bereits von einigen Vorrednern gesprochen.

b) Anschaffung eines Citybusses.

6. Übernahme der Haus- und Gehsteigreinigung durch den Wirtschaftshof für ältere und kränkliche Mitbürger. Diese Forderung erheben wir seit Jahren. Dabei möchte ich besonders darauf hinweisen, daß es viele Personen gibt, die durchaus bereit wären, auch dafür zu bezahlen.

7. Mittelfreigabe zur Anschaffung von "grünen Tonnen", um Müll zu trennen.

Bedauerlicherweise wurde nur ein Teil dieser unserer Wünsche und Anliegen bud- getär berücksichtigt. Wir hoffen aber, daß sich die Verantwortlichen unserer Stadt- verwaltung dennoch ernsthafte Gedanken über die Notwendigkeit dieser Anliegen ma- chen. Diese Maßnahmen sollen ja nicht parteipolitischen Zwecken, sondern der Bevölkerung dienen und das Ziel haben, die Menschen unserer Stadt gerechter zu behandeln und Ihnen das Leben noch lebenswerter, ohne abhängig zu sein, zu ge- stalten. Ich möchte jetzt nicht unbedingt den Weg einschlagen, den Kollege Trembl sehr oft bei seinen Ausführungen einschlägt, daß er weit abschweift, erlaube mir aber doch darauf hinzuweisen, daß es freiheitsliebende und liberal denkende Men- schen waren, die im vorigen Jahrhundert die Rede- und Pressefreiheit, aber auch die Koalitionsfreiheit erstritten haben. 1945 wurde aber ein lückenloser Parteien- staat installiert. Viele Menschen gerieten in totale Abhängigkeit der Parteien. Sei es bei der Erlangung eines Arbeitsplatzes oder bei der angestrebten Einstellung in den öffentlichen Dienst, oder bei den Bemühungen, eine Wohnung zu bekommen, überall spielte Protektion und Parteibuch eine große Rolle. Erst von 1973 bis 1979 ist es nicht zuletzt durch das Eintreten der FP gelungen, Objektivierungsrichtlinien bei der Lehrereinstellung in Oberösterreich zu erreichen. Ebenso gibt es nun eine Ein- stellungskommission für die Aufnahme in den Landesdienst in der Zusammensetzung 3 VP – 2 SP – 1 FP-Mitglied und 2 VP- und 1 SP-Personalvertreter. Das ist ein Fortschritt in der Objektivierung und der Gleichbehandlung der Menschen, zumindest

auf diesen Ebenen. Leider sind wir in Steyr noch nicht so weit. Wir hoffen aber, daß man auch in Steyr bereit sein wird, bei Personalaufnahmen diesen Weg einzuschlagen, nachdem es ja bereits Gespräche in diesem Zusammenhang gegeben hat.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich noch einem Bereich zuwenden, der neben dem Arbeitsplatz für die Bewohner unserer Stadt von größter Bedeutung ist, nämlich die Wohnung. Nachdem ich nun jahrelang Mitglied des Wohnungsausschusses bin, kann ich feststellen, daß alle, die mit der Wohnungsvergabe zu tun haben, bemüht sind, Wohnungen gerecht zu vergeben. Wenn das nicht immer ganz so möglich ist, dann deshalb, weil eben entsprechende Vergaberichtlinien fehlen. Wir haben uns daher entschlossen, allen Parteien heute einen Entwurf von objektiven Vergaberichtlinien bei der Vergabe von Wohnungen zu überreichen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß das nicht eine Erfindung von mir oder von der freiheitlichen Fraktion ist, sondern Vorstöße in dieser Richtung wurden bereits auch von anderen Parteien und Mandataren gemacht, wobei es uns nicht darum geht, Buchstabe um Buchstabe dieses Entwurfes erfüllt zu sehen. Ich ersuche aber den Herrn Bürgermeister und die Herren Vizebürgermeister, dies als Grundkonzept zu betrachten, um bereits Anfang nächsten Jahres Parteiengespräche zu führen.

Mitte nächsten Jahres könnten dann die von allen Parteien gutgeheißenen Wohnungsvergaberichtlinien bereits in Anwendung gebracht werden. Alle könnten dann stolz sein, daß Steyr in Oberösterreich beispielgebend vorangeht, um für die Objektivierung eines wichtigen, die Menschen betreffenden Teiles einer Lebensfrage einzutreten. In anderen Bundesländern gibt es ja bereits seit Jahren derartige Vergaberichtlinien. In diesem Lichte und Sinne ersuche ich alle Mandatare, unseren Vorstoß auf eine gerechtere und objektive Wohnungsvergabe zu sehen.

Meine Damen und Herren, das Streben vieler Menschen, unabhängig der Parteizugehörigkeit, ist es, sich Eigentum zu erwerben. Eigentum macht bekanntlich unabhängiger. Es wäre daher durchaus legitim und überlegenswert, ob nicht nach zwei Jahrzehnten wohnen und Mietzahlungsleistungen den Mietern zu einem angemessenen Kaufpreis die Möglichkeit eingeräumt werden könnte, einen Wohnungs-Miet-Kauf vorzunehmen. Vorteile dieses Mietkaufes wären u. a.: Der neue Eigentümer würde dann mehr Interesse an Investitionen und Verbesserungen an seiner nun erworbenen Eigentumswohnung haben. Der Mietzins würde wegfallen, es wären nur mehr die Betriebskosten zu entrichten. Die GWG oder die Stadt Steyr erhielte durch den Mietkauf mehr Kapital für den Bau neuer Wohnanlagen. Unser Bekenntnis zu privatem Wohnungseigentum bedingt aber auch die Forderung nach einer gerechten Mietzinsbildung für junge Leute. Auch im Wohnbereich kann auf einen funktionierenden Markt, Kollege Tremel, nicht verzichtet werden. Die dogmatische Behauptung, wonach die Wohnung keine Ware sei, wurde durch die Realität längst widerlegt. Wir wollen einen Wohnungsmarkt im Rahmen sozialer Vorgaben. Wohnbau und Wohnformen sind auch ein sozialer Auftrag. Da die Wohnform einen wesentlichen Einfluß auf das Verhalten in der Gemeinschaft hat, muß ein sozial verantwortlicher Staat auch den einkommensschwächeren Schichten den Zugang zu Wohnformen ermöglichen, die dem grundsätzlichen Anspruch auf Lebensqualität entsprechen. Dieser soziale Auftrag darf nicht durch generelle Umverteilung erfolgen, sondern in Form eines subsidär wirkenden Sozialsystems. Nicht sozial ist es z. B., wenn Leute in Steyr nach wie vor, allerdings nur am Papier nachgewiesen, geförderte Wohnungen belegen und in Wahrheit schon längst Eigenheime errichtet haben oder aber sogar in anderen Bundesländern Wohnungen oder Eigenheime besitzen. Daher wäre es angebracht, Erhebungen durchzuführen, um diese Ungerechtigkeit abzuschaffen.

Meine Damen und Herren, viele Wohnungsbauten aus den 50er und 60er Jahren sinken hinsichtlich Wohnungsstandard immer mehr ab. Dadurch entsteht bei vielen Menschen der Wunsch, eine neue Wohnung zu erlangen. Oder aber es wird dadurch die Stadtfucht hinaus auf das Land gefördert.

Ziel und Aufgabe der Stadtgemeinde und der GWG müßte es daher sein, diese Wohnbauten stärker als bisher zu revitalisieren. Dazu gehört nicht nur ein zeitgemäßer Fenstereinbau, sondern auch der Einbau von Fernwärme. Beispiele, wo dies notwendig wäre, könnten angeführt werden. Ich denke dabei an den sogenannten Zackenbau in der Resthofstraße oder an Bauten am Taborweg. Man könnte diese Beispiele auch auf andere Stadtteile ausdehnen. Bei der zukünftigen Entwicklung in diesem Bereiche sollte auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Sanierung von Altbauten und Errichtung von Neubauten Bedacht genommen werden. Denn der Wunsch nach Verbesserung des Wohnungsstandards ist auch bei jenen Menschen vorhanden, die zwar in den 50er und 60er Jahren froh waren, eine Wohnung zu bekommen, die mit herkömmlichen Kohle- und Ölherden zu beheizen waren und auch heute noch zu beheizen sind. Aber die Zeit und vor allem die Bedürfnisse der Menschen bleiben nicht gleich, und vor allem nicht standardisiert und würden auch, um bei der Beheizung durch Fernwärme zu bleiben, eine Verbesserung der Umweltbelastung herbeiführen.

Abschließend darf ich nochmals festhalten, daß ich namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, ausgenommen jener Beträge und Bereiche, die ich bereits in meinen Ausführungen einer Kritik unterzogen und abgelehnt habe, diesem Vorschlag 1986 die Zustimmung geben werde. Ebenso dem Antrag, betreffend die Kreditsperre. Sofern sich keine andere Gelegenheit mehr ergibt, möchte ich schon jetzt allen Mandataren sowie allen Beamten und Bediensteten dieses Hauses ein schönes Weihnachtsfest und viel Glück, vor allem Gesundheit für das Jahr 1986, wünschen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag. Gleichzeitig bitte ich Kollegen Holub um Übernahme des Vorsitzes, damit auch ich etwas dazu sagen kann.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seinen Beitrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich bin in einigen Fällen persönlich zitiert worden. Gestatten Sie mir daher, daß ich auch die Gelegenheit wahrnehme, mich an der Diskussion um das Budget 1986 in kurzen Worten zu beteiligen. Ich habe allerdings nicht vor, das Schlußwort jetzt vorwegzunehmen, möchte aber zu einigen Punkten, die hier angezogen wurden, Stellung nehmen.

Ich darf gleich beim letzten Redner, beim Kollegen Eichhübl, anfangen und darf einen Punkt herausgreifen, den er angeschnitten hat. Es handelt sich um die Repräsentationsausgaben, die er als zu hoch angesetzt sieht. Ich glaube, daß es einfach notwendig ist, in einer Stadt wie der unseren, daß bestimmte Mittel zur Verfügung stehen. Wir haben vor und sind daran, unsere Stadt als Kongreßstadt, als Tagungsstadt bekannt zu machen. In diesem Zusammenhang ist es einfach notwendig, daß fallweise Einladungen seitens des Präsidium, seitens des Bürgermeisters ausgesprochen werden. Ich glaube, wir wären schlecht beraten, wenn wir aus den Gründen, die hier angeführt wurden, Kürzungen vornehmen würden.

Zu Kollegen Treml darf ich sagen, der Standort des Luftgütemeßgerätes wird verändert im Gebiet von Münichholz und ich glaube, das ist notwendig, um tatsächlich fest-

stellen zu können, wo die Ursache der Belästigungen liegt. Es ist nämlich auch mir schon zu Ohren gekommen, daß sich Anrainer beschwert haben zu Zeiten, wo im BMW-Werk gar kein Betrieb war. Das heißt, daß wir Untersuchungen anstellen müssen, um die tatsächlichen Gründe dieser Luftbelästigung zu finden. Hier darf ich sagen, daß Herr Landesrat Winetzhammer uns seine Zusage gegeben hat, Kollege Holub hat hier interveniert, und der Standort verändert wird.

Zur Aussage bezüglich der 2,5 Millionen Schilling für das BMW-Werk darf ich sagen, daß dieser Betrag von 2,5 Millionen im Budget vorgesehen ist, daß aber selbstverständlich eine etwaige Auszahlung, es ist vorbereitet für eine etwaige Förderung des BMW-Werkes, daß aber die nur dann in Frage kommt nach entsprechenden Beratungen des Gemeinderates, wenn die erforderlichen Bedingungen eingehalten worden sind. Das darf ich hier zur Klarstellung sagen.

Zu Herrn Ramoser darf ich kurz anführen, es war eine Hauptkritik von ihm, daß ihm das Budget zu wenig Klarheit bietet. Hierzu darf ich sagen, daß unser Budget - so wie die anderen Budgets in den Städten und Gemeinden - nach den Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnungen erstellt wird, das sind bundesgesetzliche Bestimmungen, die von Kollegen Schmidl einzuhalten sind, so wie Sie verpflichtet sind, sich als Polizist an die Straßenverkehrsordnung zu halten, wenn ich das als Vergleich heranziehen darf.

Meine Damen und Herren, unser Finanzreferent hat erwähnt, daß er beabsichtigt, eine Budgetkonsolidierung einzuleiten. Es ist die Einleitung einer Stabilisierung, einer Konsolidierung und Kollege Holub hat meines Erachtens nach es richtig bezeichnet mit den Worten realistische Zurückhaltung. Ich glaube, wir haben auf viele Dinge, die zur Erledigung in den Raum stünden, verzichtet, um hier eine Verbesserung zu erreichen. Es wird an uns liegen, die Ansätze des Budgets im Jahre 1986 bei den laufenden Erledigungen im kommenden Jahr nicht nur ständig zu beobachten, sondern auch zu beachten. Grundsätzlich haben wir uns bei der Erstellung des Budgets an unser Entwicklungskonzept gehalten. Dieses Entwicklungskonzept war die Basis dafür. Gestatten Sie mir, daß ich kurz auf einige Schwerpunkte, auf die Struktur des Budgets, längerfristig gesehen, zurückkomme. Ich habe mir Vergleiche geben lassen von den Budgetjahren 1973 bis 1979 und von 1979 bis 1985. Diese Vergleiche sind überaus interessant und das diesjährige Budget setzt in etwa diese Entwicklung, die hier feststellbar ist, fort. Wir haben in den Jahren 1973 bis 1979 insgesamt, hier sind nicht die Landesabgaben enthalten, die Landesumlagen usw., es tut mir sehr leid, daß das nicht möglich ist, diese Umlage abzuschaffen. Darauf hat ja bereits unser Finanzreferent hingewiesen, daß wir 56 Millionen Schilling an das Land bezahlen und nur

in etwa 25 Millionen Schilling zu erwarten haben. Wir sind sicherlich für Solidarität immer gewesen, aber irgendwo glaube ich, sollte man die Grenzen auch sehen. Diese Beträge sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Wir haben in den Jahren 1973 bis 1979 insgesamt 1,551.792 Schilling ausgegeben für verschiedene Schwerpunkte. Ich darf sagen, damals war der Schwerpunkt das Sozialwesen. Es wurde in der Zeit von 1973 bis 1979 ein Betrag von 325,485.000 Schilling ausgegeben. Es hat sich dieser Schwerpunkt noch verlagert im abgelaufenen Zeitraum. In der Zeit von 1979 bis 1985 ist dieser Betrag absolut von 325 Millionen auf 631 Millionen Schilling in diesem Zeitraum gestiegen und hat sich auf über ein Viertel der Gesamtausgaben erhöht. Damals hat er 21 % der Gesamtausgaben betragen, in der abgelaufenen Periode 27 %. Wir haben in der abgelaufenen Periode pro Kopf der Bevölkerung 16.229 Schilling gegenüber 8.022 Schilling im Vergleich, das ist der absolute Vergleich, ausgegeben. Ich darf sagen, ich habe erst gesagt 1,550.000.000,- Schilling und in der Zeit von 1979 bis 1985 haben wir 2,262.000.000,- Schilling ausgegeben für diese verschiedenen Ausgaben. Ich werde noch auf einige zurückkommen. Das bedeutet einen Anstieg in etwa um 45,7 Prozent und entspricht in etwa der Geldwertveränderung in diesen 6 Jahren. Wenn sich etwas anteilmäßig erhöht, müssen sich natürlich andere Bereiche zwangsläufig verringern. Ich darf darauf hinweisen, daß z. B. beim Straßenbau eine nicht unwesentliche Verringerung prozentuell eingetreten ist, nämlich von 19 Prozent Anteil damals gegenüber 11 Prozent und 11,8 Prozent jetzt. Das ist darauf zurückzuführen, daß natürlich in der Zeit bis 1979/1980 die großen Brückenbauten in Steyr waren, die diesmal nicht mehr zu Buche geschlagen haben.

Eine nicht unwesentliche Erhöhung hat auch die Sportförderung erfahren, ein Betrag absolut von 28 Millionen auf 64 Millionen Schilling oder von 1,8 Prozent auf 2,8 Prozent.

Die Gesundheitsvorsorge ist gestiegen von 4,5 auf 5,5 Prozent oder in absoluten Zahlen von 70 Millionen auf 125 Millionen Schilling. Aber nicht unwesentlich, das darf ich auch sagen, ist eine freiwillige Leistung der Stadt, nämlich die Betriebsförderung. Hier haben wir in der Zeit von 1973 bis 1979 insgesamt 5,575.000 Schilling ausgegeben und in der abgelaufenen Periode 31,231.000 Schilling, es ist dies eine freiwillige Leistung der Stadt. Wir glauben aber, daß wir damit die Arbeitsplatzsicherung in unserer Region in einem sehr wesentlichen Maß erreichen konnten. Wir haben neue Arbeitsplätze herbekommen und diese Ausgaben waren sicherlich gerechtfertigt. Es würde zu weit führen, hier noch weiterzufahren, die Vergleiche noch weiter anzustellen.

Eine Verringerung ist eingetreten bei der Abwasserbeseitigung, aber auch dadurch, daß der Reinhaltverband gegründet wurde und beim Reinhaltverband eben diese Beträge, die seinerzeit für die Abwasserbeseitigung zur Verfügung gestellt wurden, jetzt beim Reinhaltverband anfallen. Auch bei der Abfallbeseitigung ist eine nicht unwesentliche Steigerung von 26 auf 63 Millionen Schilling eingetreten.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen auch mitteilen, daß ich im Zusammenhang mit den Förderungen, mit den Betriebsförderungen, mit einem Schreiben an den Herrn Landeshauptmann und an den Herrn Bundeskanzler Anfang Dezember das Ersuchen gestellt habe, die im Staatsvertrag verankerten Förderungsmöglichkeiten über den 31. Dezember 1985 hinaus zu verlängern. Ich habe diesbezüglich allerdings noch keine Antworten erhalten, ich hoffe, daß dies gelingt. Es wurde auch heute in der Diskussion als Schwerpunkt das Gebiet Wehrgraben angeschnitten, das ist richtig. Auch die Althausanierung wurde als Schwerpunkt angezogen. Ich darf sagen, daß wir bemüht sind, hier auch seitens des Amtes, unseren Beitrag zu leisten. Es ist geplant, daß zu unserem Fachmann, Kollegen Architekt Scheuer, ab April 1986 ein weiterer Dipl. Ing. mit Kenntnissen auf dem Gebiet des Denkmalschutzes aufgenommen wird, weil wir alle wissen, wie sehr Kollege Scheuer belastet ist. Es wird in der nächsten Zeit zweifellos noch einiges schwerpunktmäßig auf uns zukommen.

Ich darf auch darauf verweisen, weil verkehrsmäßig die Bildung von Wohnstraßen angezogen wurde, daß wir auf diesem Gebiet - Kollege Pimsl wird das bestätigen können -

in der letzten Zeit schon einiges erreicht haben. Wir haben Wohnstraßen eingerichtet im Bereich Resthof, an der Pyrachstraße ist die Siedlung der Neuen Heimat zum Teil als Wohnstraße gekennzeichnet, die Klingschmiedgasse auf der Ennsleite wird zur neuen Wohnstraße erklärt, so daß bezüglich der Verkehrsberuhigung auch seitens des Amtes und der Behörde einiges getan wird.

Hinsichtlich einer Verkehrsberuhigung im innerstädtischen Bereich darf ich darauf verweisen, das habe ich schon einige Male gesagt, daß eine Verkehrsberuhigung, eine Freimachung des Stadtplatzes, nur dann unseres Erachtens in Frage kommt, wenn entsprechende Alternativ-Parkmöglichkeiten gefunden und geschaffen werden im unmittelbaren Bereich der Umgebung. Mehr möchte ich zu diesem Budget nicht sagen. Ich glaube, daß Kollege Wippersberger auf einige Fragen, die noch aufgetreten sind, im Schlußwort Antwort geben wird.

VI ZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Vielleicht kann man die Sitzung zum Zwecke der Lüftung noch einmal für kurze Zeit unterbrechen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich komme dem gerne nach und unterbreche die Sitzung für ca. 10 Minuten.

Pause von 19.48 – 19.55 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir fahren mit unseren Beratungen fort. Ich bitte Kollegen Hochrather zum Rednerpult.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte mich in meinem Beitrag zum Budget 1986 vorwiegend mit den Vorstellungen der ÖVP-Fraktion zum Straßenbau und den Verkehrsmaßnahmen in unserer Stadt befassen.

Es sind im ordentlichen Haushalt für den Bau und die laufende Erhaltung unserer Gemeindestraßen rund 9 Millionen Schilling vorgesehen, im außerordentlichen Haushalt für den Ausbau unserer Gemeindestraßen eine Summe von rund 25 Millionen Schilling. Es ist auch eine ganze Reihe von diesen Straßen angeführt, die im kommenden Jahr verbreitert, verlegt oder auch ausgebaut werden sollen. Es ist mir bewußt, daß mit dem im Voranschlag 1986 angeführten Straßenbauprogramm keineswegs alle Wünsche der Bewohner von Steyr erfüllt werden können. Man muß aber doch anerkennen, daß nach Dringlichkeit und nach der Finanzierbarkeit gereiht, die wichtigsten Bau- und Sanierungsmaßnahmen enthalten bzw. vorgesehen sind. Es bedarf die Situation rund um den Ennsner Knoten, wie er heute schon mehrmals angeführt wurde, im besonderen für die Fußgänger, dringend einer Lösung. Im außerordentlichen Haushalt ist dafür ein Betrag von S 300.000,- vorgesehen. Es kann dies meiner Meinung nach nur für die Planung gedacht sein. Wie wir heute gehört haben, ist eine Planung bereits im Gange.

Ein ähnliches Problem, das ebenfalls einer raschen Lösung bedarf, ist die Kreuzung Eisenstraße – Hubergutstraße – Ulrichstraße. Diese äußerst gefährliche Kreuzung müßte ebenfalls dringend umgeplant und umgestaltet werden. Es sind nämlich für orts-

fremde Personen die Vorrangverhältnisse nicht einwandfrei erkennbar. Auch ist die Unübersichtlichkeit dieser Kreuzung für den Verkehr, der aus Richtung St. Ulrich kommt, egal in welcher Richtung man weiterfährt, ein großes Risiko.

Ich habe im außerordentlichen Haushalt unter der Ansatzpost Straßenbau Wehrgraben einen Betrag von S 500.000,- vorgefunden. Es dürfte aber mit diesem Betrag im Hinblick auf die Landesausstellung 1987 und den damit verbundenen Baumaßnahmen zur Verbesserung der Straßenverhältnisse nicht das Auslangen gefunden werden. Es wird daher notwendig sein, bei den geplanten Kanalbauten, im besonderen wenn eine Verlegung in die Straße geplant ist, auch gleich die Sanierung dieser Straßenzüge mit einzubeziehen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die vorgesehenen 7 Millionen Schilling für die Brückenerhaltung im Wehrgraben begrüßen. Auch ist mir ein Betrag von 1 Mill. Schilling für den Neubau des Museumssteges aufgefallen. Mit diesem Betrag wird sicherlich nicht das Auslangen gefunden werden, wir haben aber heute schon gehört, daß an eine Erhöhung des Betrages gedacht ist. Diese Maßnahmen rund um die Landesausstellung 1987, im Zusammenhang mit dem Museum Arbeitswelt, sind zweifelsohne geeignet, wieder mehr Leben und Attraktivität in den Stadtteil Wehrgraben zu bringen.

Unter dem Titel Aufschließung Tabor ist ein Betrag von S 2 Mill. vorgesehen. Es dürfte nach meinem Dafürhalten dieser Betrag für die Aufschließung der Industriegebiete an der Ennser Straße bestimmt sein. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Verbindungsstraßen von der Ennser- zur Steiner Straße, und zwar die vom GFM-Parkplatz in Richtung Feuerwehrzeughaus Stein, und von der Elan-Tankstelle bis zum Bauernhaus Schützenhofer, derzeit nur einspurig befahrbar sind und im Zusammenhang mit den geplanten Betriebsansiedlungen diese beiden Straßen unbedingt verbessert bzw. ausgebaut werden müssen.

Nachdem ich nun schon im Bereich Resthof und Gleink angelangt bin, möchte ich auch auf den weiteren Ausbau der Steiner Straße hinweisen. Es hat uns der heuer verfrühte Wintereinbruch die noch geplante Inangriffnahme des Teilstückes beim Bauernhaus Schützenhofer gehemmt. Aufgrund der nun bevorstehenden Feiertage und der dadurch für die Baufirmen bestimmten Arbeitspause wird mit einem Baubeginn heuer nicht mehr zu rechnen sein und würde aber doch bitten, so bald wie möglich mit dem Bau zu beginnen. Ebenfalls im Bereich Gleink gelegen ist, wie auch schon im Vorjahr von mir erwähnt, mir die Zufahrt zur Mülldeponie in Hausleiten ein Anliegen. Diese Zufahrtsstraße ist ebenfalls nur einspurig befahrbar und es ist daher unbedingt vonnöten, bis zur Wiederaufnahme des Betriebes in der Mülldeponie die Straße auf zwei Fahrspuren auszubauen und sie zum Befahren mit den schweren Lkws tauglich zu machen. Ich weiß, daß vorerst nur geplant ist, das bestehende Straßenstück mit dem Bau von Ausweichen derzeit befahrbar zu machen. Es kann sich aber dabei nur um eine Notlösung handeln. Bei vollem Betrieb wird sicherlich der Ausbau der Zufahrtsstraße erforderlich sein.

Als sehr positiv bezeichnen möchte ich die für 1986 geplante Sanierung des Dachsbergweges. Der Dachsbergweg ist schon durch Jahre hindurch in einem schlechten Zustand. Es handelt sich bei dieser Sanierung um einen langjährigen Wunsch unserer Fraktion. In diesem Zusammenhang möchte ich auch positiv erwähnen die geplante Verlegung und auch den Ausbau der Kegelprielstraße, zumal für diese Straße auch das Verständnis des Grundeigentümers vorhanden ist. Seit vielen Jahren ist auch die unbenannte Verbindungsstraße vom Hochbehälter an der Wolfenstraße in Richtung Hasenrathstraße in einem sehr schlechten Zustand. Ich weiß, daß Fahrzeuge einer Steyrer Firma, die in diesem Bereich Lehm zur Ziegelerzeugung gewinnt, nicht unschuldig an diesem Zustand sind. Mit einer Befestigung und Neuasphaltierung dieses etwa 800 m langen Straßenstückes, das im Bereich der Stadt Steyr liegt, wäre sicherlich Abhilfe geschaffen.

Einer Sanierung bedürfte auch dringend die Blumauergasse von der Schwimmschul-

straße zum Lokalbahnhof und weiters bis zum Beginn des sogenannten Hoferberges unterhalb der Christkindlsiedlung. Seit der Wiederaufnahme des Betriebes der Steyrtalbahn kommt diesem Straßenstück vermehrte Bedeutung zu. Alleine im abgelaufenen Jahr sind mehr als 10.000 Fahrgäste gekommen und sind mit der alten Schnauferlbahn gefahren. Nachdem nun diese Bahn schon zur Attraktion für Steyr geworden ist, und zudem auch in den Prospekten der Fremdenverkehrsge-meinden von Steyr-Land und Kirchdorf aufgenommen werden soll, ist auch in der nächsten Zeit mit einem größeren Ansturm zu rechnen und meiner Meinung nach daher die Sanierung des Straßenstückes, aber auch die Vorplatzgestaltung beim Lokalbahnhof unbedingt vonnöten. Es ist mir zwar bewußt, daß dort in den nächsten Jahren mit einer Kanalisierung zu rechnen ist, ich glaube jedoch nicht, daß vor 1987 mit dieser Maßnahme begonnen wird. Vielleicht kann man doch mit geringem Aufwand eine Verbesserung der derzeitigen Situation herbeiführen.

In räumlicher Nähe zum Steyrtalbahnhof befindet sich mein nächster Betrachtungs-punkt. Ich freue mich, daß zu diesem Punkt bereits eine Verbesserung bzw. Lösung der derzeit wirklich unzureichenden Situation in Planung ist. Es handelt sich dabei um die Kreuzung Tomitzstraße - Stelzhamerstraße.

Die derzeit noch herrschende unglückliche Situation rund um diese Kreuzung ist schon wiederholt von unserem inzwischen ausgeschiedenen Stadtrat Wallner aufge-zeigt worden. Das Einbinden von der Stelzhamer- in die Tomitzstraße, egal in wel-che Richtung weiterfahrend, stellt ein echtes Problem dar. Eine derzeit in Planung befindliche zusätzliche Abbiegespur von der Stelzhamerstraße soll das Einbiegen in die Tomitzstraße erleichtern. Es ist dies meiner Meinung nach sicher eine Verbesse-rung, kann jedoch mit Sicherheit nicht eine endgültige Lösung sein. Es ist nämlich auch ein Problem, von der Tomitzstraße kommend nach links in die Stelzhamerstraße einzubiegen. Viele Verkehrsteilnehmer weichen diesem Problem schon jetzt aus, in-dem sie über die Leopold Werndl-Straße in Richtung Garsten und dann durch den Rei-chenschwall in die Stelzhamerstraße fahren. Auch gewinnt diese Sorge vor der Kreuzung in die Tunneleinfahrt immer mehr an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß an der Stelzhamerstraße durch den Neubau von Handelskammer, Bezirksgericht und Bezirkshauptmannschaft ein richtiges Behördenzentrum entstanden ist, und daher mit verstärktem Verkehrsaufkommen in diesem Bereich zu rechnen ist. Dazu kommt noch, daß im letzten Verkehrsausschuß auch ein Linksabbiegeverbot von der Leopold-Werndl-Straße aus Garsten kommend in Richtung Reichenschwallstraße beschlossen wurde. Somit werden die ganzen Verkehrsteilnehmer, die aus dem Bereich Garsten kommen, auch gezwungen, bis zur Kreuzung Tomitzstraße vorzufahren und dann von der Tomitzstraße vor dem Tunnel in die Stelzhamerstraße einzubiegen. Auch werden durch diese Maßnahme alle Landwirte aus dem Bereich Christkindl, Tinsting und Schwamming, Pergern und wie die Ortschaften alle heißen, gezwungen, mit ihren Zugmaschinen ebenfalls diesen Straßenzug zu benützen. Das ist im besonderen zur Erntezeit ein erhebliches Verkehrsaufkommen, weil sie mehrmals am Tag mit ihren Zugmaschinen diese Strecke benützen. Ich kann mir vorstellen, daß es da zu einer erheblichen Behinderung des Verkehrs kommt. Man wird sich daher unbedingt auch um eine bessere Lösung dieses Problems Gedanken machen müssen.

Ich möchte nun den nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmern, nämlich den Radfah-rrern und Fußgängern, auch ganz kurz einige Sätze widmen. Ich habe mit großer Freude festgestellt, daß für die Sanierung der Pfarr- und auch der Mayrstiege je S 250.000 vorgesehen sind und daß für die Errichtung von Rad- und Wanderwegen im Budget ein Betrag von S 500.000,- enthalten ist.

Die ÖVP-Fraktion begrüßt diese Ansatzposten und weist in diesem Zusammenhang wieder einmal auf die alte Forderung einer Erweiterung dieses Radwandernetzes bis an den Rand des Brunnenschutzgebietes hin. Warum diese Erweiterung bisher nicht verwirklicht wurde, kann ich mir nicht erklären. Die Radfahrer stellen mit

Sicherheit eine nicht so große Gefahr für unser Brunnenschutzgebiet dar, wie etwa so manche motorisierte Verkehrsteilnehmer, die man oftmals in diesem Gebiet antreffen kann.

Ein großer Wunsch der Bewohner aus dem Bereich Fischhubsiedlung sind kindergerechte Abstiege von der Haratzmüllerstraße zum Radwanderweg am rechten Ennsufer im Bereich der Grenzgasse und der Ennstalbrücke beim Kreisverkehr. Vielleicht ergibt sich die Möglichkeit, diesen Wunsch in das Straßenbaulos Bad I einzubeziehen und dadurch den Bewohnern der Fischhubsiedlung die Benützung des Radwanderweges zu ermöglichen. Beim Baulos Bad I möchte ich heute auch schon ein Anliegen vorbringen, und zwar sind zwischen dem Kreisverkehr und der Grenzgasse mehrere Gewerbebetriebe angesiedelt. Beim geplanten Ausbau auf 4 Spuren wird sich sicherlich für diese Betriebe ein Problem ergeben, wenn sie Richtung Stadt wegfahren wollen. Dazu kommt noch, daß diese Betriebe mit Lkws beliefert werden. Es wird sich für diese Betriebe nicht vermeiden lassen, daß sie Richtung Haager Straße fahren, nur müssen sie die Möglichkeit zum Umkehren vorfinden. Ich denke im besonderen an die Lkws. Ich wollte nur meine Bedenken zu diesem Straßensegment bereits jetzt vorbringen und anregen, daß man das in die Planung nach Möglichkeit mit einbezieht.

Nun möchte ich zu einem bereits abgeschlossenen Straßenbau, nämlich der Christkindler-, Schwamminger- und Reitnerstraße, Stellung nehmen. Dieser Ausbau war ja für die Gemeinde nicht gerade billig, aber es war unbedingt erforderlich. 10 1/2 Monate im Jahr haben Christkindl und seine Bewohner, aber auch die Besucher dieses bekannten Wallfahrtsortes mit dem bestehenden Straßennetz das Auslangen gefunden. Ein oft totales Chaos brach aber immer wieder um die Advent- und Weihnachtszeit herein, wenn mehrere tausend Besucher pro Tag ihre Weihnachtswünsche zum Christkindlpostamt, dessen Leiter ja in der Person unseres Kollegen Alfred Wallner unter uns ist, brachten und versenden wollten. Auch die Besucher der vielen kirchlichen Veranstaltungen sahen sich in Christkindl mit dem Problem Parkplatznot konfrontiert. Es wurden dann meist die Fahrzeuge in den angrenzenden Feldern und Wiesen abgestellt. Daß damit die betroffenen Grundeigentümer keine Freude hatten, kann man verstehen. Durch den Ausbau und die Verbreiterung der bereits angeführten Straßenzüge hat das Parkplatzproblem eine spürbare Erleichterung erfahren. Durch die Erklärung der angeführten Straßen zu Einbahnstraßen wurde auf der Christkindlerstraße, die auch einen Gehsteig erhalten hat, ein Abstellstreifen für Busse und an der Schwamminger- und Reitnerstraße ein Abstellstreifen für Pkws geschaffen. Es haben bereits die beiden letzten Wochenenden gezeigt, daß damit die Parkplatzsituation eine wesentliche Erleichterung erfahren hat. Es hat der neugeschaffene Abstellstreifen zwar nicht alle Fahrzeuge aufnehmen können, es wurden aber doch die angrenzenden Felder und Wiesen von den parkenden Fahrzeugen verschont. Leider hat der frühe Wintereinbruch einen Strich durch die Rechnung bei der Fertigstellung gemacht. Es liegen nun noch die nicht gerade ansehnlichen Erdhaufen an den Straßenrändern, und es konnten die Bankette nicht mehr befestigt werden. Man muß aber doch lobenswert erwähnen, daß die Fahrbahnen aller 3 Straßenzüge noch mit einem Asphaltbelag versehen wurden. Allein die Witterung der letzten Tage läßt uns erahnen, wie der Straßenzustand sonst ausschauen würde. Als einer durch die Parkplatzmisere der vergangenen Jahre betroffener und dadurch auch oft verärgelter Grundanrainer, will ich der Stadtgemeinde für diesen Ausbau Dank sagen. Obwohl mich zwar der dadurch bedingte Verlust von Grund etwas schmerzt, war der Ausbau für Christkindl und seine Besucher doch eine richtige Entscheidung.

Aufgefallen ist mir jedoch, daß auch die Reitnerstraße als Einbahnstraße erklärt wurde. Da ergibt sich für die Bewohner für Rosenegg, Tinsting und Schwamminger ein kleines Problem. Wenn nämlich die angeführten Straßenzüge verparkt sind, dann wird von der Polizei bei der Kreuzung zur Aschacher Straße die Einfahrt in die Straßenzüge durch ein allgemeines Fahrverbot verboten. Es müssen dann die

Bewohner von Tinsting, Pergern und vorwiegend von Rosenegg einen großen Umweg machen, denn durch die Reitnerstraße können sie auch nicht in Richtung Unterhimmel fahren. Vielleicht könnte man auch durch Aufhebung der Reitnerstraße oder durch die Ausnahme dieser Anlieger beim Fahrverbot bei der Kreuzung mit der Aschacher Straße eine Erleichterung bringen.

Ich habe auch noch ein anderes Problem, und zwar die Busse fahren manches Mal bis zur Kirche und nehmen sehr viel Platz in Anspruch zum Abstellen – das ist eigentlich nicht vorgesehen.

Es war dies nur eine Reihe der geplanten zum Teil begonnenen und auch fertiggestellten Straßenbaumaßnahmen, die ich kurz angezogen habe. Oft bedürfen Änderungen und Verbesserungen nicht immer großer finanzieller Mittel und stellen eine echte Verbesserung für das Verkehrsaufkommen dar. Ich denke da im besonderen an die von meinem Gemeinderatskollegen Wilhelm Spöck in der letzten Sitzung angezogenen kinderwagen- und rollstuhlgerechten Einstiege bei den städt. Autobussen. Meine Anregung dazu wäre nur, daß man vielleicht doch noch verstärkt auf den heimischen Autobusherstellereinfluß nimmt, damit diese in das Produktionsprogramm aufgenommen werden.

Zum Schluß meiner Ausführungen hoffe ich, daß mein Beitrag nicht als neuer oder zusätzlicher Forderungskatalog an den Gemeindehaushalt, sondern als Betrachtung aus der Sicht der ÖVP-Fraktion, verbunden mit Anregungen und Forderungen, zum Wohle der besseren Verkehrsabwicklung und zum Wohle unserer Bürger verstanden wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Hochrath für seinen Beitrag. Nächster Debattenredner ist Kollege Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde werde ich mich sehr kurz fassen. Trotzdem möchte ich ein paar Worte zur Wirtschaftsförderung sagen. Wie der Finanzreferent schon erwähnt hat, ist die Wirtschaftsförderung nicht Sache der Stadt, sondern des Landes und des Bundes. Das ist richtig, doch glaube ich, aufgrund der besonderen Struktur von Steyr und der damit verbundenen Krisenanfälligkeit, muß es uns allen ein Anliegen sein, eine Verbesserung auf lange Sicht hin für unsere Wirtschaft zu erreichen. Die Wirtschaftsförderung umfaßt im wesentlichen S 500.000,- für Kleingewerbeförderung, S 2,5 Millionen für Gewerbegebiete am Tabor – Fa. Kraml und Almauer – und 1 Million Schilling für Darlehen für andere Investitionsförderungen. Ich glaube, um in Zukunft die Arbeitsplätze zu sichern, um in Zukunft neue Firmen und vor allem Firmen, die von der Metallbranche unabhängig sind, herzubringen, wird es notwendig sein, trotzdem eine verstärkte Wirtschaftsförderung durchzuführen. Wir brauchen ein langfristiges Konzept und intensive Bemühungen, um neue Betriebe herzubekommen. Wir brauchen eine Förderung, um Jungunternehmer, um junge Söhne und Töchter von bestehenden Unternehmen dazu zu veranlassen, daß sie bereit sind, diese Firma zu übernehmen. Daher war es uns ein Anliegen, und wir haben gemeinsam ein Konzept erarbeitet, das Ihnen längst bekannt ist, die sogenannten Gewerbehöfe. Ich glaube, das ist ein Weg, der an und für sich gangbar ist. Wir haben auch die Möglichkeiten der Finanzierung aufgezeigt, die der Stadt sehr wenig kosten würden. In diesem Verfahren ist es sicher möglich, diese Finanzierung durchzuführen.

Wir möchten eine besondere Förderung für Betriebe in Problemgebieten. Wir glauben aber auch, daß es notwendig sein wird, eine besondere Förderung den Betrieben zu gewähren, die vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigen und wenn man heute

sagt, wir haben in der letzten Zeit verschiedene Firmen, BMW, Dräxlmair, Engl usw., bekommen, so ist das meiner Meinung nach viel zu wenig. Auch die Gewerbegebiete, die z. B. für die Fa. Dräxlmair reserviert wurden, sind noch immer nicht fix vergeben, denn soviel ich weiß, wurde der Vertrag noch nicht unterzeichnet. Ich glaube, wir sollten außerdem die Wirtschaft noch dadurch beleben, daß wir uns verstärkt der Althausanierung annehmen, daß wir hier bereit sind, speziell im Gebiet von Steyrdorf entsprechende Maßnahmen zu setzen. Im Wehrgraben ist ja sehr viel geplant und bereits für das kommende Jahr in Auftrag gegeben. Ich möchte das sehr positiv vermerken und ich glaube, daß in Verbindung des Gebietes Wehrgraben und mit dem Steyrdorf die Revitalisierung der Altstadt, die Hebung des Wohnstandards, die Belebung dieser alten abgewohnten Stätte durch junge Familien sicherlich auch zu einer verstärkten Wirtschaftsförderung, zu einer indirekten Wirtschaftsförderung, beitragen wird.

In diesem Sinne möchte ich unsere Wünsche für die Wirtschaftsförderung verstanden wissen und ich bitte, dies im Zukunft im Budget entsprechend zu berücksichtigen.

Im wesentlichen darf ich abschließend erklären, daß wir selbstverständlich dem Budget rückhaltslos zustimmen werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diese Erklärungen. Nächster ist Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der sachliche und durchaus konstruktive Beitrag unseres Kollegen Hochrather ist es sicherlich wert, mit einigen Sätzen auf seine Ideen und Vorschläge einzugehen. Es ist ein Teil seiner Aussagen durchaus angetan, gemeinsam Überlegungen anzustellen, wo wir Verbesserungen im Straßennetz, bei Verkehrsknoten, erreichen. Einiges davon ist schon im Planungsstadium seit geraumer Zeit in Ausarbeitung oder es gibt durchaus bereits brauchbare Pläne zur Verwirklichung. Es ist gar nicht notwendig, darüber einen Vaterschaftsstreit zu beginnen, wer hier die besseren Ideen einbringt, sondern wir glauben, daß wir gemeinsam dafür sorgen sollten, daß in unserer Stadt das Wohnen und Leben im allgemeinen und natürlich auch die Möglichkeit, von einem Punkt zum anderen zu gelangen, erleichtert wird. Wir sollten uns aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, davor hüten, unbegrenzt die noch vorhandenen Grünflächen dem Verkehr, der Straße, zu opfern. Ich bin der Auffassung, daß es zumutbar ist, wenn wir leistungsfähige Durchzugsstraßen fertigstellen – ein Teil davon ist fertig – für den städtischen Verkehr, vor allem mit dem Pkw so zu fahren, daß die Lebensqualität dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Es wäre ein Wahnsinn, breitere, leistungsfähigere Straßen zu errichten, um sie dann zu Wohnstraßen zu erklären. Ich bitte um Verständnis, wenn ich von meiner Warte als Umweltreferent davor warne, in unserem Erholungsbereich, wie es nun einmal das Brunnenschutzgebiet darstellt, die Straßen noch weiter auszubauen, sondern die Straßen nur – ich meine das Gebiet um Hausleiten bis hinunter zur Mülldeponie – so weit zu befestigen und verkehrssicherer zu machen, um den notwendigen Lkw-Verkehr zur und von der Mülldeponie leichter zu ermöglichen. Das geht auch mit Ausweichen, ist aber nicht notwendig, dort eine leistungsfähige Straße zu errichten. Wir bekennen uns dazu und ich insbesondere, unser Radwandernetz gerade in dieses Gebiet noch auszudehnen. Das ist aber nicht immer notwendig und ich bin selbst ein Radfahrer, dafür asphaltierte Wege zu errichten, sondern sie können auch durchaus in anderer Form den Ansprüchen Genüge tun.

Ich bitte daher um Ihre Mitarbeit bei der Verwirklichung unser aller Vorstellungen,

wie wir das Leben in unserer Stadt noch verschönern können und wie wir sie noch lebenswerter gestalten können. Ich möchte aber nochmals eindringlich davor warnen, dem Verkehr alles zu unterordnen, was es heute an Schönheit in unserer Stadt noch gibt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster und vorläufig letzter Debattenredner ist Kollege Sablik.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Als Straßenbaureferent und von Dir als "Verbetonierer" Bezeichneter, muß ich zu einigen Anfragen oder Beiträgen, die die Straßen betreffen, Stellung nehmen.

Ich möchte mich eingangs anschließen an die Ausführungen des Kollegen Pimsl, der sehr richtig gesagt hat, Straßen zu bauen und sie dann stillzulegen oder abzusperren, ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein ideeller Wahnsinn und so müssen Sie bitte auch das Problem betrachten, wie wir zu den Ansatzposten im Budget gekommen sind. Diese Posten im ordentlichen oder außerordentlichen Haushalt basieren nur auf der Möglichkeit oder auf der Kunst des Möglichen, auf einem Kompromiß, den Verkehrsfluß einerseits zu gewährleisten, nicht zu viel Boden zu verwenden und nicht zu viel Geld auszugeben. Du, lieber Kollege, beziehst Dich scheinbar auf die Planung für die Nordspangenbrücke. Es ist nicht schön, den Kleingarten hier der Straße zu opfern und ich glaube sicher, daß der, der dort einen Kleingarten hat, sich Deiner Meinung anschließt. Aber man muß gewisse Kräfteverhältnisse gegenüberstellen. Du, Kollege Ramoser, als Polizist bist ja tagtäglich mit dem Stau am Blümelhuberberg beschäftigt – das ist zwar Angelegenheit des Verkehrsreferenten, aber wenn ich mitten drinnen stecke, ist das auch meine Angelegenheit. Daher kann ich sagen, es gibt nur eine Möglichkeit, weiter unten eine Brücke zu bauen. Damit, glaube ich, könnten wir die Verkehrssituation entflechten, und es würde auch der Umwelt zugute kommen, denn wenn man dort im Stau steht – ich habe zwar einen Diesel – aber es qualmt trotzdem hinaus und alle die dort wohnen, die könnte man den Schrebergärtnern gegenüberstellen. Diese Gärtner bekommen sicher einen Ersatz, der vielleicht sogar schöner und besser ist als gegenüber der Mülldeponie oder unterhalb einer stark befahrenen Straße, wie sie die Haager Straße darstellt.

Zu den Kosten, es gibt ein Institut für Raumforschung, dem die meisten Städte und Gemeinden Österreichs angehören, zumindest der Städtebund, und der gewisse Kosten eruiert hat. Es kostet ein Quadratmeter Gemeindestraße im Schnitt in Österreich derzeit S 500,- bis S 850,-. Für die Erhaltung ist pro Kilometer mit jährlichen Ausgaben von S 40.000,- bis S 90.000,- zu rechnen. Jede Straßenlaterne kommt auf S 12.000,- bis S 15.000,-, die Wartung ohne Stromkosten erfordert jährlich wiederum rund S 700,-. Also sind die Ansatzposten in unserem Budget an der unteren Grenze der Kosten, die hier für ganz Österreich als richtig berechnet wurden. Wir sind – das kann ich ganz offen sagen – mit den Ausgaben sehr sparsam vorgegangen in den vergangenen Jahren und auch in Zukunft werden wir uns bemühen, mit dem Wirtschaftshof, mit Fremdvergaben, es so billig wie möglich so instand zu halten, daß die Bürger damit auch zufrieden sind.

Nun zu den von Kollegen Ramoser beanstandeten Kosten Leharstraße – Konradstraße.

In diesen Kosten, die Du im aoH siehst und im oH sind die Projektierungskosten mit inbegriffen. Es ist nicht so, daß diese 2 Millionen Schilling verbaut werden, sondern hier sind in etwa 10 Prozent der Kosten für das Projekt, für die Berechnung, für die Vermessung, enthalten. Daher kann auch noch kein Plan aufliegen. Man weiß nur, man braucht hier eine Verbindung vom Iller zum Iller-Abschnitt oder wie man das bezeichnet, aber diese Kosten können derzeit nur geschätzt werden. Daher wirst Du im Nachtragsvoranschlag wahrscheinlich nächstes Jahr wiederum

vorfinden, daß entweder Geld überbleibt von den geschätzten Kosten, weil man nie genau auf 2 Millionen hinschätzen kann.

Von den von Kollegen Hochrathner angezogenen Details möchte ich ein paar herausgreifen. Du sagst, daß Du nicht glaubst, daß mit S 500.000,- im Wehrgraben das Auslangen gefunden werden kann. Auch ich glaube das nicht. Aber das sind auch nur geschätzte Kosten. Aufgrund der denkmalschützerischen Gedanken, die hier im Wehrgraben verwirklicht werden sollen, wo sehr vorsichtig die alte Struktur erhalten werden soll, sollen die Straßen mit Kleinkopfpflaster gepflastert werden. Wenn Du in den Wirtschaftshof hinunterschaust, siehst Du Berge von alten Kleinkopfpflastersteinen – auch im Gaswerkgelände – die dort verarbeitet werden, so daß weitgehend die Materialkosten, die ja bereits auf Deponie liegen, nichts kosten, nur den Transport. Durch die Zerstörung der Uferwände vom Wehrgrabenkanal, die teilweise logischerweise beschädigt werden, läuft das wieder unter Instandhaltung bzw. unter Kanalbau. Beim Kanalbau ist ja die Straßeninstandsetzung, sprich Neubau, enthalten.

Wir wissen alle, daß der Museumssteg wesentlich mehr kostet als die vorgesehene 1 Million. Beim Lokalbahnhof kann tatsächlich für den Bereich Christkindl nicht mehr gemacht werden, außer einer groben Sanierung des Vorplatzes.

Stelzhamerstraßentunnel berührt auch jeden – damit möchte ich schließen – ist bereits im Auftrag. Es wird, wenn man vom Tunnel herausfährt, rechts um ungefähr 3 m die Kurve abgeschrägt und dadurch gibt es dann einen Platz für eine Spur nach links. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Sablik für seinen Beitrag. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte daher den Referenten um sein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube, Sie werden Verständnis haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich jetzt nicht auf alle Beiträge eingehen kann. Wenn ich das machen würde, würden wir um 12 Uhr noch hier sitzen.

Kollege Pimsl hat richtig gesagt, der freie Spielraum des aOH wird immer kleiner. Das ist für uns alle sehr bedauerlich, weil die meisten Ausgaben auch beim aOH sind schon Pflichtausgaben, Ausgaben im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten. Kollege Holub, Du hast gesagt – nicht bössartig, sondern kollegial, daß nicht alle Wünsche der ÖVP-Fraktion verwirklicht werden konnten im Budget 1986. Selbstverständlich hat keine Fraktion alle ihre Wünsche erfüllt bekommen, auch nicht unsere Fraktion, wobei ich sagen muß, daß die meisten Wünsche, die an uns herangetragen werden, die gleichen Wünsche sind.

Betreffend das Investitionsprogramm, Finanzierungsplan, da habe ich schon gesagt bei der letzten Sitzung, wir sind derzeit dabei, laß uns bitte noch etwas Zeit, es ist gar nicht so einfach.

455 Millionen Schilling Schulden haben wir nach wie vor, denn die 20 Millionen, die wir letztes Mal beschlossen haben, sind noch nicht aufgenommen, wir werden sie auch heuer nicht mehr aufnehmen, es wird erst im Jänner 1986 zur Aufnahme dieser 20 Millionen kommen und dann sind wir auf 475 Millionen, die Du erwähnt hast.

Steg Wehrgraben, da ist ein kleiner Irrtum passiert in der Diskussion. Der Betrag von 1 Million, ist nämlich der Fußgehersteg vom eigentlichen Steg zum Schloß. Der Wehrgrabensteg steckt woanders drinnen, der ist bei den 7 Millionen für die Brücken im Wehrgraben enthalten. Da sind 3 Millionen drinnen für den Neubau der Direktionsbrücke und 4 Millionen sind für den Steg, der vom ehemaligen Hack-Areal hinüberführt zum Steg, der 1 Million kostet, vorgesehen.

Kollege Holub, die Rücklagen, natürlich sind die sehr schwer abzuschätzen. Es kom-

men zu Jahresende immer sehr viele Rechnungen, und es kommen manche Rechnungen erst zu Jahresbeginn. Daher kann man die Rücklagen sehr schwer abschätzen. Bürgernähe und Stadtteilgespräche diese werden wir fortsetzen.

Bezüglich Objektivierung haben wir bereits Gespräche geführt, die gehen weiter. Sanierung Althausbestand, das ist selbstverständlich, aber wir werden zuerst unsere eigenen Häuser sanieren, die uns, der Gemeinde, gehören. Wir haben z. B. das Josefs-Lazarett, das uns einige Millionen kostet, saniert, wir haben das Schloß Engelsegg mit einer ersten Rate von einer Million Schilling drinnen, wir haben die Keller-Liegenschaft usw. Es kommt also im nächsten Jahr einiges auf uns zu. Aber natürlich werden wir zuerst unsere eigenen Bauten sanieren.

Maßnahmen Münichholz, die Enttarnung, die wurde auch angesprochen. Ich habe das schon öfter hier gesagt, wir als Gemeinde haben uns nie dagegen gewehrt. Wir sind halt der Auffassung, daß der Nutznießer dieser Objekte in Münichholz die Steyr-Werke sind und die müßten da mitziehen.

Zum Fremdenverkehr darf ich Dir, Kollege Holub, danken für Dein Lob, daß die Stadt sehr viel diesbezüglich tut. Du hast nur eines übersehen, was wir auch in den letzten Jahren getan haben, wir haben unseren Fremdenverkehrsbetrieben in den letzten Jahren Millionen zugeschossen.

Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Es ist ein Jammer, wir haben derzeit mehr als 2.000 Wohnungssuchende in unserer Stadt und auf der anderen Seite gibt es etwa 700 Wohnungen in Steyr, die leerstehen. Es gibt leider keine gesetzliche Handhabung dazu. Zum Problem Eigentumswohnungen muß ich sagen, daß wir einmal einen Probegalopp gemacht haben, und zwar am linken Brückenkopf. Wir waren damals froh, daß wir diese ca. 10 Wohnungen mit Ach und Krach angebracht haben. Für Eigentumswohnungen gibt es andere Wohnbauvereinbarungen, wie z. B. die Styria und auch andere, die darauf das Schwergewicht legen. Bei uns sind die Vorsprachen für Eigentumswohnungen praktisch null. Ich kann mich in den letzten zwei Jahren nicht erinnern, daß auch nur ein Einziger bei mir gewesen wäre, der sich dafür interessiert hätte.

Betreffend die Schulen möchte ich sagen, es ist im Moment wichtig, daß wir den Zubau zur Otto-Glöckel-Schule vornehmen. Ich habe schon erwähnt, daß wir im Budget für nächstes Jahr 6 Millionen drinnen haben. Weitere 7 oder 8 Millionen brauchen wir dann für den Endausbau dieser 8 Klassenräume auf der Ennsleite. Daß uns höchstwahrscheinlich auch die Taborschule ins Haus steht in den nächsten 2-3 Jahren, auch das wissen wir. Wir haben versucht, so lange wie möglich mit Provisorien auszukommen, denn solche Zubauten sind sehr kostenaufwendig.

Kollege Ramoser, ich habe manches nicht ganz verstanden. Du hast gesagt, wir sollen noch mehr sparen bei den Straßen und vor allem beim Verkehr, bei der allgemeinen Verwaltung und den Dienstleistungen. Gerade die Dienstleistungen werden von Jahr zu Jahr mehr, weil die Anforderungen der Bevölkerung von Jahr zu Jahr größer werden. Das sieht man besonders beim ZAH, um nur eine Sache zu erwähnen.

Haratzmüllerstraßenausbau, das ist schon gesagt worden. Wir haben derzeit knapp 40.000 Einwohner und rund 20.000 Kraftfahrzeuge und diese Zahl vermehrt sich regelmäßig von Jahr zu Jahr um 500 - 700. Das können wir nicht verhindern. Darum müssen wir auf diesem Gebiet einiges tun.

Zu den 28 Mill. Schilling-Pensionen, ich glaube, da habe ich falsch gehört. Ich meine, daß man bei den Pensionen der Beamten nichts kürzen kann, dafür gibt es ja Bundesgesetze. Bei Pensionen Einsparungen zu beginnen, das kann ich mir nicht vorstellen. Genau das gleiche gilt für das Essen für unsere Bediensteten.

Umweltschutzkonzept. Es gibt einen Umweltschutzausschuß, der sehr aktiv arbeitet, der wirklich gut arbeitet. Ich war bei den letzten Sitzungen immer dabei und ich weiß, daß es eine Menge Dinge gibt, die in Behandlung sind.

Abfall, Klärschlamm, da gibt es gesetzliche Auflagen. Der Klärschlamm darf nur deponiert werden, wo eine wasserrechtlich genehmigte Fläche da ist. Unsere Mülldepo-

nie ist wasserrechtlich genehmigt, dort wird der Klärschlamm abgebaut werden. Lärmschutzmaßnahmen sind im Gange. Bei den Geschwindigkeitsbeschränkungen muß ich auch davor warnen. Wenn wir statt 50 km/h 30 festlegen, dann wird der Stau immer größer. Jeder Autofahrer wird mir recht geben müssen, mit 30 km/h kann ich mit dem dritten Gang nicht mehr fahren, da muß ich mit dem zweiten Gang fahren. Die Luftverschmutzung nimmt dadurch zu, es wird damit nicht besser, sondern nur schlechter.

Es wurde auch gesagt, 13 Millionen haben wir nur eingesetzt für die Ärmsten und 11 Millionen für die Politiker einschließlich deren Pensionen. Das stimmt nicht ganz, es sind insgesamt 33 Millionen.

Kollege Tremml, Du hast sehr viel über Landes- und Bundespolitik gesprochen. Daß wir zu wenig Geld haben, das ist ganz logisch, wir möchten gerne mehr haben. Es ist ein Sparbudget, das wir erstellt haben.

Zu den Hebesätzen, es gibt gewisse Steueransätze, die kann man nicht verändern. Es gibt Steueransätze, die Grundsteuer A, die Grundsteuer B, die kann man auf den Groschen genau berechnen. Nachdem sich diese Sätze nicht verändern, verändern sich natürlich auch die Einnahmen auf diesem Gebiet nicht.

Wirtschaftsförderung, sparen, 8 Millionen. Es ist ja schon mehrmals zum Ausdruck gekommen, als Finanzreferent habe ich gar keine Freude damit, aber auf der anderen Seite muß man sagen, wenn wir diese Förderungen nicht gemacht hätten, dann würde es in Steyr viel schlechter ausschauen, dann wäre die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich mehr als doppelt so hoch.

Es hat bis jetzt 1.600 Arbeitslose gegeben. Da ist immer ein Irrtum dabei, diese 1.600 Arbeitslosen beziehen sich auf den gesamten Bezirk Steyr-Land bis Kleinreifling und Gaflenz. Es ist auch ein Teil des Bezirkes Kirchdorf dabei. Die Arbeitslosen in der Stadt selbst sind ungefähr 51 Prozent dieser Summe.

Wohnbau, Mieten, Betriebskosten. Wir haben eine Forderung aufgestellt, daß Betriebskostenzuschüsse gegeben werden sollen, aber wir haben eben nicht die Mehrheit im Landtag und die Mehrheit ist auf der anderen Seite zu suchen.

Zuschuß für Kindergärten und Horte, Novellierung des Landesgesetzes. Ich wäre schon sehr zufrieden als Finanzreferent, wenn das mit den 75 Prozent klappen würde, wenn wir wirklich 75 Prozent der Personalkosten bekommen würden. Wir bekommen, das habe ich zuerst schon erwähnt, 27,3 Prozent unserer Personalkosten ersetzt. Wenn wir 75 Prozent bekommen würden, wären wir sehr froh.

Man sollte den Grund nicht so billig hergeben an Firmen, die herziehen. Wir sind in Steyr sehr arm daran, denn Steyr ist flächenmäßig ein Dorf. Unsere Nachbargemeinde St. Ulrich ist flächenmäßig wesentlich größer. Die Umlandgemeinden haben viel mehr Fläche und sind dünn besiedelt und können dadurch die Grundstücke wesentlich billiger abgeben. Darum besteht die Gefahr, daß diese Betriebe nicht nach Steyr herziehen, sondern sich im Umland ansiedeln. Das wirkt sich dann wieder nachteilig für kommende Budgets aus. Denn die Lohnsummensteuer vom Betrieb gehört zur Gänze der Gemeinde und auch von der Gewerbesteuer bekommen wir 50 Prozent.

Beim Notarzwagen sind wir sowieso einer Meinung.

Kollege Eichhübl zu den Einsparungen usw., Repräsentationskosten, das hat der Herr Bürgermeister schon erwähnt. Das Loch im Budget im aoH, das stimmt. Gemeinschaftspflege hast Du auch erwähnt mit einer Summe von 1,8 Millionen. Wo hast Du das her? S 355.000 haben wir im Budget drinnen. Die Budgetwünsche der Freiheitlichen Partei darauf bist Du näher eingegangen, ich kenne das Konzept. Da sind natürlich einige Dinge dabei, die ich für absolut unrealistisch halte. Wenn Du sagst, Abhängigkeit der Parteien, ich bitte Euch alle, ganz egal von welcher Fraktion, die Demokratie besteht aus politischen Parteien. Das ist die Grundlage jeder Demokratie. Dort, wo es nur eine Partei gibt, das wäre auch keine Demokratie. Deswegen stehen wir zu den poli-

tischen Parteien.

Zu den Wohnungen. Leider Gottes haben wir einen großen Fehlbestand, wir haben mehr als 2.000 Wohnungssuchende und es gibt kein Gesetz – 1955 ist bekanntlich das Wohnungsanforderungsgesetz, weil es ein Kriegsgesetz war, ausgelaufen. Es war damals im Parlament eine Kompromißlösung, damit das ASVG beschlossen werden können, hat die Volkspartei verlangt, müßte das Wohnungsanforderungsgesetz fallen gelassen werden. Schweren Herzens ist es von uns zu Fall gebracht worden.

Kollege Hochrather, da ist im wesentlichen bereits alles von Kollegen Sablik und von Kollegen Pimsl gesagt worden. Du bist ja selber Mitglied des Verkehrsausschusses. Eine Straße ist genannt worden, das ist übrigens auch schriftlich von der Volkspartei deponiert worden, das ist die Infangstraße. Das ist eine Privatstraße und gehört dem Landwirt Auer. Das ist eine sehr lange Straße, dort können wir gar nichts machen, denn der Besitzer sagt, das käme nicht in Frage, wenn wir ihm die Straße abkaufen, dann könnte man darüber reden. Sonst geht nichts mit dem Asphaltieren, nicht einmal ein Stück, das Bergstück, dürfen wir asphaltieren. Wir dürfen das nur dann asphaltieren, wenn wir dem Bauern die lange Hofzufahrt ebenfalls asphaltieren.

Wir haben für die Schwammingerstraße, Christkindl- und Reitnerstraße sehr viel Geld ausgegeben, 3,5 Millionen. Aber ich glaube, es war notwendig, Bei der Gelegenheit darf ich auch den Grundstücksbesitzern danken, daß es doch zu dieser Lösung gekommen ist, die zwar für uns als Gemeinde nicht billig war.

Kollege Schloßgangl, Wirtschaftsförderung 8 Millionen, da sind wir Deiner Meinung. Du hast ja zum Ausdruck gebracht, daß es Sache des Landes ist und Sache des Bundes und daß wir fast zwangsweise darauf einsteigen müssen, weil wir in Steyr keine so große Arbeitslosigkeit haben wollten und weil wir versuchen, möglichst jedem Arbeitssuchenden einen Arbeitsplatz anbieten zu können. Was ich nicht verstanden habe, der Herr Bürgermeister hat das schon kurz erwähnt, Steyr liegt in der Arbeitslosenrate weit über dem oberösterreichischen Durchschnitt. Gerade für unsere Region soll der Staatsvertrag mit Jahresende auslaufen. Der Bürgermeister hat an das Land und auch an den Bund ein Schreiben gerichtet und wir können nur hoffen, daß es möglich sein wird, diesen Staatsvertrag zu verlängern im Interesse der Wirtschaft, im Interesse der Betriebe, die hier Investitionen vornehmen möchten.

Gewerbehöfe. Wir hätten momentan an der Ennser Straße auch kein Grundstück mehr. Die Fa. Dräxlmaier hat zwar noch nicht unterschrieben, aber ein Vorvertrag existiert bereits. Ich darf eines sagen, Kollege Schloßgangl, es werden in nächster Zeit etliche Hallen leer, z. B. in der Wolfenstraße, wo der Dräxlmaier auszieht, wenn die Fa. Almayer baut, wird auch ihr ehemaliges Objekt leerstehen usw. Wir wissen von einer ganzen Reihe von Objekten, die in nächster Zeit leer werden und dort könnten sich ohne weiteres Betriebe ansiedeln. Wir sind gerne bereit, hier mitzuhelfen.

Ich glaube, ich habe im wesentlichen alles gesagt. Ich danke für die einhellige Zustimmung seitens der ÖVP-Fraktion. Ich bitte nun unseren Bürgermeister, die Abstimmung über diese beiden Anträge vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für sein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Voranschlag 1986 die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GAL-Fraktion) angenommen.

Der beantragte Beschluß einer Kreditsperre steht ebenfalls zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL-Fraktion) angenommen.

Als nächsten Berichterstatter bitte ich Kollegen Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich habe Ihnen einen Antrag des Stadtsenates vorzubringen mit folgenden Wortlaut:

9) Bau3-1240/81

Ausbau der Steiner Straße und Klosterstraße;
Baulosverlängerung; Ergänzung des GR-Be-
schlusses vom 18. 3. 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 28. 3. 1985 wurde der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den Straßen- und Kanalbau "Steiner Straße - Klosterstraße" an die Fa. Zwettler BaugesmbH Steyr zum Preise von S 6,559.441,- übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11.. 1. 1985 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von S 1,335.816,- inkl. MWSt zugestimmt. Eine Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel ist im heurigen Rechnungsjahr nicht mehr erforderlich.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht, der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik. Nächster und letzter Berichterstatter ist Kollege Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Gestatten Sie mir, daß ich zu meinem ersten Punkt einige Worte sage. Kollege Tremel hat die Mietzinse erwähnt und auch erklärt, daß es sehr schwierig ist, besonders für Jungfamilien, diese Mieten zu bezahlen. Der vorliegende Antrag erleichtert wiederum unseren Mietern, den zukünftigen Mietern, einen billigeren Mietzins zu erreichen. Ich darf aber in diesem Zusammenhang auch sagen, daß wir in Steyr bei der GWG den niedrigsten Mietzins von ganz Österreich haben. Trotzdem habe ich Verständnis für junge Menschen, daß sie 70.000 Schilling nicht bezahlen können. Ich verweise darauf, daß es ja für Grundkostenbeiträge und für Baukostenbeiträge Unterstützungen des Landes gibt. Ich möchte auch noch Kollegen Eichhübl Antwort geben auf seine erwähnten Richtlinien, die er uns übermittelt hat. Du hast mir in der ersten Pause gesagt, daß Du ein Sorgenkind in Deiner Familie hast, nachdem die vorgesehene Ehe nicht zustandegekommen ist. Nach Deinem Vorschlag müßte ich sagen, Deine Tochter müßte in 3 1/2 Jahren zu mir kommen, denn hat diese Anwärtlerin 80 Punkte und kann dann erst die Wohnung bekommen. Ob das die richtige Wohnungsvergabe ist, weiß ich nicht. Ich darf aber darauf verweisen, daß wir bis jetzt nur einstimmige Beschlüsse gehabt haben. Ich glaube, daß der Wohnungsausschuß gut arbeitet, denn eine gerechte Wohnungsvergabe wird es nie geben, selbst bei einem Punktesystem nicht, weil jeder Wohnungsfall anders liegt.

Nun darf ich zum vorliegenden Antrag kommen.

10) ÖAG-1249/81

Bauvorhaben Reithoffergründe der GWG der Stadt Steyr; Übereignung der Bauliegenschaft - Neufestsetzung des Kaufpreises.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Abänderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 2. April 1981 wird der Kaufpreis für die Liegenschaften EZ 478 KG Steyr, bestehend aus den Grundstücken 1274 Baufläche und 1481/1 Garten sowie EZ 1570 KG Steyr, bestehend aus dem Grundstück 1482/2 Wiese im Gesamtausmaß von 6.521 m² anlässlich ihres Verkaufes an die GWG der Stadt Steyr mit S 350,-/m² festgesetzt. Die übrigen Bedingungen des genannten Gemeinderatsbeschlusses bleiben unverändert.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich weiß schon, daß manche Herren lieber schon woanders wären als ein so entscheidendes Problem anzuhorchen oder gar mitzudiskutieren. Es steht jedem frei, daß man sich damit beschäftigt.
Stadtrat Zöchling hat hingewiesen, daß, obwohl wir die billigsten Mieten in Österreich haben, es schwierig ist, auch die verkleinerten Neubauwohnungen an den Mann zu bringen. Daher kommt dieser Antrag, daß man die Grundkosten wesentlich senkt. Allerdings, meine Damen und Herren, was hat der Grund vorher gekostet? Vor 14 Jahren hat dieser Grund S 330,-/m² gekostet. Sie beantragen jetzt, obwohl es Gemeindegrund ist, um S 20,-/m² mehr, also S 350,-. Sie begründen das damit, daß die Aufwertung, die Zinsen, die angefallen sind. Wir kaufen ja schon Grund und lassen ihn 14 Jahre liegen, dann verkaufen wir ihn der eigenen GWG. Die Aufgabe einer Kommunalverwaltung ist es ja, daß wir kostengünstig Gründe zur Verfügung stellen so wie wir sie in der Hand haben. Sie sind sehr großzügig und seitens der Österr. Volkspartei höre ich immer, daß Sie zustimmen, wenn man z. B. ohne Geld einen Grund kauft und dann nur jahrelang die Zinsen zahlt, daß der Grundpreis dann auf S 850,- steigt/m² und diesen dann reichen Unternehmern gibt um den halben Preis. So ist es doch. Hier, glaube ich, verlange ich mit Recht, daß man erstens einmal den Antrag so abändert, daß wir den zukünftigen Mietern, die den Grundkostenanteil bezahlen müssen, diesen so weitergeben, wie wir ihn gekauft haben, nämlich um S 330,-/m². Ich könnte Ihnen Dutzende Fälle aufzeigen, wo die Stadt bereit war, den Grundkostenanteil voll zu bezahlen. Ein Vorredner von mir hat Stellung genommen im Bezug auf die BMW-Wohnungen am Ortskai. Die haben wir überhaupt nicht angebracht. Wir haben dort 120.000 oder 160.000 Schilling pro Mieter bzw. für die Eigenheimbesitzer, die wir umgewandelt haben, bezahlt, damit wir sie überhaupt weggebracht haben. Hier geht es um GWG-Wohnungen. Da, glaube ich, müßten wir auf jeden Fall bei dem Preis bleiben, wie wir ihn gekauft haben.
Das zweite Problem ist, daß wir diesen Grundkostenanteil genau so stunden bzw. Gemeindedarlehen geben für die zukünftigen Mieter, so wie wir das gemacht haben am Bergerweg. Daß dann dieser Grundkostenanteil übertragen wird auf die monatliche Miete. Nur so wird es möglich sein, daß auch junge Familien Neubauwohnungen nehmen können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich danke für diesen Beitrag. Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine. Wünscht Kollege Zöchling ein Schlußwort? Nein, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der nächste Antrag lautet:

11) ÖAG-6099/85

Verkauf der Liegenschaft Parz. 1863/5 und Bfl. 1690,
EZ. 1924, KG. Steyr, an Dr. Karl Brunthaler.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 25. 11. 1985 wird der Abverkauf der Liegenschaft EZ 1924, KG Steyr, bestehend aus den Grundstücken Parzelle 1863/5 und Bfl. 1690, im Gesamtausmaß von 1.622 m² an Herrn Dr. Karl Brunthaler, wohnhaft in 4451 Garsten, Resfeldstraße 11, zum Preis von S 500,-/m² genehmigt. Gleichzeitig wird dem Ersuchen des Kaufwerbers, den festgesetzten Kaufpreis in 3 gleichen Jahresraten zinsenlos, jedoch unter Anrechnung der Wertsteigerung errichten zu können, zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der letzte Antrag lautet:

12) VerkR-1296/82

Stadtteil Resthof, Wohnanlage R II, Übernahme der Baukostenbeiträge
für die Tiefgaragen-, Hausgaragen- und Abstellplätze.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II, Stadtrechnungsamt, vom 3. 12. 1985 wird der Übernahme der Baukostenbeiträge für die Tiefgaragen-, Hausgaragen- und Abstellplätze der Wohnanlage R 2 der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GesmbH, im Stadtteil Resthof in Höhe von S 2,293.278,18 zugestimmt. Zu diesem Zweck wird der Betrag von S 2,293.278,18 bei der VA-Stelle 5/480000/777010 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Das hängt ja sehr eng damit zusammen, was ich heute grundsätzlich in der heutigen Budgetdebatte schon gesagt habe. Hier zeigt sich überhaupt eine verfehlte Wohnbaupolitik. Wir haben z. B. für die Herabsetzung der Stellplätze im Resthof innerhalb der letzten 3 1/2 Jahre 2,2 Millionen Schilling von der Stadt zuschießen müssen. Der jetzt vorliegende Antrag beinhaltet, daß wir die Baukostenbeiträge für die Tiefgaragen, Hausgaragen und Abstellplätze im Stadtteil Resthof übernehmen. Das heißt, daß dafür weitere 2,3 Millionen Schilling vorgesehen sind. Also zusammen 4,5 Millionen Schilling für die Abstellplätze der Pkw. Zur gleichen Zeit, als es darum ging, mehr Zuschüsse zu geben für den Grundkostenanteil, damit die Mieten billiger werden, hat man dies verweigert bzw. nur im geringen Maß zugebilligt. Ich glaube auch, daß immer wieder von der Mehrheit gesagt wird, wir ha-

ben kein Geld, wir können auch von der Stadt keine Mietzinszuschüsse gewähren. Aber hier zeigt sich, wir sind sogar bereit, daß wir für Abstellplätze riesige Summen ausgeben. Ich glaube, daß es in Zukunft notwendig ist, daß man die Mieter bereits bei der Gestaltung einer Wohnanlage mitsprechen läßt, um solche Fehlplanungen im vorhinein zu verhindern.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich glaube es ist auch Aufgabe des gesamten Gemeinderates, ganz egal, welcher Partei man angehört, wir müssen uns in Zukunft gegenüber den übergeordneten Organen mehr zur Wehr setzen. Es geht nicht an, daß die beschlossenen Gesetze einfach geschluckt werden. Wir im Gemeinderat können nichts machen, diese Gesetze für die Wohnbaupolitik bzw. Förderung werden ja anderswo festgelegt. Wenn wir nicht stärker auf die Politiker einwirken, die in diesen Gremien sitzen, wird es nicht gelingen, aus dieser Sackgasse herauszukommen.

Ich möchte abschließend noch eines in Erinnerung rufen. Es war heute um 13 Uhr, als mir bekannt wurde, daß neuerlich wiederum ein Gesetz im Parlament beschlossen wurde, auch wieder in der Dreieinigkeit - Sozialistische Partei, die Österr. Volkspartei und die Freiheitliche Partei - ein mieterfeindliches Gesetz, nachdem die derzeitige Mietzinsobergrenze mit 1. 1. 1986 fällt. Mit diesem Gesetz gibt man den Zinshausbesitzern die gesetzliche Möglichkeit, die Miete als Ware - das unterstreiche ich, Kollege Eichhübl - nach Angebot und Nachfrage festzulegen. Nachdem die Wohnung Mangelware ist, wie wir wissen, wird der Preis der Miete wesentlich ansteigen und dabei wird für die Zinshausherren die Profitmehrung erreicht. Diese mieterfeindlichen Gesetze oder dieses mieterfeindliche Gesetz wird eine weitere Verschärfung auf dem Wohnungsmarkt auch in unserer Stadt bringen. Nicht nur die kommunistische Partei oder der Mieterschutzverband, der uns nahe steht, hat dieses mieterfeindliche Gesetz abgelehnt, sondern Ihre eigene Organisation der Mehrheit, die Mietervereinigung, die sich auch auskennt bei Mieterfragen, hat gegen dieses Gesetz Stellung genommen. Ich fordere Sie noch einmal auf, auch wenn das nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Finanzen der Stadt steht, daß wir als Politiker auch verpflichtet sind, auch dieses Forum zu nützen, um unsere Politiker, die im Nationalrat oder Landtag sitzen, aufmerksam zu machen, daß Sie nicht nur von den Wählern dorthin delegiert wurden, daß im Saal anwesend sind, daß sie die Hand erheben und zu allen diesen Gesetzen nichts sagen. Das trifft auch die Steyrer Abgeordneten, Kollegen Leithenmayr im besonderen. Das kann man ihm einmal mitteilen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Punkt? Der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir mit den Tagesordnungspunkten am Ende. Wir kommen zur Aktuellen Stunde, diese entfällt aber aufgrund einer Vereinbarung der Fraktionsobmänner.

Meine Damen und Herren, es war dies die letzte Sitzung in diesem Jahr. Gestatten Sie mir, daß ich ordnungsgemäß bekanntgeben, daß Sie neben dem Beschluß über das Budget 1986 heute Beschlüsse im Ausmaß von 34,113.000 Schilling gefaßt haben.

Meine Damen und Herren, es ist immer üblich, die letzte Sitzung des Jahres dazu zu benützen, daß sich der Gemeinderat, die Presse, die Beamtenschaft, im Anschluß an die Sitzung zu einem Imbiß treffen. Ich darf Sie alle sehr herzlich in das Casino einladen, damit wir zum Jahresabschluß in gemütlicher Runde beisammen sind. Da heute sehr viel gesprochen wurde, mich im Casino nicht mehr zu Wort melden und möchte die Gelegenheit hier benützen und jedem Einzelnen alles Gute anläßlich der

bevorstehenden Weihnachtsfeiertage wünschen. Für nächstes Jahr darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß es jedem von Ihnen gut geht, daß wir weiterhin in guter Zusammenarbeit hier zum Wohle der Stadt arbeiten dürfen.
Danke.

Ende der Sitzung: 21.10 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MOK.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Ing. Günther Mayrhofer e. h.
Alfred Wallner e. h.